



Stadt
Schlieren

JAHRHEFT 2024
SONDERAUSGABE

KOMMISSION
ORTSGESCHICHTE

50 Jahre Schlieremer Parlament



Parlament und Stadtrat im Jubiläumsjahr 2024



Jeweils zum Beginn der Legislatur wurde von 1978 an ein Foto des Gesamtparlamentes gemacht. Diese Fotos finden Sie ab Seite 75. In den Jahren 2018 und 2022 ging dieser Brauch leider unter. Zum Anlass des 50-Jahr-Jubiläums wurde am 23. September 2024 die Aufnahme des aktuellen Parlamentes und Stadtrates (siehe oben) nachgeholt:

hinten, v.l.n.r.: Martin Künzle (GP), David Baumann (2. Vizepräsident Parlament, GLP), Manuel Kampus (GP), Bashkim Maliqi (EVP), Donikë Sejdiu (GP), Marc Folini (GLP), Daniel Laubi (DM), Thierry Lustenberger (SP), Hanna Locherer (GLP), John Daniels (FDP), Leila Drobi (SP), Sasa Stajic (1. Vizepräsident Parlament, FDP), Nelson Araya (FDP), Erol Sabotic (SP)

mitte, v.l.n.r.: Antonella Lombardi (GLP), Laura Zangger (GP), Pascal Bachmann (SVP), Daniel Tännler (SVP), Regula Macciachini-Zahner (SVP), Dominic Schläpfer (FDP), Hans-Ulrich Etter (SVP), Thomas Grädel (SVP), Boris Steffen (SVP), Markus Weiersmüller (FDP), Heidemarie Busch (SVP), Olivia Boccali (DM), Sarah Impusino (DM), Caterina Autiero (EVP), Denise Küng (DM), Henry Jager (GLP), Rixhil Agusi (Parlamentspräsidentin, SP), Anita Petrovic (SP), Selina Kaufmann (Parlamentssekretärin und Stadtschreiberin-Stv.)

vorne, v.l.n.r.: Pascal Leuchtmann (Stadtrat, SP), Bea Krebs (Stadträtin, FDP), Songül Viridén (Stadträtin, GLP), Markus Bärtschiger (Stadtpräsident, SP), Manuela Stiefel (Stadträtin, parteilos), Stefano Kunz (Stadtrat, DM), Beat Kilchenmann (Stadtrat, SVP)

Es fehlen: Yvonne Brändle-Amolo (SP), Zeki Cicek (SP), Michael Koger (SP)

IMPRESSUM

HERAUSGEBER	Stadt Schlieren, Kommission Ortsgeschichte
AUTOREN	Peter Hubmann (ph), Philipp Meier (phm), Charly Mettier (cm), Peter Voser (pv)
LEKTORAT	Marianne Bühler, Peter Hubmann
FOTOS	zVg, Stadtverwaltung Schlieren, Ortsmuseum Schlieren, Erika Mettier
SATZ/GESTALTUNG	Mettier Kommunikation, Schlieren
PRODUKTION	Steinemann Print AG, Schlieren
AUFLAGE	800 Exemplare

Grussworte



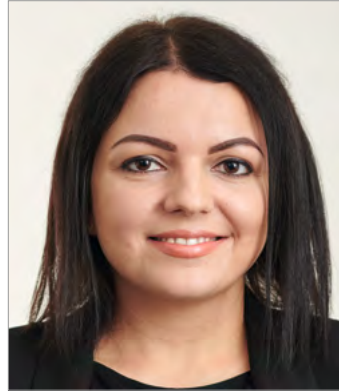
„Hallo, liebe Frau Nachbarin! Wie wär's mit einem Mittun im Parlament? Wir hätten noch Platz auf unserer Gemeinderatsliste.“

So nahm es damals bei mir seinen Anfang, mit einem unverbindlichen Schwatz über den Gartenzaun. Das ist nun schon 22 Jahre her und es könnte sich heute noch genauso zutragen, denn alle vier Jahre stehen die Schlieremer Parteien vor der Herausforderung, den Wählerinnen und Wählern geeignete Kandidatinnen und Kandidaten zu präsentieren.

Nun feiert das Schlieremer Parlament sein 50-jähriges Bestehen. Dieses Jubiläum erfährt mit der vorliegenden Sonderausgabe seine verdiente Würdigung. Für die Kommission Ortsgeschichte ist es bereits das zweite Jahrheft im Jahr 2024, eine Parforceleistung des top motivierten Autorentams.

Für diesen Sondereinsatz danke ich allen Beteiligten herzlichst. Den vier Autoren ist es gelungen, den Blick in die Vergangenheit, als abwechslungsreiches Lesevergnügen zu gestalten. Fotos, alte Zeitungsausschnitte, Anekdoten und aufwändig recherchierte Texte lassen uns in Erinnerungen schwelgen, während die Ortsparteien einen Blick in die Zukunft wagen. Die Porträts von sieben ausgewählten Parlamentsmitgliedern geben Einblick in persönliche Lebenswege und es kommt im Weiteren auch das Verhältnis zwischen Parlament und Stadtrat zur Sprache. Schliesslich zeigen die Listen und Statistiken, wie viele Politikerinnen und Politiker die Stadt Schlieren in den letzten 50 Jahren geprägt haben. Die Abschaffung des Parlaments wurde im Jahr 2004 vom Stimmvolk abgelehnt. Somit können sich politisch Interessierte weiterhin als Parlamentarierinnen und Parlamentarier einbringen. Möge diese Jubiläumsschrift eine nachhaltige Wirkung erzielen oder über den Gartenzaun gefragt: „Wie wär's mit einem Mittun. . .?“

Manuela Stiefel
Stadträtin und Präsidentin
der Kommission Ortsgeschichte



Schlieren – Meine Heimat

50 Jahre Parlamentsbetrieb! Ich habe das grosse Glück, dass ich im Jubiläumsjahr als Parlamentspräsidentin gewählt wurde. Eine ehrenvolle Aufgabe, die ich als „höchste Schlieremerin“ mit grossem Respekt ausübe.

Schlieren hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Die Einwohnerzahl steigt stetig und die Politik ist gefordert, die benötigten Infrastrukturen zur Verfügung zu stellen. Es erwarten uns viele Neuinvestitionen, für welche wir die Steuergelder nachhaltig und richtig einsetzen müssen. In unserer Parlamentsarbeit geht es nicht nur darum, dass wir die Ziele der Fraktionen durchsetzen, sondern vielmehr darum, als Volksvertreterinnen und Volksvertreter auf das Volk zu hören. Unsere Wahl ins Parlament verdanken wir der Bevölkerung, die uns ihr Vertrauen schenkt. Die Volksnähe und der Austausch mit unseren Mitmenschen sollten zu unseren Hauptaufgaben gehören.

Es ist nicht immer einfach, allen Bedürfnissen gerecht zu werden. Eine gute Durchmischung im Parlament ist deshalb wichtig. Als langjährige Politikerin wünsche ich mir einen grösseren Frauenanteil im Parlament sowie eine vielfältigere Vertretung der Altersgruppen. Junge, interessierte Politikerinnen und Politiker sollen in der Politik mitmischen und ältere, erfahrene Behördenmitglieder mögen Veränderungen zulassen. Nur so können wir auch alle Generationen und Interessen im Parlament vertreten.

Ich bin ein stolzes Schlieremer Chind! Mit Schlieren verbinden mich viele schöne Kindheitserinnerungen. Schlieren soll auch in Zukunft für viele Menschen attraktiv bleiben und ein beliebter Wohnort sein.

Ich werde mich weiterhin politisch einsetzen, damit ein friedliches Zusammenleben für alle Bürgerinnen und Bürger von Schlieren möglich ist.

Rixhil Agusi
Parlamentspräsidentin
im Jubiläumsjahr

Inhaltsverzeichnis

Grussworte	1
Inhaltsverzeichnis	2
Zu diesem Jahrheft	3
Das Schlieremer Parlament im Zeitraffer	4/5
Parlament statt Gemeindeversammlung	6-15
Ratsbetrieb bis zur Jahrtausendwende	16-21
Personalia: Daniel Meier, SVP, Finanzfachmann	22/23
Personalia: Karl „Kari“ Fehl, SP, Gewerkschafter	24/25
Personalia: Rita Geistlich, FDP, erste Stadtpräsidentin	26/27
Personalia: Trudy Schönbächler, CVP, Samariterin	28/29
Personalia: Urs Christen, ULi/GP, Auswanderer	30/31
Personalia: Esther Arnet, JuLi/SP, Energiebündel	32/33
Personalia: Sasa Stajic, FDP, Migrant	34/35
Das Parlament im neuen Jahrtausend	36-41
Das Verhältnis zwischen Parlament und Stadtrat	42-47
Erinnerungen und Einschätzungen	48-51
Die Ortsparteien im Spannungsfeld	52-57
Gemeinderats-/Parlaments-Präsidentinnen und -Präsidenten; Rats-Sekretärinnen und -Sekretäre; GRPK-, GPK- und RPK-Präsidentinnen und -Präsidenten	58/59
Gemeinderats-/Parlamentsmitglieder 1974 bis 2024, alphabetisch	60-67
Zusammensetzung Gemeindevorsteherschaft ab 1970	68-72
Facts & Figures zum Gemeinderat/Parlament	73
Stadtrat nach Parteien	73
Gemeinderats-/Parlamentsvertretungen nach Parteien	74
Vergleich Wahlen Parlament 1974/2022	74
Parlamentsfotos	75-79
Bisher erschienene Jahrhefte	80/81

Zu diesem Jahrheft

ph. 1974 wurde in Schlieren das Parlament eingeführt. Es löste die Gemeindeversammlung ab.

Dieses Jahrheft ist als Sonderausgabe dem 50-jährigen Jubiläum gewidmet. Schlieren hat sich in dieser Zeit – und auch schon früher – gewaltig entwickelt. Es wäre nicht möglich, alle vom Parlament behandelten wichtigen Geschäfte aufzuzählen. Die Verfasser beschränken sich auf eine Auswahl.

Der Rückblick soll aber vor allem auch den beteiligten Personen gewidmet sein. Über die Veränderungen in verschiedenen Gebieten wurde in den vergangenen Jahrzehnten in mehreren Jahrheften berichtet:

- 1993 Aus der Geschichte von Schlieren zwischen 1914 und 1939
- 2006 Schlieren in den ersten Nachkriegsjahrzehnten
- 2008 Schlieren zwischen 1960 und 1990
- 2013 Mit Schwung ins neue Jahrtausend: Schwerpunkte Wohnen, Lernen und Arbeiten
- 2017 Bauen in Schlieren – Vom Bauerndorf zum Wirtschaftszentrum: Schwerpunkte Planung und bauliche Entwicklung

Die in diesen Werken vertieft behandelten Themen beschäftigten und beschäftigen die Politik wie namentlich auch das Parlament weiter. Sie werden aber in diesem Jubiläumsheft nicht mehr oder höchstens noch am Rande behandelt. Hauptinhalt sind die ehemaligen und die aktiven Mitglieder der Legislative, der Ratsbetrieb und die Veränderungen im Lauf der Jahrzehnte.

Der Wechsel auf die Gemeindeorganisation mit Parlament hatte auch einschneidende Auswirkungen auf die Arbeit und die Stellung der Gemeindevorsteherschaft, die Exekutive. Der Rückblick wäre unvollständig, wenn in dieser Schrift nicht auch dem Stadtrat Raum gewährt würde.

Lassen Sie sich überraschen!

*Das Autorenteam
dieses Jahrheftes
vor dem Schlieremer
Stadthaus, (v.l.n.r.):
Peter Hubmann (ph),
Philipp Meier (phm),
Peter Voser (pv) und
Charly Mettier (cm).*



Das Schlieremer Parlament im Zeitraffer

11. März 1971	Eingang Initiative Weiss auf Einführung Parlament ab 1974
31. Oktober 1971	Urnenabstimmung über Initiative Weiss
20. Mai 1973	Urnenabstimmung über neue Gemeindeordnung
3. Dezember 1973	letzte Gemeindeversammlung
3. Februar 1974	Wahl erster Gemeinderat (nach Listennummern) (2 EVP / 6 FDP / 11 SP / 4 LdU / 6 SVP/BGB / 5 CVP / 2 QV Mülligen) Wahl erster Stadtrat (3 SP / 2 SVP / 1 FDP / 1 CVP / 1 EVP / 1 Parteilos, Präsidium SVP)
18. März 1974	erste Sitzung Gemeinderat: Schlieren nennt sich Stadt
5. Februar 1978	Wahl Gemeinderat (nach Listennummern) (5 CVP / 5 SVP / 3 LdU / 12 SP / 6 FDP / 3 QV Mülligen / 2 EVP) Wahl Stadtrat (3 SP / 2 SVP / 2 FDP / 1 CVP / 1 EVP, Präsidium SVP)
7. Februar 1982	Wahl Gemeinderat (nach Listennummern) (1 EVP / 7 FDP / 5 CVP / 3 LdU / 1 DFW* / 6 SVP / 2 QV / 11 SP) *DFW: Demokraten und freie Wähler Wahl Stadtrat (3 SP / 2 SVP / 2 FDP / 2 CVP, Präsidium SVP)
2. Februar 1986	Wahl Gemeinderat (nach Listennummern) (9 SP / 7 FDP / 6 SVP / 5 CVP / 2 LdU / 2 QV / 2 EVP / 2 ULi* / 1 JuLi**) *ULi: Umweltschutz Limmattal / ** JuLi: Junge Linie Wahl Stadtrat (3 SP / 2 SVP / 2 FDP / 2 CVP, Präsidium SVP)
4. Februar 1990	Wahl Gemeinderat (nach Listennummern) (7 SVP / 2 QV / 6 FDP / 9 SP / 1 LdU / 2 JuLi / 2 GP* / 2 EVP / 5 CVP) *GP: Grüne Partei Wahl Stadtrat (3 SP / 2 SVP / 2 FDP / 2 CVP, Präsidium FDP)
6. Februar 1994	Wahl Gemeinderat (nach Listennummern) (6 FDP / 5 CVP / 2 ULi / 9 SP / 2 QV / 1 GP / 1 LdU / 2 EVP / 8 SVP) Wahl Stadtrat (2 SP / 2 SVP / 2 FDP / 2 CVP / 1 EVP, Präsidium FDP)
28. September 1997	Urnenabstimmung neue Gemeindeordnung: 7 statt 9 Stadträte ab 1998 aus GPK und RPK wird GRPK
1. Februar 1998	Wahl Gemeinderat (nach Listennummern) (9 SP / 10 SVP / 6 FDP / 4 CVP / 2 EVP / 1 ULi / 2 GP / 2 QV) Wahl Stadtrat (1 SP / 2 SVP / 2 FDP / 1 EVP / 1 Parteilos, Präsidium FDP)

26. November 1999	Jubiläumsfeier 25 Jahre Gemeinderat: „Neue Schlieremer Ratszeitung“ – Jubiläumsausgabe
3. Februar 2002	Wahl Gemeinderat (nach Listennummern) (11 SVP / 9 SP / 6 FDP / 4 CVP / 2 GP / 1 EVP / 3 QV) Wahl Stadtrat (1 SP / 2 SVP / 2 FDP / 1 EVP / 1 Parteilos, Präsidium FDP)
12. Februar 2006	Wahl Gemeinderat (nach Listennummern) (11 SVP / 8 SP / 5 FDP / 4 CVP / 4 QV / 2 GP / 2 EVP) Wahl Stadtrat (1 SP / 2 SVP / 2 FDP / 1 EVP / 1 Parteilos, Präsidium FDP)
2006	Einführung Geschäftsleitermodell in der Stadtverwaltung
17. Mai 2009	Teilrevision Gemeindeordnung: Aufhebung bürgerlicher Organe gemäss Vorgabe Kantonsverfassung Schaffung Einbürgerungskommission Umbenennung Gemeinderat in Gemeindeparlament Einführung Diskussionsanträge für Parlamentsmitglieder und Verankerung Fragestunde in GO aus GRPK wird wieder GPK und RPK
31. Januar 2010	Wahl Parlament (nach Listennummern) (10 SVP / 9 SP / 5 FDP / 4 CVP / 3 QV / 2 EVP / 2 GP / 1 Junge SVP) Wahl Stadtrat (2 SP / 2 SVP / 2 FDP / 1 EVP, Präsidium SP)
22. September 2013	Teilrevision Gemeindeordnung: untergeordnete Änderungen
9. Februar 2014	Wahl Parlament (nach Listennummern) (10 SVP / 8 SP / 6 FDP / 4 CVP / 3 QV / 2 EVP / 1 GP / 2 GLP*) *GLP: Grünliberale Partei Wahl Stadtrat (2 SP / 2 SVP / 2 FDP / 1 CVP, Präsidium SP)
4. März 2018	Wahl Parlament (nach Listennummern) (8 SVP / 9 SP / 6 FDP / 4 CVP / 2 QV / 1 EVP / 4 GLP / 2 GP) Wahl Stadtrat (2 SP / 1 SVP / 2 FDP / 1 CVP / 1 GLP, Präsidium SP)
4. März 2018	Totalrevision Gemeindeordnung: Finanzkompetenzen, Anpassung an neues Gemeindegesetz des Kantons
13. Februar 2022	Wahl Parlament (nach Listennummern) (8 SP / 8 SVP / 5 FDP / 4 DM* / 5 GLP / 4 GP / 2 EVP) *DM: Die Mitte Wahl Stadtrat (2 SP / 1 SVP / 1 FDP / 1 DM / 1 GLP / 1 Parteilos, Präsidium SP)
Juni 2023	Revision Geschäftsordnung Parlament: Einführung Audio-Protokollierung der Voten

Parlament statt Gemeindeversammlung

Schlieren in den 1960er-Jahren

Schlieren war in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg, wie viele andere Gemeinden rund um den Kantonshauptort, stark gewachsen. Trotzdem blieb der dörfliche Charakter einigermassen erhalten. Eine allzu stürmische Entwicklung fand trotz florierender Industrie nicht statt, weil der Wohnraum immer sehr knapp war.

ph. Im „Dorf“, wie es alle nannten, kannte man sich noch, und es gab auch viele Einkaufsmöglichkeiten. Zahlreiche aktive Vereine spielten im sozialen Leben eine wichtige Rolle und waren für viele ein bedeutender Bestandteil des täglichen Lebens. Die Inhaber politischer Ämter waren als Persönlichkeiten mindestens den „Alt-eingesessenen“ allgemein bekannt.

Neben der Politischen Gemeinde gab es die Schulgemeinde, die Bürgergemeinde und die beiden Kirchgemeinden als eigene Körperschaften. Über wichtige Geschäfte wurde an den Gemeindeversammlungen und zum Teil später auch noch an der Urne entschieden. Politische Gemeinde, Schulgemeinde und Bürgergemeinde kamen in der Regel jedes Jahr zu drei oder vier Versammlungen zusammen. Als Tagungsort diente ursprünglich die (Reformierte) Kirche, später die Turnhalle Im Moos und am Schluss der 1956 eröffnete Salmensaal.

Obwohl die Teilnahme als Bürgerpflicht und Ehrensache bezeichnet wurde, war der Aufmarsch – von wenigen Ausnahmen abgesehen – eher bescheiden. Von den knapp 3'000 Stimmberechtigten erschienen meistens nicht mehr als 100 bis 300 Männer, ausser wenn besonders wichtige oder umstrittene Traktanden zu behandeln waren. Die Zusammensetzung der Gemeindeversammlungen war mehr oder weniger zufällig. Es kam auch vor, dass Interessenvertreter einen Grossaufmarsch ihrer

Anhänger organisierten, um „ihrer“ Vorlage zum Durchbruch zu verhelfen. Ausserhalb der von der Gemeindevorstanderschaft traktandierten Geschäfte hatten die Stimmbürger ausser dem Initiativrecht kaum Einflussmöglichkeiten. Sie konnten zu einem Gemeindegeschäft einzig schriftliche Anfragen einreichen, die an der Gemeindeversammlung mündlich beantwortet wurden. Eine Diskussion oder gar Beschlussfassung fand aber nicht statt.

Die Gemeindeversammlung als oberstes politisches Organ hatte Vorteile und war auch nicht ohne Nachteile. Die Leitung war Aufgabe des Präsidenten und galt als anspruchsvoll. Nicht selten wurden an den Gemeindeversammlungen auch Gehässigkeiten gegenüber den Behörden, aber auch unter den Versammlungsteilnehmern ausgetragen.

Die Ortsparteien waren schon damals wichtige Elemente im Räderwerk der kommunalen Politik. Einerseits dienten sie als „Personalbeschaffer“ für die Behördentätigkeiten, andererseits befassten sie sich gründlich mit den Gemeindeversammlungsgeschäften. Daneben sahen sie ihre Aufgabe auch darin, den Gemeindebehörden auf die Finger zu schauen.

Im Jahresablauf war die gesamte Regierungs- und Verwaltungstätigkeit auf den Rhythmus der im Voraus festgelegten Gemeindeversammlungen ausgerichtet. Die Behörden erarbeiteten ihre Vorlagen, verfassten die Anträge, sorgten für Publikation und Druck der Einladungen und liessen die Akten für die öffentliche Auflage bereitstellen. In der Regel reichten vier Versammlungen im Jahr: Budget im Dezember und Rechnungsabnahme im Frühjahr waren gesetzt. Die übrigen Versammlungen dienten der Behandlung weiterer Geschäfte.

Initiative auf Einführung des Parlaments

1971 wurde das Frauenstimmrecht eingeführt. Damit verdoppelte sich die Zahl der Stimmberechtigten auf einen Schlag. Studien über die Entwicklung unseres Landes – immer noch geläufig ist in diesem Zusammenhang der Name Francesco Kneschaurek – sagten eine fast stürmische Zunahme der Bevölkerung voraus. Auch in anderen Gemeinden tauchte die Frage auf, ob die Gemeindeversammlung für die zukünftigen Aufgaben noch die richtige und zukunftsträchtige Organisationsform sei.

Im März 1971 reichte Karl Weiss eine Einzelinitiative mit folgendem Wortlaut ein: „Mit Beginn der Amtsdauer 1974/78 ist in Schlieren der Grosse Gemeinderat einzuführen, die Gemeindeordnung ist in diesem Sinne abzuändern.“

Begründet wurde das Begehren mit der zu erwartenden Bevölkerungsentwicklung, aber auch mit immer komplexeren Problemen und Aufgaben, die nach einer seriösen und speditiven Bearbeitung riefen. Die Gemeindeversammlung würde damit in Kürze überfordert sein. Ein weiteres Abwarten wäre verfehlt und unter Umständen ein teurer Preis für eine beizubehaltende Tradition. Der Initiant wies auch auf die Erfahrungen der Nachbarstadt Dietikon hin, die das Parlament bereits 1958 eingeführt hatte.

Der Gemeinderat prüfte die Initiative eingehend, erstattete am 19. August 1971 einen ausführlichen Bericht, setzte die Gemeindeabstimmung auf den 31. Oktober 1971 an und legte das Geschäft der Gemeindeversammlung vom 22. Oktober 1971 zur Orientierung vor.

Der gemeinderätliche Bericht zeigte die künftige Organisationsstruktur bei einem Systemwechsel auf und



Verabschiedung von Gemeindeschreiber Rudolf Spörri, in der Mitte, im Jahr 1972.

(v.l.n.r.): Nachfolger Alfred Luchsinger, Gemeindegutsverwalter Walter Meyer, Gemeinderat Fritz Blocher, Gemeinderat Werner Störchlin, Gemeinderat Hans Kündig, Gemeindepräsident Heinrich Meier, Gemeinderat Fritz Diggelmann, Gemeindeingenieur Karl Stoller.

enthielt auch eine Aufstellung der zu erwartenden Vorteile und Nachteile. Er schloss mit der Empfehlung, die Initiative anzunehmen.

An der Gemeindeversammlung vom 22. Oktober 1971 begründete Initiant Karl Weiss das Begehren. Er verwies auf die Erfahrungen anderer Zürcher Gemeinden. Die Diskussion liess keine hohen Wellen aufkommen. Offenbar waren die Meinungen knapp zehn Tage vor der Urnenabstimmung gemacht.

Am 31. Oktober 1971 wurde die Initiative bei einer Stimmbeteiligung von 55.5 % mit 1910 Ja zu 1484 Nein deutlich angenommen. Damit war der Auftrag klar: Ausarbeitung einer neuen Gemeindeordnung. Möglicherweise liessen sich einzelne Befürworter der neuen Ordnung vom Gedanken leiten, eine straffere Aufsicht über Regierung und Verwaltung sowie eine gründlichere Prüfung der Geschäfte könne nicht schaden.

Schlieren war mit den Vorbereitungsarbeiten nicht allein. Kommunale Parlamente existierten bereits in Zürich und Winterthur sowie in den Städten Uster (1928), Dietikon (1958) und Kloten (1970). Auch Adliswil, Bülach, Dübendorf, Illnau-Effretikon, Opfikon und Wädenswil entschieden sich für die Einführung im Frühling 1974. Nachher blieb es lange Jahre still, bis Wetzikon 2014 nach verschiedenen erfolglosen Anläufen den gleichen Schritt wagte. Horgen hatte von 1927 bis 1938 ein Parlament und lehnte die Wiedereinführung 1973 und 2019 (70 % Nein-Stimmen) ab.

Die neue Gemeindeordnung

Für die Ausarbeitung der neuen Gemeindeordnung hatte man nicht allzu viel Zeit, musste sie doch möglichst in der ersten Hälfte 1973 unter Dach und Fach sein, damit genug Zeit für Vorbereitungen und die Wahl des Parlamentes blieb. Eine ebenso spannende wie herausfordernde Aufgabe. Der Gemeinderat entschied sich für ein breit

abgestütztes Verfahren und setzte mit Beschluss vom 9. Dezember 1971 eine Studienkommission GO 74 mit elf Mitgliedern unter dem Vorsitz von Initiant Karl Weiss ein. Ihr gehörten an: Georges Baumgartner, Robert Binz, Heini Bloch, Werner Buff, Kurt Frey, Alfred Luchsinger, Heinrich Meier, Hans Oppliger, Kurt Seyfang und Martin von Aesch. Die Protokollführung und rechtliche/administrative Begleitung besorgte Alfred Luchsinger, damals Stellvertreter von Gemeindeschreiber Rudolf Spörri.

Die Kommission nahm die Arbeit zügig auf. Es waren verschiedene Knackpunkte zu bewältigen. Zunächst ging es um die Mitgliederzahl des künftigen Stadtrates. Ein grosses Thema stellte die Vereinigung der vorher selbständigen Schulgemeinde mit der Politischen Gemeinde dar, die das Gemeindegesetz vorschrieb. In diesem Zusammenhang waren auch die künftige Stellung des Schulpräsidiums sowie das Wahlverfahren zu

regeln. Weiter war für die künftigen Finanzkompetenzen eine ausgewogene Lösung zu finden: Grosszügig, um auch für die Zukunft gewappnet zu sein, aber nicht allzu hoch, um keine Ablehnung der Gesamtvorlage zu riskieren. Diskussionspunkte waren ebenfalls die Unterschriftenzahlen für Initiativen und Referenden sowie die Wahl der Behörden mit selbständigen Verwaltungsbefugnissen. Alle Beteiligten arbeiteten zielstrebig und mit Elan. Am 24. April 1972 unterbreitete die Kommission den Entwurf für die neue Gemeindeordnung dem Gemeinderat und stellte ihn nachher am 8. Mai 1972 den Behörden und Parteien vor. Anschliessend hatten alle Einwohnerinnen und Einwohner Gelegenheit, den Text zu beziehen und sich zum Vorschlag zu äussern. Die Stellungnahmen gingen an die Kommission und nachher an den Gemeinderat, worauf der bereinigte Entwurf dem Kanton zur Vorprüfung zugestellt wurde.

Vor der Urnenabstimmung am 20. Mai 1973 über die bereinigte Fassung wurde das Geschäft der Gemeindeversammlung vom 26. März 1973 zur Orientierung vorgelegt. Man war

sich einig, dass die künftige Stadtregierung neun Mitglieder umfassen solle. Die Grösse des Parlamentes mit 36 Mitgliedern war unbestritten. Nicht einigen konnten sich Stadtrat und Kommission über die Frage eines Vollamtes für das Stadtpräsidium und/oder für das Schulpräsidium. Der Gemeinderat entschied, die neue Gemeindeordnung zur Annahme zu empfehlen und den Stimmberechtigten die Einführung von Vollämtern für Stadtpräsidium und Schulpräsidium als Zusatzfragen zu formulieren. Für das Stadtpräsidium befürwortete der Gemeinderat das Vollamt, für das Schulpräsidium empfahl er es zur Ablehnung.

An der Urnenabstimmung vom 20. Mai 1973 betrug die Stimmbeteiligung nahezu 60 %. Die Gemeindeordnung fand mit 2406 Ja zu 1369 Nein eine klare Zustimmung. Die Schaffung von Vollämtern für Stadtpräsidium (1521 Ja zu 2183 Nein) und Schulpräsidium (1220 Ja zu 2486 Nein) lehnte der Souverän hingegen ebenso deutlich ab.

Der Auftrag an Gemeinderat und Gemeindeverwaltung war damit erteilt: Es galt, alle Vorbereitungen zu treffen,

damit das Parlament im Frühjahr 1974 die Arbeit aufnehmen konnte.

Vorbereitungen für den Systemwechsel

Die Kommission GO 74 hatte sich schon vor der Urnenabstimmung über die neue Gemeindeordnung bereit erklärt, einen Entwurf für die vom Parlament zu erlassende Geschäftsordnung des Gemeinderates zu erarbeiten. Sie nützte den durch das positive Ergebnis entstandenen Schwung aus und machte sich ohne Verzug an die Arbeit. Man wusste jetzt ja, dass sie nicht umsonst sein werde.

Auch auf Verwaltungsebene waren zahlreiche Vorbereitungen zu treffen. Man begab sich sozusagen auf Neuland, weil die künftigen Abläufe sorgfältig vorbereitet werden mussten. Erfahrungen standen nicht zur Verfügung. Daneben galt es auch, die bisherige Organisation bis zum Systemwechsel weiterzuführen. Dazu zählte namentlich die saubere Durchführung der letzten Gemeindeversammlung. Ein grosser Brocken war auch das Vorbereiten des auf den 3. Februar 1974 angesetzten Wahlganges.

Gemeindeversammlung Schlieren: Letztes Gefecht

Finale mit Sachpolemik und Wahlpropaganda 5. Dezember 1973

st- Vor der Einführung des Gemeindeparlamentes hatten Schlierens Stimmbürger am Montag zum letzten Mal Gelegenheit, selbst über die Vorlagen der Exekutive zu entscheiden. Was sonst eine Gemeindeversammlung nur von Fall zu Fall auszeichnete, trat dabei geradezu demonstrativ auf: ermüdende Längen, hitzige Debatten, etliche Änderungsanträge, humorige Lockerungsübungen und als zeitbedingter Pfeffer: wahlpropagandistisch gefärbte Bissigkeiten. Was hingegen gleich blieb, war die Zahl der Stimmbürger: 3 Prozent. Der etwa aus Pietät erwartete Massenaufmarsch unterblieb. Man durfte sich wie immer unter sich fühlen, — was der politischen Gemeinde am Ende zwei Steuerprocente mehr, der Schulgemeinde aber eines weniger bescherte. Ausser bei der Behandlung der Haushalte geschah freilich nichts Bewegendes, nur Zustimmendes. Die Grablegung der in Schlieren sichtlich überholten Institution «Gemeindeversammlung» aber wurde in Bild und Ton verewigt: Von der Heimatkundevereinigung als Tondokument, von der Schule als Filmaufzeichnung. Eine erste Realklasse durfte dabei Zaungast, die Knabenmusik davor einige Märsche spielen. Gegen Mitternacht marschierte man dann aus der «Konjunkturrhitze» über die Gasthauswärme in medizinisch sorgfältig bemessenen Abstufungen in die «Krisenkälte» der vom Oelembargo heimgesuchten Wohnungen.



Letzte Gemeindeversammlung am 3. Dezember 1973 im Salmen-Saal.

Die Gemeindeverwaltung und vor allem das Ressort Präsidiales standen zu jener Zeit unter grossem Druck. Rudolf Spörri, langjähriger Gemeindeschreiber, trat Mitte 1972 in den Ruhestand. Er befasste sich verständlicherweise nur noch am Rande mit den Neuerungen, die seinen Nachfolger erwarteten. Nachfolger war Alfred Luchsinger, bisheriger Stellvertreter. Er begleitete die Arbeiten mit grossem Fachwissen und erheblichem Einsatz. Sein Stellvertreter Peter Hubmann machte sich als Quereinsteiger rasch mit den anstehenden Aufgaben vertraut.

Der Wechsel auf das parlamentarische System war bei weitem nicht die einzige Herausforderung zu jener Zeit. Die Gemeindeverwaltung litt über Jahre hinweg unter grosser Raumnot, war sie doch an nicht weniger als sechs verschiedenen Orten im Zentrum verstreut eingemietet, was die Kommunikation unter den Abteilungen sehr schwierig machte. Ständig musste irgendwo Platz gefunden werden. Ausserdem war der Personalmarkt sehr ausgetrocknet.

Der Vollständigkeit halber ist hier zu erwähnen, dass die Umstellung auf die neue Gemeindeordnung auch beim Stadtrat und bei der Organisation seiner Aufgaben umfangreiche Anpassungen erforderte. Die Verwaltungsabteilungen waren in der Gemeindeordnung aufgezählt. Ziel war, die Aufgaben auf die nun neun Mitglieder möglichst gleichmässig aufzuteilen.

Fortan war der Schulvorstand und Präsident der Schulpflege Mitglied des Stadtrates. Die Aufgaben des früheren Ressorts Bau wurden durch Schaffung der Bereiche Hochbau und Tiefbau aufgeteilt. Neu war die Bildung von Ausschüssen, Sektionen genannt, welche zur Entlastung der Gesamtbehörde selbständige Entscheide treffen konnten. Der Bausektion wurden im Wesentlichen die Aufgaben der früheren Baukommission übertragen, während sich die Verwaltungssektion mit Personal- und Organisationsfragen zu befassen hatte. Die Finanzsektion hatte die Geschäfte im Zusammenhang mit den städtischen Finanzen zu bearbeiten. Alle Einzel-

heiten der Neuorganisation waren in der Geschäftsordnung des Stadtrates geregelt.

Letzte Gemeindeversammlung

Am 3. Dezember 1973 fand im Salmen-Saal die letzte Gemeindeversammlung statt. Ein denkwürdiger Anlass in der Geschichte Schlierens. Die Überschrift zum Bericht im Limmattaler Tagblatt lautete wie folgt: „Gemeindeversammlung Schlieren: Letztes Gefecht“ (siehe Artikel auf Seite 8).

Die Versammlung wurde von den Behörden in gewohnter Weise vorbereitet. Zur Beratung der Geschäfte erschienen 213 Stimmberechtigte. Am Anfang gab die Knabenmusik – damals hiess sie noch so – zur Feier des Tages ein schmissiges Konzert zum Besten. Gemeindepräsident Heinrich Meier begrüsst mit markigen Worten und auch mit ein bisschen Wehmut: „Für den Fall, dass Sie heute so zahlreich gekommen sind, um zu demonstrieren, die Gemeindeversammlung sei noch nicht tot, sind Sie zu spät. Der Zug ist abgefahren. Sie haben im Mai

mit grossem Mehr der neuen Gemeindeordnung zugestimmt. Persönlich bedaure ich, dass wir diesen Schritt zwangsläufig tun mussten. Ein Stück echte, ursprüngliche Demokratie geht verloren. Beim Umfang der Geschäfte, die Schlieren zu bearbeiten hat, und bei der teilweise kleinen Zahl von Stimmberechtigten an der Gemeindeversammlung – manchmal nur die Hälfte der heute Anwesenden – wäre es nicht zu verantworten, die bisherige Organisation beizubehalten. Unser Dank geht an alle, die sich eine Ehre daraus gemacht haben, jede Gemeindeversammlung zu besuchen.“

In der Versammlung der Politischen Gemeinde warfen die Sachgeschäfte keine hohen Wellen. Sie wurden praktisch ohne Diskussion gutgeheissen. Politisch wurde es hingegen bei der Beratung des Voranschlages.

Wen wundert es: Verschuldung und Geldknappheit waren schon damals brennende Themen. Nach einigem Hin und Her wurde die Erhöhung um 2 Steuerprozente grossmehrheitlich gutgeheissen. Wer gut beobachtete, glaubte da und dort schon Vorboten für den kommenden Wahlkampf zu erkennen. Am Schluss waren noch vier Anfragen von Stimmberechtigten zu beantworten. Zwei Fragesteller waren mit den Antworten des Gemeinderates zufrieden, einer erklärte sich teilweise befriedigt und einer war nicht befriedigt. Um 21.45 Uhr konnte die Versammlung der Politischen Gemeinde geschlossen werden.

Wie zu erwarten war, ging es in der Versammlung der Schulgemeinde in der Hauptsache erneut um Finanzen und Steuerfuss. Die Schulpflege wollte den bisherigen Steuerfuss beibehalten. Die Rechnungsprüfungskommission beantragte hingegen die Ermässigung um ein Steuerprozent. Der Entscheid fiel knapp aus: 81 Stimmen entfielen auf den Antrag

der Schulpflege und 86 Stimmen auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission.

Am Schluss der Versammlung dankte Gemeindepräsident Heinrich Meier den zurücktretenden Behördenmitgliedern: Die Gemeinderäte Max Weber und Hans Kündig sowie Schulgutsverwalter Georges Baumgartner hatten entschieden, nicht zur Wiederwahl anzutreten. Der Gemeindepräsident durfte den Dank einer Stimmberechtigten für die immer souveräne Führung der Gemeindeversammlung entgegennehmen, was durch einen grossen Applaus bekräftigt wurde.

Im Anschluss an die Versammlungen waren alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu einem Umtrunk eingeladen.

Die Versammlung der Schulgemeinde war um 22.50 Uhr beendet. Bei der anschliessenden Versammlung der Bürgergemeinde betrug die Zahl der Stimmberechtigten noch 37. Budget und einziges Sachgeschäft wurden diskussionslos genehmigt. Ebenfalls zu keinen Diskussionen führte die Behandlung von 12 Einbürgerungsgesuchen, die allesamt bewilligt wurden. Schon nach 15 Minuten war diese allerletzte Versammlung beendet, und auch die Bürgerinnen und Bürger konnten zum geselligen Teil übergehen.

Der bereits erwähnte Umtrunk soll sich in die Länge gezogen haben. Er fand in der Salmen-Wirtschaft eine Fortsetzung.

Zur Geschichtsschreibung: Die Gemeindeversammlung war nicht gerade ein heiliger politischer Akt, aber es ging trotzdem recht förmlich zu. Im Salmen sassen die Mitglieder des Gemeinderates inklusive Schreiber auf der Ostseite des Saals an einem langen Tisch mit Blick zur Türe. Ihnen gegenüber befanden sich drei Blöcke mit

Stühlen für die Stimmberechtigten. Von der Behörde aus gesehen links nahmen die Sozialdemokraten, rechts die bürgerlich orientierten Teilnehmer und in der Mitte die Anhänger der übrigen Parteien sowie die politisch nicht gebundenen Personen Platz. Wer in Unkenntnis dieser Gepflogenheiten den falschen Ort wählte, wurde schief angesehen.

Die Verhandlungen liefen sehr geordnet ab. Die Votanten wurden in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen berücksichtigt. Man sprach sich auch unter Parteifreunden und Vereinskollegen per Sie an. Zwischenrufe waren verpönt. Wenn eine Debatte allzu sehr ausuferte, kam von irgend einer Seite der Ordnungsantrag, die Diskussion sei abubrechen. Der Gemeindevorschreiber hielt eine Kurzfassung der Voten und selbstverständlich auch die Abstimmungen und Beschlüsse im Protokoll fest.

Das Protokoll war vom Präsidenten und von den Stimmenzählern innerhalb von sechs Tagen nach der Versammlung zu unterzeichnen, was als Genehmigung galt. Nachher stand es den Stimmberechtigten zur Einsicht offen.

Wahlen vom 3. Februar 1974

Die ersten Wahlen nach der neuen Gemeindeordnung wurden vom dafür nach alter Ordnung noch zuständigen Gemeinderat auf einen frühen Zeitpunkt im neuen Jahr angesetzt. Man wollte damit möglichst bald Klarheit über die politischen Verhältnisse bekommen, aber auch die Zeit des Wahlkampfes kurz halten. Erst von der neuen Amtsdauer an nannte sich Schlieren Stadt. In einem ersten Rutsch waren die 36 Mitglieder des Gemeinderates sowie die neun Mitglieder und der Präsident des Stadtrates zu wählen. Der zweite Teil der Wahlen, bei dem namentlich die Mitglieder der Schulpflege zu bestimmen waren, folgte später.



Gemeinderatssitzung im Salmen-Saal, hinten rechts sind die Preetische.

Gemeinderat

Für die Wahl des Parlamentes galten die Bestimmungen, die das damals gültige kantonale Wahlgesetz für den Kantonsrat enthielt. Die Listennummern wurden ausgelost. Am 31. Dezember 1973 konnte der Stadtrat die Listen veröffentlichen:

Liste 1 EVP

18 Kandidatinnen und Kandidaten, alle kumuliert

Liste 2 FDP

29 Kandidatinnen und Kandidaten, davon 7 kumuliert, keine leere Zeile

Liste 3 SP/Gewerkschaften

36 Kandidatinnen und Kandidaten, keine leere Zeile

Liste 4 LdU

14 Kandidatinnen und Kandidaten, alle kumuliert, 8 leere Zeilen

Liste 5 SVP/BGB

30 Kandidatinnen und Kandidaten, keine Kumulierung, 6 leere Zeilen

Liste 6 CVP

36 Kandidatinnen und Kandidaten, keine Kumulierung

Liste 7 QVMülligen

2 Kandidaten, beide kumuliert, und 32 leere Zeilen

Insgesamt stellten sich für die 36 Sitze 165 Personen zur Wahl.

Der Wahlkampf war Sache der Parteien. Um die Übersicht zu erleichtern und die Papierflut in Grenzen zu halten, beschloss der Stadtrat, ein mit den Adressen der stimmberechtigten Familienvorstände (damals ein gängiger offizieller Begriff!) versehenes Kuvert zur Verfügung zu stellen. Das Verpacken der Prospekte hatte durch die Parteien zu erfolgen. Dieser Modus hatte sich übrigens so gut bewährt, dass er noch heute angewandt wird.

Das Ermitteln der Wahlergebnisse – zu jener Zeit noch von Hand mit sogenannten Zählheften – war gleichermaßen aufwändig wie spannend. Gegen Mitternacht war die Arbeit beendet. Das Ergebnis in aller Kürze:

Liste 1 EVP 2 Sitze / Liste 2 FDP 6 Sitze / Liste 3 SP 11 Sitze / Liste 4 LdU 4 Sitze / Liste 5 SVP/BGB 6 Sitze / Liste 6 CVP 5 Sitze / Liste 7 QV Mülligen 2 Sitze

Tragisch war der Hinschied von Hans Oppliger (SP), der noch vor der ersten Sitzung verschied. Für ihn rückte das erste Ersatzmitglied Werner Antener nach.

Nachdem das Ergebnis des Urnengangs feststand, konnten die Parteien

und die Gewählten die Konstituierung des Gemeinderates und die Wahl der Kommissionen vorbereiten.

Stadtrat

Auch die Wahl der neun Mitglieder des Stadtrates war spannend. Gewählt wurden in der Reihenfolge der erzielten Stimmen:

Heinrich Meier (SVP/BGB)
Fritz Diggelmann (FDP)
Peter Gysling (EVP)
Werner Störchlin (parteilos)
Sepp Stappung (SP)
Kurt Frey (SVP/BGB)
Robert Binz (CVP)
Ernst Brem (SP)
Alfred Altherr (SP)

Präsident: Heinrich Meier

Neu in der Gemeindevorsteherschaft waren Peter Gysling, Kurt Frey (früher Schulpräsident), Robert Binz und Alfred Altherr.

Der Stadtrat ging zügig an die Arbeit. Schon am 14. Februar 1974 fand – unter dem Vorbehalt der Rechtskraft der Wahl – eine erste Sitzung mit der Konstituierung und Verteilung der Ressorts statt.

Vorbereitungen für die erste Sitzung des Gemeinderates

Die Zeit zwischen der Wahl des Parlamentes und der ersten Sitzung war in verschiedener Hinsicht herausfordernd. Bis zum Versand der Einladung standen gerade rund vier Wochen zur Verfügung. Stadtrat und Stadtkanzlei hatten die administrativen Vorbereitungen für den reibungslosen Start zu treffen. Man befand sich damals noch im Schreibmaschinenzeitalter, hatte aber immerhin schon leistungsfähige Kopier- und Vervielfältigungsgeräte. Den politischen Parteien kam – nun in Kenntnis der Parteistärken und der Gewählten – die Aufgabe zu, die Weichen für die vom Parlament vorzunehmenden Wahlen zu stellen. Neben den Organen des Gemeinderates – Präsidium, Büro und ständige Kommissionen – standen auch die selbständigen Kommissionen auf der Traktanden-

liste. Dazu waren sicherlich auch parteiinterne und parteiübergreifende Kontakte nötig. Ob wirklich alle Wünsche berücksichtigt werden konnten, ist nicht aktenkundig.

Stadtrat und Stadtverwaltung entschieden, das Sekretariat des Parlamentes dem Stellvertreter des Stadtschreibers zu übertragen. Eine Lösung, die das kleinstmögliche Risiko für Interessen- oder Loyalitätskollisionen erwarten liess und sich über all die Jahrzehnte bewährte. Schon zu jener Zeit war ein ernst gemeinter Sparauftrag zu befolgen. Ziel war, den Aufwand für die neue Institution Parlament möglichst klein zu halten. Dennoch wurde festgelegt, das Sekretariat solle ein Dienstleistungszentrum für den Gemeinderat und seine nebenamtlichen Funktionäre sein.

Erste Sitzung vom 18. März 1974

Nach den Bestimmungen der noch fast druckfrischen neuen Gemeindeordnung war es Aufgabe des Stadtpräsidenten, zur ersten Sitzung einzuladen und den Vorsitz bis zur Wahl des Gemeinderatspräsidenten zu führen. 35 Mitglieder versammelten sich im festlich hergerichteten Salmen-Saal. Ob er an diesem Tag richtig geheizt war, ist nicht überliefert.

Stadtpräsident Heinrich Meier hielt eine längere Eröffnungsrede. Er dankte den Gewählten für die Bereitschaft zur Mitarbeit im Parlament. Weiter wies er auf einige drängende Probleme und künftige Geschäfte hin. Wichtig sei ein gutes Einvernehmen in der Bevölkerung. (Von den damals rund 12'000 Einwohnerinnen und Einwohnern hatten etwa 3'000 eine fremde Staatsangehörigkeit.) Er schloss mit

Jubiläumsausgabe: 25 Jahre Parlament „Neue Schlieremer Ratszeitung“.



Samstag, 6. November 1999
KW 44
Nr. 1

Neue Schlieremer Ratszeitung

JUBILÄUMSAUSGABE

Briefadresse von Redaktion, Verlag und Druckerei:
Stadthaus Schlieren, Postfach, 8952 Schlieren
Internet: <http://www.kommtnoch.ch>

Gratisausgabe anlässlich des
25-jährigen Jubiläums des
Schlieremer Parlaments

Die Ratspräsidenten erinnern sich

Vielfältige Geschäfte in 25 Jahren Ratsbetrieb

Die Ratspräsidenten von 1974 – 1998 des Schlieremer Parlaments wurden gebeten, mit einigen wenigen und ganz persönlichen Worten festzuhalten, was in ihrer Amtszeit für sie eine spezielle Bedeutung hatte. Die Zusammenstellung spiegelt die spannende Geschichte von 25 Jahren Ratsbetrieb wieder.

Die erste Ratssitzung am 18. März 1974

Die erste Amtsperiode von 1974 – 1975 war für das Gemeindeparlament Schlieren ein Jahr der Weichenstellungen, weshalb ich kein Sachgeschäft speziell hervorheben möchte. Von spezieller Bedeutung war für mich als Kommissionspräsident die Vorbereitungsarbeit für eine neue Gemeindeordnung (GO74) und deren Annahme durch die Stimmbürger. Ich betrachte deshalb die erste Ratssitzung am 18. März 1974 und damit die Konstituierung

Stadthaus und Stadtbibliothek

Auszug aus dem Protokoll:

- Die Motion von F. Miller und vier Mitunterzeichnern über einen Projektierungskredit für ein eigenes Verwaltungsgebäude wird zur Prüfung und Antragstellung an den Stadtrat überwiesen.
- Die Motion von H. Bloch und acht Mitunterzeichnern über eine Kreditvorlage für die Projektierung des eigenen Gemeindehauses wird zur Prüfung und Antragstellung an den Stadtrat überwiesen.

Editorial

Die Macht des Wortes

Wir leben in einer Zeit der Veränderungen und ein geflügeltes Wort sagt, das einzig Konstante sei der Wandel. Auch in der Politik bewegt sich einiges. Da gibt es zahlreiche kantonale Projekte mit drei Buchstaben, wie beispielsweise WIF oder TAV, die Veränderungen bewirken. Mit Annahme der neuen Gemeindeordnung im letzten Jahr haben die Schlieremer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger neuen Strukturen und Abläufen im Ratsbetrieb und in der Verwaltung der Stadt Schlieren zugestimmt. Weitere Veränderungen ergeben sich durch die immer stärkere Verbreitung von elektronischen Hilfsmitteln, wie Internet, e-mail etc. In dieser Zeit der



(v.l.n.r.): Sekretär Peter Hubmann und die Stimmenzähler Paul Furrer, Fritz Bruderer und Arnaldo Ferrari beim Auszählen der Stimmen an der ersten Sitzung vom 18. März 1974.

dem Hinweis, Politik bedeute letztlich das Ordnen des Zusammenlebens sowie der möglichst gerechten Verteilung der Lasten und der Annehmlichkeiten unseres kurzen Aufenthaltes auf dieser Welt.

Bevor mit der Behandlung der Geschäfte begonnen werden konnte, waren Sekretär und Stimmenzähler zu bestimmen. Heinrich Meier empfahl Stadtschreiber-Stellvertreter Peter Hubmann als Sekretär und die drei damals einzigen Gemeinderätinnen Elsbeth von Aesch, Heidi Häuptli und Rosmarie Mehlin als Stimmenzählerinnen zur Wahl. Der Vorschlag wurde stillschweigend zum Beschluss erhoben. Damit das Parlament überhaupt handlungsfähig war, musste eine vorläufige Geschäftsordnung erlassen werden, die bis zur Gültigkeit der endgültigen Fassung massgebend sein sollte. Auf Antrag des Stadtpräsidenten hiess das Parlament den von der Kommission GO 74 erarbeiteten Entwurf ohne Gegenantrag gut.

Nach der Erledigung der Formalitäten konnte zu den Wahlen geschritten werden. Als erstes wurde Karl Weiss (FDP) mit 33 Stimmen sehr ehrenvoll zum Ratspräsidenten gewählt.

In der Antrittsrede dankte er für das Vertrauen und hielt Ausblick auf die Arbeit des Parlamentes. Er werde sich für die speditive Abwicklung der Ratsgeschäfte einsetzen. Die erste Ratssitzung sei ein Markstein in der Geschichte Schlierens, und es solle ein positiver Markstein sein.

Anschliessend wurden Heini Bloch (SP) mit 34 Stimmen zum ersten und Fritz Miller (SVP/BGB) mit 33 Stimmen zum zweiten Vizepräsidenten gewählt. Die Bestätigung von Peter Hubmann als Sekretär und die Wahl der drei „richtigen“ Stimmenzähler Fritz Bruderer (EVP), Arnaldo Ferrari (CVP) und Paul Furrer (LdU) erfolgte dann in offener Abstimmung. Damit war das Büro für das erste Amtsjahr bestellt.

Die Wahl der weiteren gemeinderätlichen Organe – je neun Mitglieder und Vorsitz von Geschäftsprüfungskommission und Rechnungsprüfungskommission – verlief ohne Zwischenfälle in offener Abstimmung.

In einem weiteren Schritt waren durch das Parlament auch die Kommissionen mit selbständiger Verwaltungsbefugnis für die Amtsdauer 1974/78 zu bestimmen:

6 Mitglieder der Fürsorgebehörde
6 Mitglieder der Gesundheitsbehörde
4 Mitglieder der Vormundschaftsbehörde
2 Mitglieder und 2 Ersatzmitglieder der Steuerkommission

Ganz am Schluss stand noch die Bestimmung der 30 Mitglieder des Wahlbüros an.

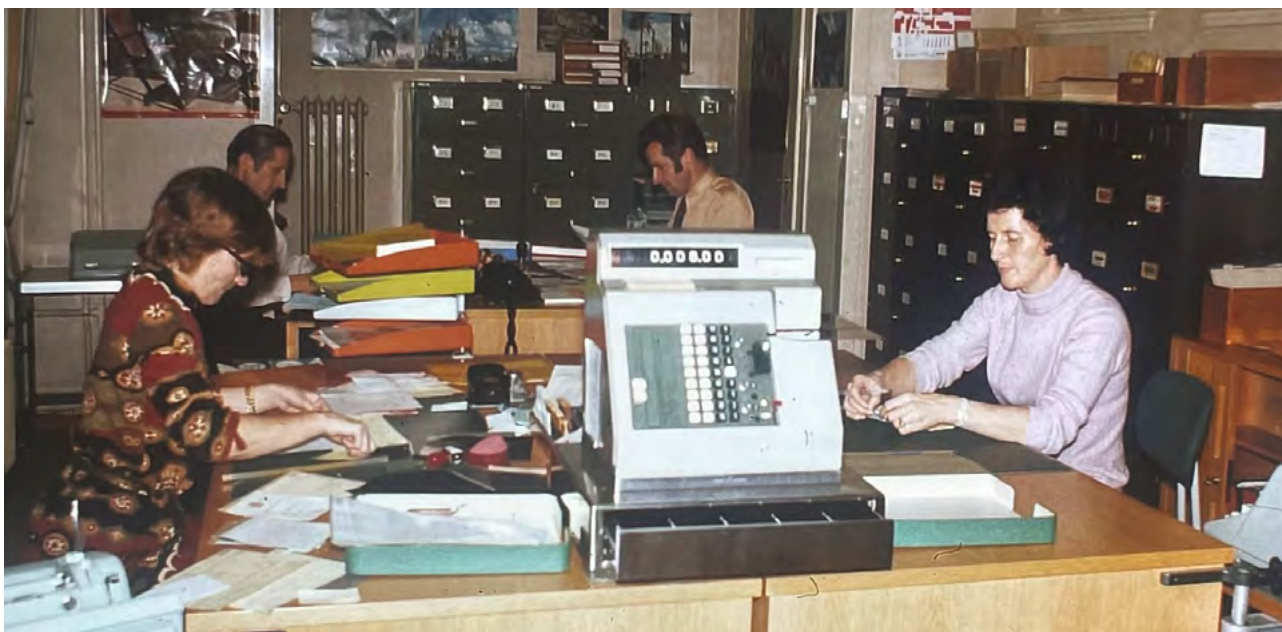
Damit war die Traktandenliste abgearbeitet. Die ganze Sitzung dauerte knapp 1 ¾ Stunden.

Bei einem gemeinsamen Imbiss in der Salmenstube liessen Gemeinderat, Stadtrat und Pressevertreter die erste Sitzung ausklingen.

Parlamentsbetrieb 1974

Nachdem alle Organe bestellt waren, konnte der Gemeinderat die Arbeit aufnehmen. Die Akteure tasteten sich vorsichtig an die neuen Aufgaben heran. Beobachter hätten wahrscheinlich bemerkt, die eifrigsten Redner im Parlament seien schon an den Gemeindeversammlungen aktiv gewesen.

Der Erlass der definitiven Geschäftsordnung war nach der Vorberatung durch die Geschäftsprüfungskommission



Einwohnerkontrolle im alten Gemeindehaus an der Zürcherstrasse 11.

sion eher eine Formsache. Sie regelt den Ablauf der Sitzungen und den Gang der Geschäfte.

Im Gegensatz zu den Mitgliedern des Stadtrates und der Exekutivbehörden besteht für die Mitglieder des Parlamentes kein Amtszwang. Gewählte können beim Bezirksrat jederzeit mit einfacher Begründung die Entlassung beantragen. Von dieser Möglichkeit wurde bis zum Ende des Wahljahres kein Gebrauch gemacht. Parlamentarierinnen und Parlamentarier unterstehen generell auch nicht dem Amtsgeheimnis. Sie können aber für bestimmte Geschäfte und Vorgänge sowie für Kommissionsberatungen zur Verschwiegenheit verpflichtet werden.

Das Parlament übernahm im Wesentlichen die Aufgaben der früheren Gemeindeversammlung. Namentlich mit seinen Kommissionen und den parlamentarischen Vorstössen steht ihm aber ein wesentlich griffigeres Instrumentarium zur Verfügung.

Der Vollständigkeit halber sei hier noch erwähnt, dass die Geschäfte der früheren Bürgergemeinde der Bürgerlichen Abteilung des Gemeinderates übertragen wurden. Sie setzte sich aus den Parlamentsmitgliedern mit Bürgerrecht Schlieren zusammen, welche die bürgerliche Geschäfts-

und Rechnungsprüfungskommission GRPK wählten. Hauptgeschäfte waren die Verwaltung des Bürgergutes (Grundstücke und Vermögen der früheren Bürgergemeinde) und die Einbürgerungen, soweit sie nicht in die Zuständigkeit der Bürgerlichen Abteilung des Stadtrates fielen. (Die bürgerlichen Organe wurden mit der Revision der Gemeindeordnung vom 17. Mai 2009 gemäss den Vorgaben der Kantonsverfassung aufgehoben. Mit den Einbürgerungen befasst sich seit 2010 die an der Urne gewählte selbstständige Bürgerrechtskommission.)

Die Anträge an das Parlament wurden in Papierform allen Mitgliedern sowie der akkreditierten Presse und den Parteipräsidien zugestellt. Das Büro – Präsident, Vizepräsidenten, Stimmenzähler und Sekretär – ist gewissermassen die Geschäftsleitung. Nach dem Eingang einer Vorlage wird sie vom Büro einer Kommission (GPK, RPK oder allenfalls Spezialkommission) zur Vorberatung überwiesen. Die Akten (Pläne, Kostenvoranschläge, Berichte und alles, was zur Beurteilung nötig ist) stehen den Ratsmitgliedern jederzeit zur Einsicht offen. Es wird erwartet, dass sie sich damit vertraut machen. Wegen der grossen Raumnot in der Stadtverwaltung – und vielleicht auch ein wenig, weil man die Parlamentarierinnen und Parlamentarier nicht allzu nahe beim Stadtrat und bei der

Verwaltung haben wollte – wurde für die Akteneinsicht bis zum Bezug des Stadthauses ein Raum im Roten Schulhaus zweckentfremdet.

Vor den Sommerferien 1974 war die Rechnung 1973 zu behandeln. Eine etwas eigenartige Situation: Vorschläge von den Gemeindeversammlungen festgesetzt, Ausgaben durch die nicht mehr vorhandenen Behörden – hauptsächlich Gemeinderat und Schulpflege – getätigt, Rechnung durch den neuen Stadtrat abgenommen und dem Parlament unterbreitet.

Im Büro kam schon bald die Idee zur Sprache, zur Pflege des gesellschaftlichen Umgangs unter den Ratsmitgliedern sei eine gesellige Zusammenkunft durchzuführen. Man entschied sich, wie in den übrigen Parlamenten üblich, jährlich einen Ratsausflug durchzuführen, wollte damit aber zuwarten, bis einige Arbeitssitzungen stattgefunden hatten. Schlussendlich fiel die Wahl auf den Chilbi-Samstag – ein Datum, das über viele Jahre für den Ausflug reserviert blieb. Die Vorbereitungen waren immer Sache des Präsidenten. Das erste Reiselein führte zuerst zum Flughafen, wo sich die Mitglieder des Parlamentes, begleitet von Stadtrat, Verwaltungskader und Pressevertretern, mit Fragen zum Fluglärm beschäftigten und die technischen Einrichtungen be-

sichtigten. Später führte der Weg nach Döttingen/AG, wo man nach dem Besuch eines Weinkellers ein für heutige Verhältnisse bescheidenes Nachtessen genoss. Sparen war schon damals angesagt: Die Stadt übernahm Reise und Verpflegung; für die Getränke hatte man selbst aufzukommen.

Noch vor dem Ausflug legte der Gemeinderat auch seine Entschuldigungen fest. Die jährlichen Ansätze lauteten:

Mitglieder 400 Franken /
Zulage Präsident 1'200 Franken

RPK: Präsident 1'200 Franken /
Mitglieder 300 Franken

GPK: Präsident 800 Franken /
Mitglieder 300 Franken

Sitzungsgeld für alle Sitzungen
je 30 Franken

Ende Jahr konnten auch die 1974 eingegangenen parlamentarischen Vorstösse gezählt werden: Die Parteien machten von den ihnen zustehenden Möglichkeiten mehr oder weniger regen Gebrauch. Von den 31 Vorstössen gingen nicht weniger als 9 auf das Konto des Quartiervereins Mülligen, 7 kamen von der SP, 5 vom Landesring, 4 von der SVP/BGB und je 2 von der EVP, von der FDP und von der CVP.

Die Presse berichtete regelmässig über die Ratssitzungen. Die Zahl der Besucherinnen und Besucher an den öffentlichen Beratungen war von Anfang an meistens überschaubar. Im Lauf der Zeit liess der Aufmarsch an politisch Interessierten weiter nach.

Über die ersten neun Monate Parlamentsarbeit erschien im Limmattaler Tagblatt Ende 1974 folgender Bericht:

Nicht immer «Liebesgrüsse» aus den Fraktionen

Der junge Schlierener Parlamentarismus ist noch unsicher

st. Vor rund neun Monaten haben 36 Gemeinderäte (Legislative) aus sechs Parteien und einem Quartierverein sowie neun Stadträte, die fünf Parteien angehören — einer ist parteilos — im ersten Parlament der Stadt Schlieren Einsitz genommen. Ein Kind wird zwar nach neun Monaten geborene, aber laufen kann es noch nicht.

Der Vergleich mag hinken, im Wesentlichen trifft er aber hier zu. Für eine eigentliche erste Bilanz, dies haben am 31. Dezember an dieser Stelle schon die Gemeinderatsfraktionen zum Ausdruck gebracht, ist die Zeit noch nicht reif. Schlägt man den Bogen jedoch etwas weiter, lassen sich gewisse Feststellungen treffen. Denn immerhin ist bereits viel Papier verbraucht worden, hat man sich — zumeist sehr manierliche — Gefechte geliefert, sind wichtige Entscheidungen, so über Haushalt und Steuern 1975 gefallen.

Die Vergangenheit mischt mit

Von einem bestimmten Stil, wie ihn sich ein Parlament im Laufe der Zeit aneignet, kann in Schlieren noch nicht die Rede sein. Der Gemeinderat ist in seiner Geschäftsordnung noch wenig heimisch, der Stadtrat hält es vorderhand noch eher mit dem Reagieren denn mit dem Argumentieren. Übend und tastend bewegen sich auch die Fraktionssprecher noch auf dem hohen Seil der Rhetorik, stets gefährdet von unfreiwilliger Komik, dem Absturz ins Belanglose oder ermüdender Umständlichkeit. Es kommt zu Stockungen, Kompetenzüberschreitungen, Verweisen. Entschuldigbar im Zeichen des «parlamentarischen Probelaufes».

Nicht zu übersehen ist indes, dass im neuen Rat die alten Animositäten aus dem abgelagerten Gemeindeversammlungsbetrieb vorderhand noch stark weiterleben. Dabei fällt die Attacke naturgemäss jenen leichter, die nicht auf ein Parteimitglied in der Exekutive Rücksicht nehmen müssen. Von einer ausgesprochenen Oppositionsrolle dieser «Contestataires» ist freilich wenig zu spüren. Hier könnte man sich neben den Detailänderungen aus den «Regierungsfractionen» durchaus gereifte Gegenvorschläge zu den stadträtlichen Vorlagen vorstellen.

Eher Wunschvorstellungen denn Realitätsbezo-genheiten spiegeln sich auch in den meisten parlamentarischen Vorstössen. Man vermag sich oft des Gefühls nur schlecht zu erwehren, es gehe weniger um die Sache selber, als darum, vor allem den alten Gemeinde- beziehungsweise neuen Stadträten die Knochen alter Versäumnisse zu-nächst noch einmal kräftig zwischen die Zähne zu rammen.

Zurückhaltender Stadtrat

Auf die Suche nach Unverwechselbarkeit und Profil scheint sich auch im hohen Kollegium noch niemand aufgemacht zu haben. Hinter der Zurückhaltung, die auf der langen Stadtratsbank geübt wird, ist weniger Taktik als zögernde Bravheit zu spüren. Allerdings hat sie zweifellos mehr als eine Wurzel. Es ist nicht mehr wie früher der Präsident der Exekutive, der das Geschehen und die Einsätze seiner Kollegen dirigiert, sondern der Präsident des Grossen Gemeinderates, also der Legislative. Ferner besteht die Hälfte des Stadtrates aus «Neulingen». Damit wird einerseits das Einfinden in einen gemeinsamen Rhythmus verzögert, andererseits dürfte eine gewisse Scheu des Einzelnen, sich in den Vordergrund zu spielen, noch eine Weile vorhalten.

Zum Regieren hat sich die neue Exekutive noch nicht aufgerafft. Dies drückt sich auch im Verhältnis des Stadtrates zu den Fraktionen aus. Der Samthandschuh wird selbst dort gezeigt, wo eine gewisse Unbökummertheit oder gar ein schnelles, reinigendes Dreinfahren die Situation klären könnte. Am deutlichsten tritt diese Kluft wohl bei den Sozialdemokraten zutage, deren rhetorischer Fraktionsdonner bisher keinen SP-Stadtrat sonderlich zu erschüttern vermochte.

26 Begehren

Mangel an politischem Fleiss kann man indes weder den Gemeinde- noch den Stadträten vorwerfen. Demgegenüber steht der Wunsch nach mehr Linie, nach zupackenderem Handeln und klareren Willenskundgebungen auf einem anderen Blatt. Ausserdem wäre es unbillig, vom noch ungewohnten Parlamentsbetrieb heute schon das «Zack-Zack» und «Ruck-Zuck» der Routiniers zu verlangen.

Fleissig war vor allem der Stadtrat. Er hatte bereits im ersten Dreivierteljahr eine Reihe teils heikler Sachgeschäfte vorzubereiten, eine gewaltige Budgetierungsarbeit zu leisten, die erstmals sämtliche Güter zusammen erfasste, und — auf 26 parlamentarische Vorstösse zu antworten.

Fleissig zeigten sich die Gemeinderäte in der Vorbereitung auf die Sachgeschäfte und ein flauen knifflige Detailarbeit wurde speziell in den Kommissionen eingebracht. Nicht weniger reich präsentiert sich freilich auch die lange Liste der Einzel- und Fraktionsbegehren aus den ersten neun Monaten. Hier kann denn auch wer will die meisten Fragezeichen anbringen und nicht nur weil diese Flut den Stadtrat arbeitstechnisch stark belastet.

Fragezeichen, weil nicht wenige dieser Vorstösse bei Ausführung mit genau jenen finanziellen Konsequenzen verbunden wären, wegen derer

man dem Stadtrat bei der Budgetberatung Sparwinke austeilte. Fragwürdig aber auch, weil sich mancher Parlamentarierwunsch zwar hübsch anhört, seine Wirksamkeit oder auch nur Zweckmässigkeit aber vorläufig bestenfalls auf einem halben Bein steht. Einiges trägt auch bloss den Charakter von Spitzfindigkeiten, Pedanterie oder von einem — wie erwähnt — verspäteten Schlagabtausch mit dem alten Gemeinderat von 1973. Mit freundlich-harmlosen Eingaben, gewissermassen «Liebesgrüssen aus dem Rat» an die Exekutive, hat man es in den wenigsten Fällen zu tun.

Insgesamt sind bis heute 26 Begehren eingereicht worden: 13 Interpellationen, je 5 Motionen und Kleine Anfragen und 3 Postulate. Je zwei Vorstösse buchten EVP, FDP, und CVP, vier kamen aus den Reihen der SVP/BGB, fünf lancierte der Landesring. Auf sieben brachte es die SP und den Rekord hält mit neun die Gruppe «Mülligen». Das ergibt 31. Dabei sind jedoch die beiden Vorstösse, an denen sich SVP/SP/CVP und LdU (Verkehr), Bau- und Spielplatzprobleme beim «Lilie»-Zentrum) einerseits und SVP/FDP und CVP (Erhaltung von Wohnraum für Familien) andererseits beteiligten, mitgezählt.

Während die zahlreichen Vorstösse seitens der Sozialdemokraten auch von der sozialpolitischen Stossrichtung her eine einheitliche Tendenz vorweisen und zu erwarten waren, schimmert beim Landesring eher etwas von der Profilität zwischen den beiden Blöcken durch. Bei der zweiköpfigen «parteilosen» Mülligen-Gruppe wird man annehmen dürfen, dass mit dem Einsatz parlamentarischer Mittel vor allem ein Ausgleich zur numerischen Leichtgewichtigkeit gesucht wird.

Ratsbetrieb bis zur Jahrtausendwende

Der Gemeinderat konnte sich zunehmend Alltagsgeschäften widmen.

Im weiteren Verlauf der Amtsdauer 1974/78 stellte sich eine Art Normalität ein. Auseinandersetzungen im Wahlkampf waren verblasst. Die Politik hatte sich an die neuen Verhältnisse und Entscheidungswege gewöhnt.

ph. Das Parlament konnte das erste ganze Amtsjahr in der unveränderten Zusammensetzung beginnen. Die Alltagsgeschäfte liessen zunächst kaum grosse Wellen hochkommen.

Anfang 1975 kam es nach dem Hinschied von Gemeinderat Jakob Hauser/Quartierverein Mülligen zu einer Art Novum in der jüngeren Zürcher Geschichte. Da sich auf der Mülliger Liste neben den zwei Gewählten kein Ersatz mehr befand, der hätte nachrücken können, musste erstmals im Kanton eine Ersatzwahl durchgeführt werden, bei der das relative Mehr entschied. (Das kantonale Wahlgesetz wurde in diesem Punkt 1983 geändert.) Für den freien Sitz gab es vier

Kandidaturen. Gewählt wurde am 27. April 1975 Agatha Wernli-Ineichen vom Quartierverein Mülligen mit 848 Stimmen. Der Kandidat der EVP, der auch von der SVP unterstützt wurde, erzielte 787 und der Kandidat der SP 645 Stimmen. Indirekt bestätigte damit der Souverän die Sitzverteilung nach Parteien.

Im Frühsommer 1975 war der erste Geschäftsbericht über das Vorjahr zu behandeln. Stadtrat, Kommissionen und Verwaltung gaben umfassend Aufschluss über ihre Tätigkeiten. Die eingehende Prüfung erfolgte durch die Geschäftsprüfungskommission. Sie legte den Exekutivbehörden einen umfassenden Fragenkatalog vor, was sich für die späteren Jahre als fester Standard einbürgerte.

Um der Raumnot in der Verwaltung endlich ein Ende zu setzen, trieb der Stadtrat die Planung eines eigenen Gemeindehauses voran. Der Gemeinderat stimmte am 10. Februar

1975 einem Projektierungskredit von 391'000 Franken für ein Verwaltungsgebäude am heutigen Standort des Stadthauses mit 18:14 Stimmen zu. Gegen den Beschluss ergriffen aber 12 Mitglieder des Gemeinderates das Referendum. An der Urnenabstimmung vom 27. April 1975 wurde die Vorlage mit 1373 Ja zu 1737 Nein bachab geschickt.

Schon im Folgejahr wurde die Idee eines eigenen Verwaltungsgebäudes wieder aufgenommen. Das Vorhaben erhielt Auftrieb, weil in der Bauwirtschaft eine Beschäftigungskrise ausgebrochen war und der Bund vorgezogene Bauvorhaben der öffentlichen Hand mit einem Beitrag unterstützte. Zudem wurde die Raumnot in der Verwaltung immer unerträglicher. Am 27. September 1976 hiess der Gemeinderat einen Kredit von 178'000 Franken für die Projektierung eines im Vergleich zum ersten Anlauf wesentlich kleineren Gebäudes gut. Schon am 24. April 1977 konnten die Stimm-



Fleissig berichteten die Presse-Vertreter ...



...über die Beratungen der Gemeinderats-Mitglieder.

berechtigten über den Objektkredit von 6 Mio. Franken abstimmen, der mit deutlichem Mehr gutgeheissen wurde. 1978 war der Bau bereits fertig und konnte bezogen werden.

Im Juni 1977 mussten Stadtrat und Gemeinderat eine Niederlage einstecken: Eine mit grossem Aufwand erarbeitete neue Bauordnung und der zugehörige Zonenplan wurden an der Urne mit 1718 Ja zu 2019 Nein abgelehnt.

Die Zusammensetzung des Gemeinderates blieb bis zum Frühjahr 1978 nahezu unverändert. Neben dem bereits erwähnten Todesfall war 1976 der zum Stadtrat gewählte Fritz Arnet (FDP) zu ersetzen. Dazu kamen fünf weitere Rücktritte aus verschiedenen Gründen.

Im Rückblick gesehen entwickelten sich im Lauf der Zeit einige Dauerthemen. Die wichtigsten waren Finanzen, Finanzknappheit und Steuerfuss (schon damals!), aber auch Ortsplanung mit Bau- und Zonenordnung, Entwicklungsfragen sowie Verkehrsprobleme. Etwas später kamen dazu: Verhältnis Parlament/Stadtrat, Kommunikation unter den Räten und Fraktionen sowie der Niedergang der Industrie mit Fragen zur Neunutzung der grossen Industrieareale.

Amtsduer 1978/82

Die Gesamterneuerungswahl des Gemeinderates am 5. Februar 1978 brachte wenig Veränderungen: Die SP und der Quartierverein Mülligen legten je einen Sitz zu, SVP und LdU verloren je ein Mandat. Zusammensetzung in der Reihenfolge der wiederum ausgelosten Listennummern: 5 CVP / 5 SVP (-1) / 3 LdU (-1) / 12 SP (+1) / 6 FDP / 3 QVMü (+1) / 2 EVP.

Beim Stadtrat trat keine Änderung ein: Präsidium und Zusammensetzung blieben unverändert.

Die Fertigstellung des Stadthauses löste eine Art Aufbruchstimmung aus. 1979 wurde die Einweihung und das Jubiläum „1151 Jahre Schlieren“ im Rahmen einer eindrücklichen Schlierefäscht-Neuauflage gefeiert. Man gab sich noch nicht ganz mit dem Erreichten zufrieden. Eine gewichtige neue Vorlage war der Kredit von knapp 5,5 Mio. Franken für die Gestaltung des Dorfzentrums (später Stadtpark genannt) und die Erstellung der Tiefgarage beim Stadthaus mit 460 öffentlichen Schutzplätzen. Die Stimmberechtigten hiessen die Vorlage am 8. Juni 1980 mit 1437 Ja zu 1291 Nein gut. Die eigentlichen Bauarbeiten begannen dann im Herbst 1982.

Die Zahl der Mutationen im Gemeinderat hielt sich in Grenzen. Insgesamt waren acht Sitze durch Nachrücken neu zu besetzen.

Amtsduer 1982/86

Am 7. Februar 1982 fand die zweite Gesamterneuerungswahl des Parlamentes statt. Es gab eine neue Liste „Demokraten und freie Wähler“ mit einem ehemaligen LdU-Gemeinderat als Spitzenkandidaten. Der Quartierverein Mülligen nannte sich neu Quartierverein. Die Zusammensetzung nach Listennummern: 1 EVP (-1) / 7 FDP (+1) / 5 CVP / 3 LdU / 1 DFW (+1) / 6 SVP (+1) / 2 QV (-1) / 11 SP (-1).

Beim Stadtrat veränderte sich die Zusammensetzung nach Parteien. Willy Bolliger (SP) übernahm den Sitz des nicht mehr angetretenen Parteikollegen Ernst Brem. Peter Gysling (EVP) verzichtete auf eine Wiederwahl. Neu gewählt wurde Peter Schnüriger (CVP). Der Kandidat des LdU schaffte die Wahl nicht. Das Präsidium blieb bei Heinrich Meier und damit in den Händen der SVP. Am 5. Februar 1984 wählten die Stimmberechtigten als Ersatz für den in den Nationalrat nachgerückten und als Stadtrat zurückgetretenen Sepp Stapung (SP), Heinz Rieder (SP) in die Exekutive. Damit setzte sich die Behörde aus je zwei Vertretern von SVP, FDP, CVP und drei Mitgliedern der SP zusammen.



Gespannte Aufmerksamkeit an einem Parlamentsausflug (v.l.n.r.): Arnaldo Ferrari, Bruno Rüegg, Rudolf Knoblauch, Walter Sommerhalder, Trudy Schönbachler, Peter Hubmann (Stadtschreiber), Hubert Zenklusen, Fritz Arnet, Heinrich Meier, Daniel Kolb (Schulsekretär) und erhöht Urs Lienhard (Ratssekretär).

Die Arbeiten für den 1980 bewilligten Dorfpark wurden in Angriff genommen. Am 10. September 1982 fand der erste Herbstmarkt auf dem Kirchplatz statt.

Die Urnenabstimmungen im Jahr 1982 fielen für Stadtrat und Gemeinderat ungünstig aus. Am 6. Juni wurden abgelehnt: Kredit 5'043'155 Franken für Sportanlagen im Rohr mit 1287 Ja zu 2138 Nein und Kredit 1'634'000 Franken für eine Fussgängerunterführung und Strassenanpassungen im Bereich Bernstrasse/Lättenstrasse mit 1214 Ja zu 2192 Nein. Ebenfalls keine Gnade fand an der Urne am 26. September ein Kredit von 614'000 Franken für den Ausbau der Rütistrasse (746 Ja zu 1262 Nein). Im Jahr darauf, am 27. Februar 1983, fand ein Kredit von 1'750'000 Franken für die Sanierung der Schulanlage Zelgli Zustimmung (2554 Ja zu 722 Nein), während das Kreditbegehren über 7'600'000 Franken für ein Primarschulhaus Sandbühl (952 Ja zu 2317 Nein) klar abgelehnt wurde. Alle Vorhaben hatte der Gemeinderat vorher befürwortet.

Schon seit längerem zeichnete sich ein Niedergang verschiedener Industrieunternehmen ab. Der 16. Mai 1983 ging vor allem für die Belegschaft der Wagi – Schweizerische Wagons- und Aufzügefabrik AG – als Schwarzer Tag in die Geschichte ein. Der Schindler-Konzern als Eigentümer verkündete die Schliessung des Schlieremer Traditionsunternehmens. Das Thema beschäftigte auch die Politik in starkem Mass. Eine Volksinitiative hatte sogar die Übernahme der Fabrik durch die Stadt und andere öffentliche Körperschaften zum Ziel. Das Begehren wurde an der Urne mit 692 Ja zu 2675 Nein klar abgelehnt.

Zustimmung fand bei der Reformierten Kirchgemeinde nach einem grösseren politischen Kampf am 5. Februar 1984 der Nettokredit von 2'306'000 Franken für das Gemeinschaftszentrum Stürmeierhuus (979 Ja zu 728 Nein bei einer Stimmbeteiligung von knapp 44 %).

Gegen das Ende der Amtsdauer wurde vom Souverän am 2. Dezember 1984

ein Kredit von 3'223'000 Franken zum Bau von Unterführungen für Fussgänger, Velos und Mofas an der Kreuzung Bern-/Engstringerstrasse mit 1276 Ja zu 1543 Nein abgelehnt. Die Kreuzung ist übrigens 40 Jahre später noch immer nicht saniert und dürfte weiter zu reden geben.

Auch in der dritten Amtsdauer blieb die Zusammensetzung des Parlamentes recht stabil. Am Anfang waren die als Mitglieder des Stadtrates gewählten Willy Bolliger und Peter Schnüriger zu ersetzen. Bis zum Ende der Wahlperiode fanden weitere sechs Rücktritte statt. Eine Änderung des kantonalen Wahlgesetzes vereinfachte für die Zukunft Ersatzwahlen. Neue Regelung: „Enthält die Liste keine nicht gewählten Kandidaten mehr, kann die Mehrheit der Unterzeichner der Liste einen Wahlvorschlag einreichen. Der Vorgeslagene wird nach Bereinigung als gewählt erklärt.“

Amtsdauer 1986/90

Das Parteienspektrum veränderte sich erneut. Von DfW (Demokraten und

freie Wähler) ging keine Liste mehr ein. Neu waren aber die Gruppierungen Umweltschutz Limmattal (ULi) und Junge Linie (JuLi). Die erzielten Sitzzahlen waren: 9 SP (-2) / 7 FDP / 6 SVP / 5 CVP / 2 LdU (-1) / 2 QV / 2 EVP (+1) / 2 ULi (+2) / 1 JuLi (+1) / 0 DfW (-1).

Beim Stadtrat verteidigte Heinrich Meier den Sitz als Präsident. Als Mitglieder wurden anstelle der nicht mehr Angetretenen gewählt: Rudolf Knoblauch für Kurt Frey (SVP) und René Rudin für Alfred Altherr (SP). Damit blieb die Vertretung nach Parteien unverändert.

Am 5. April 1987 lehnten die Stimmberechtigten eine Verbindungsstrasse von der Bern- zur Lättenstrasse, Kreditsumme 480'000 Franken, ab (1438 Ja zu 1593 Nein). Am 6. September 1987 fand die Volksinitiative für ein zweites Alters- und Pflegeheim mit 1737 Ja und nur 323 Nein eine deutliche Zustimmung. Knapp abgelehnt wurden hingegen 1'900'000 Franken für ein Spitexzentrum und drei Wohnungen an der Kirchgasse 3 (975 Ja zu 1081 Nein). (Die Liegenschaft im Eigentum der Stadt wurde übrigens später der Stiftung des Zürcher Heimatschutzes im Baurecht abgetreten.) Im Jahr darauf, am 6. März 1988, wurde ein erster Anlauf für verkehrsberuhigende Massnahmen mit Kosten von 630'000 Franken abgelehnt (1264 Ja zu 1453 Nein). Zustimmung fand hingegen die Beitragsverordnung Lärmschutz (1752 Ja zu 956 Nein), die sich später als schwierig umsetzbar erwies.

Auch in dieser Amtsdauer blieb der Personalbestand im Parlament sehr stabil. Es waren lediglich vier Rücktritte zu verzeichnen.

Amtsdauer 1990/94

Wieder gab es Neuerungen bei den Wahlvorschlägen für den Gemeinderat. Der Umweltschutz Limmattal trat

nicht mehr an. Neu war hingegen die Liste der Grünen. Die Sitzzahlen für die neue Amtsdauer: 7 SVP (+1) / 2 QV / 6 FDP (-1) / 9 SP / 1 LdU (-1) / 2 JuLi (+1) / 2 GP (+2) / 2 EVP / 5 CVP / 0 ULi (-2).

Die Zusammensetzung des Stadtrates veränderte sich nach dem Rücktritt des langjährigen Präsidenten Heinrich Meier. Fritz Arnet, Robert Binz und Heinz Rieder traten ebenfalls nicht mehr an. Neu gewählt wurden Rita Geistlich FDP, José Pujol CVP, Peter Baertschiger SP und Ueli Weidmann SVP. Die Zusammensetzung nach Parteien war somit wiederum 2 SVP, 2 FDP, 2 CVP und 3 SP. Zum neuen Präsidenten wurde im zweiten Wahlgang Fritz Diggelmann FDP bestimmt.

Stadtrat und Gemeinderat hatten Grosses im Sinn. Der „Albatros“ – so der Name für die geplante Sport- und Mehrzweckhalle mit Restaurant im Zelgli – kam nicht zum Fliegen. Das Volk lehnte das Kreditbegehren über 25,8 Mio. Franken am 1. September 1991 mit 1704 Ja zu 1768 Nein knapp ab. Vor allem bei den Sportvereinen war die Enttäuschung gross, hatten

doch schon 1972 und 1982 Vorlagen für Sportanlagen im Rohr beim Souverän keine Gnade gefunden. Zustimmung fand am 20. Oktober 1991 eine Initiative, welche die Umzonung städtischer Grundstücke im „Chilpel“ zur Landwirtschaftszone verlangte (1777 Ja zu 1306 Nein).

Eine Auswahl weiterer wichtiger Urnengeschäfte bis zum Ende der Amtsdauer:

Ablehnung erhöhte Finanzkompetenzen am 16. Februar 1992, wuchtige Ablehnung eines Kredites von 440'000 Franken für Tempo 30 im Bereich Freiestrasse und Kampstrasse am 6. Dezember 1992, Ablehnung einer Vergrösserung der Schulpflege von 17 auf 21 Mitglieder am 28. November 1993. Ein zweiter Anlauf für den Bau eines Primarschulhauses im „Sandbühl“ (Kredit 17,5 Mio. Franken) erlitt am 20. Februar 1994 mit 1327 Ja zu 1842 Nein erneut Schiffbruch.

Im Gemeinderat waren bis zu den Gesamterneuerungswahlen sechs Rücktritte zu verzeichnen.



(Vordere Reihe v.l.n.r.): Hans Trindler (EVP), Agatha Wernli-Ineichen und Arthur Naumann (QV), Paul Furrer, Peter Howald und Kurt Seyfang (LdU), (hintere Reihe) Robert Schwager (DfW), Bruno Rüegg, Georges Baumgartner (verdeckt) und Philipp Locher (CVP), im Jahr 1982.

Amtsduer 1994/98

Bei der Gesamterneuerungswahl des Gemeinderates gab es von der Jungen Linie keine Liste mehr. Anscheinend waren auch ihre Kandidatinnen und Kandidaten älter geworden. Die neue Sitzverteilung: 6 FDP / 5 CVP / 2 ULI (+2) / 9 SP / 2 QV / 1 GP (-1) / 1 LdU / 2 EVP / 8 SVP (+1) O JL (-2).

Die Zusammensetzung des Stadtrates veränderte sich erneut. Fritz Diggelmann FDP verzichtete auf die Wiederwahl. René Rudin SP schied als überzählig aus. Neue Mitglieder wurden Peter Voser FDP und Robert Welte EVP. Die Zusammensetzung nach Parteien war somit 2 SVP, 2 FDP, 2 CVP, 2 SP und 1 EVP. Präsidentin wurde im zweiten Wahlgang Rita Geistlich FDP. Damit stand erstmals eine Frau an der Spitze der Exekutivbehörde.

Einige wichtige Geschäfte: Am 25. September 1994 war über eine Ergänzung der kommunalen Nutzungsplanung zu befinden. Die beantragten Einzonungen Ifang, Hofuren und Zel-

gli wurden mit 1233 Ja zu 2059 Nein abgelehnt. Ein weiterer grosser Brocken – Kredit 18,545 Mio. Franken für ein Alters- und Quartierzentrum Dorf an der Sägestrasse – fand nach einem heftigen Abstimmungskampf am 10. März 1996 keine Zustimmung beim Souverän (1063 Ja zu 1680 Nein). Das für den Bau vorgesehene Grundstück wurde später verkauft. Im März 2023 – also 27 Jahre später – konnten die Stimmberechtigten erneut über ein Alterszentrum abstimmen. Gut Ding will Weile haben! Stand Sommer 2024 hätte mit den Bauarbeiten bald begonnen werden sollen, falls gegen die noch ausstehende Baubewilligung keine Rechtsmittel ergriffen werden.

Schon 1994 wurde zunächst auf privater Basis nach Möglichkeiten für die Schaffung einer dringend benötigten Sporthalle mit Normmassen für Turnierspiele gesucht. Ein gegenüber dem „Albatros“ stark vereinfachtes Projekt, das den Bedürfnissen der Sportvereine Rechnung trug, rechnete mit Kosten von rund 5 Mio. Franken.

Als Standort wurde das Grundstück der Bürgergemeinde im Unterrohr ins Auge gefasst. 1996 fand die Gründung der Genossenschaft Sporthalle Unterrohr statt. Im gleichen Jahr bewilligte die Bürgerliche Abteilung des Gemeinderates (Nachfolgerin der früheren Bürgergemeindeversammlung) die Einräumung eines unentgeltlichen Baurechtes, ein zinsloses Darlehen von 200'000 Franken und die Zeichnung von Genossenschaftsanteilen im Betrag von 50'000 Franken zu Lasten des Bürgergutes. Am 2. März 1997 hiessen die Stimmberechtigten der Stadt zusätzlich Kredite von 700'000 Franken für ein zinsloses Darlehen und von jährlich wiederkehrend 180'000 Franken als Betriebsbeitrag gut (1899 Ja zu 517 Nein). Die restlichen Mittel brachte die Genossenschaft auf, wobei zu Lasten des Bürgergutes ein weiterer Zustupf für Einrichtungen und Zubehör gewährt wurde. Im Oktober 1998 fand die Eröffnung der Sporthalle statt.



Kantonsrats-Wahlkampf im Jahr 1997. Wer wird abheben?

Am 16. September 1996 konnte das Parlament nach langer Vorbereitungszeit eine Revision der Bau- und Zonenordnung verabschieden. Es ging im Wesentlichen um die Anpassung an das vom Kanton schon 1991 geänderte Planungs- und Baugesetz. Nicht aus der Welt geschafft waren damit die Auseinandersetzungen über den kommunalen Zonenplan. Auch eine neue Einzonungsvorlage fand am 28. September 1997 beim Souverän keine Zustimmung (1275 Ja zu 1785 Nein), was schlussendlich zu einer vom Kanton am 25. Mai 1998 verfüigten „Zwangseinzonung“ führte.

Am 28. September 1997 fand die Abstimmung über die neue Gemeindeordnung statt. Sie wurde mit 1724 Ja zu 1264 Nein angenommen. Wichtige Änderungen: 7 statt 9 Mitglieder des Stadtrates, Zusammenlegung von GPK und RPK, Schaffung eines Verwaltungsreglementes zur Entschlackung der Gemeindeordnung, Anpassung der Kreditkompetenzen. Die Umstellung zog eine umfassende Neuorganisation der städtischen Verwaltung nach sich, die bis zum Beginn der neuen Amtsdauer abzuschliessen war. Die Aufgaben mussten auf die kleinere Zahl von Ressorts neu aufgeteilt werden. Zu jedem Ressort gehörte eine Verwaltungsabteilung, die wiederum in Bereiche aufgeteilt wurde.

Die Zahl der Rücktritte im Gemeinderat während der Amtsperiode stieg stark an: Nicht weniger als zehn Mitglieder legten ihr Mandat nieder.

Amts-dauer 1998/2002

Bei der Wahl des Gemeinderates trat mit der Revision des kantonalen Gesetzes eine Neuerung ein: Die Listennummern wurden nicht mehr ausgelost, sondern nach der Parteistimmenzahl bei den vorherigen Wahlen ermittelt. Nur die neuen Listen erhielten eine durch das Los bestimmte Nummer am Schluss der Zahlenreihe. Eine LdU-



Von 1974 bis 2002 war Paul Furrer ein höchst engagierter, aber auch streitbarer Gemeinderat und Parlamentarier.

Liste ging nicht mehr ein. Erstmals errang die SVP mehr Sitze als die SP. Die neue Zusammensetzung des Gemeinderates nach Listennummern: 9 SP / 10 SVP (+2) / 6 FDP / 4 CVP (-1) / 2 EVP / 1 ULI (-1) / 2 GP (+1) 2 QV / 0 LdU (-1).

Spannend war die Wahl des auf sieben Mitglieder verkleinerten Stadtrates. Nicht weniger als 13 Kandidaturen lagen vor. Von den Bisherigen traten Willy Bolliger (SP), Rudolf Knoblauch (SVP), Ueli Weidmann (SVP) und José Pujol (CVP) nicht mehr an; Peter Schnüriger (CVP) verpasste die Wiederwahl. Sechs Personen wurden im ersten Wahlgang gewählt, nämlich die Bisherigen Peter Baertschiger (SP), Rita Geistlich (FDP), Peter Voser (FDP) und Robert Welti (EVP). Als Neue stiessen Bea Capaul (parteilos), Christian Meier (SVP) sowie im zweiten Wahlgang Jean-Claude Perrin (SVP) dazu. Zusammensetzung nach Parteien somit neu: 2 FDP / 2 SVP / 1 SP / 1 EVP 1 Parteilos. Stadtpräsidentin Rita Geistlich wurde im Amt bestätigt.

1999 gab es Grund zum Feiern. Das Parlament hielt Rückblick auf 25 Jahre Ratstätigkeit. Die Jubiläumsausgabe „Neue Schlieremer Ratszeitung“ druckte Beiträge von allen bisherigen Ratspräsidenten ab. Das Fest war ein gelungener Auftakt zum noch gewichtigeren Anlass, dem Wechsel in das neue Jahrtausend.

Nach der Verabschiedung des Voranschlages 2000 musste der Gemeinderat die Grenzen seiner Befugnisse zur Kenntnis nehmen. Das Parlament hatte gegen den Widerstand des Stadtrates sämtliche Aufwendungen im Bereich Zivilschutz gestrichen. Damit wären auch für die gesetzlich vorgeschriebenen Kurse und Massnahmen keine Mittel zur Verfügung gestanden. Der Stadtrat focht den Streichungsbeschluss beim Bezirksrat an. Die Aufsichtsbehörde bezeichnete die gestrichenen Posten als Gebundene Ausgaben und setzte sie wieder in den Voranschlag ein.

Nach den Feierlichkeiten zum Übergang in die 2000er-Jahre befasste sich die Lokalpolitik wieder mit kommunalen Aufgaben. Am 2. Dezember 2001 sagten die Stimmberechtigten ja zum Bau des neuen Werkhofes an der Bernstrasse und hiessen den Kredit von 3,2 Mio. Franken mit 1327 Ja zu 1000 Nein gut. Keine Zustimmung fand wenig später am 3. März 2002 ein Kredit von 1,1 Mio. Franken für die Schaffung einer öffentlich-rechtlichen Stiftung „Wohnen in Schlieren“. Sie hätte die Vergrösserung des Marktes von preisgünstigem Wohnraum zum Ziel gehabt.

Die Zahl der Rücktritte im Parlament ging wieder auf neun zurück.

Daniel Meier, SVP, Finanzfachmann

geboren 1940, Gemeinderat von 1974 bis 1983

phm. Daniel Meiers Familie war früher in der untergegangenen Demokratischen Partei, welche von 1867 bis 1971 über hundert Jahre lang eine bedeutende Rolle in der Zürcher Politik spielte. Heute gibt es nur noch in Dietikon eine Sektion.

Kämpferische Demokratische Partei

Die DP war die Anführerin einer Bewegung, in welcher die Landschaft die wirtschaftliche und politische Vorherrschaft der Stadt Zürich bekämpfte.

Vielleicht mögen sich die einen oder anderen noch an den Dietiker Sekundarlehrer, Kantons- und Gemeinderat Alfred Schlumpf erinnern. (Dietikon hatte übrigens den Grossen Gemeinderat 1958 eingeführt, 26 Jahre vor Schlieren). Schlumpf hatte 1974 die Idee, das Dietiker Zentrum mit einer unterirdischen Umfahrung zu entlasten – der sogenannten „Schlumpfschen Röhre“. Das Vorhaben genoss im Volk grosse Sympathien, wurde aber letztlich (heute sähe man das vielleicht anders) aus finanziellen und geologischen Gründen nicht verwirklicht. Die Mitglieder der DP schlossen sich nach der Auflösung der FdP oder der SVP (bis 1971 BGB) an.

Der Vater von Daniel Meier, Heinrich Meier-Bize, war Betriebsleiter bei der damaligen Steinfabrik Hardwald und im Nebenamt von 1949 bis 1973 Friedensrichter in Schlieren.

Nach der Lehre und der RS zur Gemeindeverwaltung

Aber die Politik war im Elternhaus und am Familientisch nicht dominant. Daniel machte die Verwaltungslehre in Schlieren, er erinnert sich noch gut an Gemeindeschreiber Rudolf Spörri und die damaligen „Gemeindebureaux“ an der Zürcherstrasse 11. Als dann, nach der Lehre, während seiner Rekrutenschule die Buchhalterstelle in der Gemeindeverwaltung frei wurde, sagte er zu.



Daniel Meier gehörte dem ersten Parlament im Jahr 1974 an.

„Ich kann und will aber nicht mein ganzes Leben lang auf der Gemeindeverwaltung bleiben“, sagte sich der junge Mann, wechselte zu den Zürcher Ziegeleien und erledigte dort für verschiedene Tochterfirmen die Buchhaltung.

Schliesslich, ab 1972, führte er die Buchhaltung und das Patientenbüro

im neuen Limmattal-Spital. 1967 hatte er geheiratet. Seine Frau Simone war Tapezier-Näherin, arbeitete aber nicht mehr im Beruf, als die beiden Kinder kamen. „Ohne die Unterstützung von zu Hause wäre das alles nicht möglich gewesen“, sagt er mit dem Blick auf die folgenden Jahre.

Mann der ersten Stunde

Als 1974 das erste Schlieremer Parlament zu wählen war, sprach ihn der damalige Gemeindepräsident Heiri Meier an: „Das wär doch öppis für Dich!“ Dani Meier trat für die SVP an, war natürlich in der Stadt bekannt, wurde gewählt und blieb während neun Jahren im Gemeinderat. Entsprechend seinen Fähigkeiten wurde er in die Rechnungsprüfungskommission gewählt.

Die Ortschaftspolitik interessierte ihn, und die Finanzen waren gewissermassen „sein Reich“. Als er schliesslich 1983 zum Abteilungsleiter Finanzen und Liegenschaften der Stadtverwaltung angestellt wurde, konnte er nicht mehr im Parlament bleiben, das war und ist unvereinbar.

Diese Stabsstelle macht die Vorbereitungsarbeiten für den jeweiligen Finanzvorstand (also den Stadtrat), bereitet Budget und Jahresrechnung vor, organisiert die Geldbeschaffung für Bauten usw. und begleitet Liegenschaftsgeschäfte.

Manches „für die Galerie“

Dani Meier denkt, dass der Entscheid zur Einführung des Parlaments richtig war. Die Beteiligung an der Gemeindeversammlung sank, daher hätten einige wenige die Versammlung auch manipulieren können. „Mir ist aber klar, dass die Ratsversammlungen ein bisschen für die Galerie sind. Viele schielen auf eine Erwähnung in der Presse. Die wirkliche Politik und die Auseinandersetzungen finden in der Regel in den Fraktionen statt, und nur selten ändert man während der GR-Sitzung noch seine Meinung. Das war aber vorher, bei den Gemeindeversammlungen, auch schon so“, sagt er.

Freundschaften entstehen in der Politik eigentlich wenige, aber Respekt habe er schon vor allen, die sich für ein solches Amt zur Verfügung stellen.

„Es gibt halt Zweckbündnisse und an den jährlichen Ausflügen sitzt man ‘querbeet’ zusammen. Ein Glas Wein trinkt man auch mit dem politisch Andersdenkenden. Es war nicht alles besser früher.“ Aber Dani Meier scheint es, dass man näher bei den Leuten war, mit intensiven Standaktionen. „Man fuhr mit Ross und Wagen in die Quartiere, Flyer wurden an allen Telefonstangen angebracht. Heute fahren viele mit dem Wagen in die Tiefgarage und ziehen sich in die Wohnungen zurück. Mehr interessiert sie nicht. Es ist schwierig, diese Leute für die Ortschaftspolitik zu interessieren.“

Meier ist in Schlieren verwurzelt und sehr gesellig. Er ist Mitglied des Turnvereins, in der RPK der Reformierten



Kirche und im Vorstand der Genossenschaft Sporthalle Unterrohr. Auch sonst ist er aktiv, macht Wanderferien und Veloferien (auch im Ausland) und geht gerne „z'Berg“.



Als Naturliebhaber ist Daniel Meier auch ein begeisterter Wanderer.

Karl „Kari“ Fehl, SP, Gewerkschafter

geboren 1933, Gemeinderat und Parlamentarier von 1976 bis 2002

phm. Wer von Kari Fehl spricht, meint einen bodenständigen, gradlinigen Arbeiter, einen fast schon bilderbuchmässigen Schweizer Gewerkschafter. „Am besten wirbt man für sich selbst, wenn man mit allen Leuten einen vernünftigen Umgang pflegt“, sagt er, und meint damit den Respekt allen gegenüber.

Jugend und Kriegszeit

Die Pfalz, das linksrheinische Gebiet um Kaiserslautern, war lange Zeit umstritten: Französische Herrscher wechselten mit bayerischen ab, das Dritte Reich übernahm um 1933 die Macht, nach dem Zweiten Weltkrieg war die Pfalz zunächst französische Besatzungszone. Karl hat die Kriegszeit im Dorf Alsenbrück-Langmeil (Pfalz) als Kind miterlebt: Am Tag die amerikanischen Tiefflieger, nachts die britischen Bombergeschwader Richtung Ludwigshafen. Die Menschen harhten tagelang im Bunker aus.

Für die Buben muss das auch ein Stück weit Abenteuer gewesen sein: Sie sahen die Zwangsarbeiter aus Polen und Russland; sie sahen die zerschossenen Panzer und abgeschossenen Bomber, sammelten herumliegende Waffen und trieben Unsinn damit. Als das Gebiet im März 1945 von den Amerikanern besetzt war, empfanden das die Leute als eine Erlösung. Zwar wurde Fehls Familie für drei Monate ausgewiesen und die Wohnung für die Eroberer requiriert, aber jetzt bombardierten sie das Gebiet nicht mehr. Karl hat die Befreier als sehr grosszügig in Erinnerung, vor allem die dunkelhäutigen: Schwarze hatte man vorher nie gesehen.

Die Fehls waren politisch nicht interessiert. Der Vater Karl (*1899) war kurz Soldat (im 1. Weltkrieg) und arbeitete dann als Melker bei einem Bauern. Das kam seiner Familie zugute – es gab vom Hof her immer genug zu es-

sen. Der ältere Bruder Heiner wurde in Russland verletzt, kam dann in Hamburg ins Lazarett, wurde von den Engländern in Gefangenschaft gesetzt und kam 1945 wieder heim.

Schon in Deutschland: Gewerkschafter

1951 beendete Karl seine Lehre als Schmied (stellte u.a. Pflüge und Eggen her, revidierte Landmaschinen) und zog (auf Anraten seines Bruders) im Mai 1952 in die Schweiz. Zunächst arbeitete er in einer kleinen Werkstätte in Winterthur und kam im September in die Schlieremer „Wagi“. Ab 1956, um „etwas herumzukommen“, wechselte er auf Montage in verschiedenen Firmen, anschliessend in Zürich als Schlosser und Monteur, und 1958 kehrte er zur Wagi zurück. Dort blieb er insgesamt 30 Jahre; 28 Jahre in der Schmitte und zwei Jahre in der Reparatur-Werkstätte. Nach dem bitteren Niedergang der Wagi arbeitete er ab



Kari Fehl: Ein Mann, der anpacken kann.



Die Familie ist für Kari Fehl das Wichtigste.

1984 (ein Jahr vor deren endgültiger Schliessung) während 13 Jahren, als Schlosser bei der Genossenschaft SADA in Zürich, bis zur Pension.

Kari war bei den ganzen (übrigens harten) Verhandlungen für den Sozialplan bei der Schliessung der Wagi als Arbeitnehmervertreter und Gemeinderat dabei.

Die Familie

„Das isch s'Wichtigste“, sagt Kari, wenn er über seine Familie erzählt. Er traf 1958 Ursula Haug im damaligen Schlieremer Café Tivoli, heiratete 1959 und führte mit ihr, einer stolzen, selbständigen Frau, über 55 Jahre eine glückliche Ehe. Sie war gelernte Glätterin, Hausdame in mehreren Familien. Man erinnert sich ihrer wohl noch heute, vielfach engagiert in der Öffentlichkeit, z.B. als Abwartin, zuständig bei der Freizeitvereinigung für die Mittagsverpflegung und nicht zuletzt auch als Mitglied der Reformierten Kirchenpflege. „Mer händ alles zäme gmacht, mitenand gredet!“, fasst Kari zusammen.

Unendlich traurig war der frühe Tod des ersten Sohnes, Markus, noch im Kindesalter. Umso mehr schätzt Kari heute den guten Kontakt zu Uwe und Elke, seinen zwei andern Kindern.

Politik

Man kann hier unmöglich alle weiteren Ämter, die Kari in Schlieren bekleidet hat, aufzählen: Feuerwehr, Zivilschutz, Alterskommission und und und. Prägend war für ihn sicher die Zeit der Schliessung der Wagi um 1984. Er erinnert sich an den Bittgang zu Bundesrat Ritschard, die Volksinitiative zur Erhaltung der Firma, die mächtige Demonstration und den Schock in der Bevölkerung. Im Dokumentarfilm „Feierabend“ war er Protagonist auf der Arbeitnehmerseite. Es erbittert ihn noch heute, dass „Schindler“ im Hintergrund Einfluss auf dessen Inhalt nahm.

Kari nimmt aber auch mit Bedauern die Veränderung im politischen Klima wahr. Früher war klar, dass man miteinander redete und gemeinsam Lösungen suchte. Die heutige Polarisierung gab es so nicht. Man ging aufeinander zu und lebte nicht nur in seiner „Blase“. Kari sieht auch, dass sich zu wenig Leute für Politik engagieren und wäre dafür, dass man



mehr auf Fremde zugehen müsste – vielleicht mit einem Beauftragten in der Gemeinde. Die Doppelbürgerschaft ist aus dieser Sicht denn auch fragwürdig.

Er widerspricht der Meinung, dass man in der Politik keine Freunde finde und denkt gerne an lebenslange Beziehungen, die aus seinem öffentlichen Engagement entstanden.



Ein leidenschaftlicher Gewerkschafter. Hier u.a. mit dem späteren Bundesrat Willi Ritschard.

Rita Geistlich, FDP, erste Stadtpräsidentin

geboren 1936, Parlamentarierin von 1982 bis 1990

phm. Rita Geistlich hat als Gemeinde- und Stadträtin, bzw. Stadtpräsidentin, die Schlieremer Politik und Geschichte während 20 schwieriger Jahre erlebt und mitgestaltet. Es war die Zeit von 1982 bis 2002, diese drückende Epoche nach der Schliessung der Wagi im Jahr 1984. Davon später mehr.

Sie stammt aus einer traditionellen Stadtluzerner Familie; Politik war auch am täglichen Familientisch präsent. Der Vater (Beamter bei der Luzerner Kantonalbank) und die Mutter (Gesundheits- und Gemeindeschwester) tauschten sich mit den vier Kindern aus (Rita hat noch drei ältere Brüder).

Die öffentlichen Themata gehörten zum Alltag – wie es in der damaligen Innerschweiz üblich war in einem katholisch-konservativen Elternhaus.

Studium war nicht möglich

Rita war eine gute Schülerin. Als aber ihr Lehrer im Elternhaus vorsprach und für ihren Übertritt an die Kantonsschule und ein späteres Studium warb, hiess es schlicht, das könne man sich nicht leisten. Die älteren Brüder waren mit ihrem Studium bereits sehr kostspielig. „Das war halt damals so“, erklärt Rita heute lakonisch, „und ein Stipendium kam auch nicht in Frage.“

So besuchte sie halt die Städtische Töchterhandelsschule, eine Mittelschule mit Diplom. Sie war sehr sprachbegabt und arbeitete etliche Jahre im Ausland: In England, Italien, Frankreich, dazwischen immer auch wieder in der Schweiz.

An einer dieser Stellen, nämlich bei Geistlichs Tochterfirma in Wolhusen, lernte sie ihren Mann kennen, den sie 1959 heiratete. Die ersten Jahre in Schlieren wohnte die junge Familie im Elternhaus, der Villa Geistlich, an der Engstringerstrasse 1. 1973 erfolgte der Bezug der neuen Heimat an der Kilchbühlstrasse.



Strahlende und engagierte Vertreterin für die Anliegen Schlierens.

Der Weg von der stolzen Stadt Luzern ins beschauliche Schlieren war in jenen Jahren nicht gerade vorgezeichnet, und Rita wurde oftmals aus dem alten Luzerner Umfeld angesprochen: „Wie kannst du nur in Schlieren wohnen?“ Der Ruf des Limmattals als „Ruhrgebiet der Schweiz“ war rampoziert, die Schulen waren (eigentlich zu Unrecht) in Misskredit geraten, gegen aussen wurde nur der Ausländeranteil in der Stadt wahrgenommen, hinzu kamen die Autohalden auf den Brachflächen der Industrie.

Rita Geistlich verteidigte ihre neue Heimat: „Nur gute Lehrer kommen nach Schlieren und setzen sich durch!“ Mit ihrer Familie und vier Kindern schlug sie Wurzeln. Klar auch, dass diese Kinder in Schlieren zur Schule gingen. Öffentliche Aufgaben übernahm Rita zunächst für das Schlierefäscht 1969, wo der Grundstock für das Haus für Betagte Sandbühl gelegt wurde und aus welchem in der Gemeinde ein grossartiges Zusammengehörigkeitsgefühl entstand. Rita lernte im Organisationskomitee Persönlichkeiten wie Fritz Blocher, Otto Scherrer, Kurt Scheitlin, Marguerite Plancherel und Alice Ritter kennen und baute ein Netzwerk auf.

Vorgezeichneter Weg

In der Familie Geistlich war es selbstverständlich, dass man öffentliche Ämter übernahm. So wurde Rita Mitglied in der Handarbeits- und Hauswirtschaftskommission, dann in der (damals so genannten) Armenpflege und 1982 im Gemeinderat. Dort übernahm sie für vier Jahre das RPK-Präsidium. 1990 wurde sie Stadträtin (Finanzvorständin) und 1994 bis 2002 wurde sie zur Stadtpräsidentin gewählt.

Legislative und Exekutive erlebt

Rita Geistlich hat somit beide Ämter erlebt, dasjenige der Legislative (Gemeinderat) und das der Exekutive (Stadtrat). Geärgert haben sie (wie nicht anders zu erwarten) schlecht

vorbereitete Sitzungsteilnehmer. Das Gefälle zwischen dem Stadtrat und dem Gemeinderat führt sie schlicht auf den oftmals riesigen Wissensvorsprung und weniger auf eine gewissermassen elitäre Haltung zurück.

Wenn Rita zurückblickt, so denkt sie gerne an die Jahre, in denen das Gemeindeparlament eingeführt wurde. Sie spürte, dass der parlamentarische Aufbau eine gewisse Dynamik ausgelöst hatte. Das war natürlich vorab den engagierten Persönlichkeiten auf allen Seiten zu verdanken, die diesen Umbruch prägten. Das ist heute wohl nicht mehr in dieser Weise der Fall. Im Gespräch wird spürbar, dass sie sich als Exekutiv-Mitglied sehr wohl fühlte. Sie ist eine Macherin; die Personalführung und – Motivation im Stadthaus lagen ihr.

Auch den Einsitz in der ZPL-Gruppe (Zürcher Planungsgruppe Limmattal) behielt sie in guter Erinnerung, sie konnte direkt etwas bewirken: Sehr befriedigend, wenn auch von aussen nicht sichtbar.

Faible für die Kultur

Ebenso lag ihr die Kulturkommission am Herz, und ihr Einsatz für die Kunstphase 1998 half, Schlieren auf neue



Weise ins Gespräch zu bringen. Mancher erinnert sich vielleicht noch etwa an den Containerturm auf dem damals trostlosen Gelände neben dem Bahnhof. Auch verweist sie gerne auf das, was aus den Ruinen der Wagi entstanden ist, vorab natürlich auch dank der Standortförderung Schlieren. Sie erwähnt zum Schluss, dass sie sehr gerne Reden hielt und viel Zeit dafür investierte.

„Der Tag war halt schon ausgefüllt“, erklärt Rita auf die Frage, wie sie denn dieses Pensum geschafft, daneben noch vier Kinder grossgezogen und zeitweise noch einen Schrebergarten betreut hat. „Aber es braucht halt noch etwas darüber hinaus!“



Rita Geistlich hat in Schlieren Polit-Geschichte geschrieben.

Foto: Colin Frei.

Trudy Schönbächler, CVP, Samariterin

geboren 1943, Gemeinderätin und Parlamentarierin von 1984 bis 2010

phm. Schmunzelnd erzählt Trudy Schönbächler, dass sie – als stolze Stadtzürcherin – nie nach Schlieren ziehen wollte.

In ihrer Herkunftsfamilie (der Vater war Gipserpolier) gab es zwar Sympathien für die CVP, aber ein Amt belegte niemand. Nach einem Jahr im Welschland und der Ausbildung für das damalige Fernamt der PTT folgte ein Jahr in Rom. Mit ihrer eigenen jungen Familie wohnte sie zunächst in Dietikon und besuchte dort auch den Samariterkurs, dies im Hinblick auf die Betreuung ihrer beiden Kinder. Schliesslich führte 1973 eine passende Wohnung dazu, dass die Familie nach Schlieren zog.

Dass sie hier Wurzeln schlug, hatte mit Drogist Bühler zu tun: Dieser nahm sie

in den Samariterverein Schlieren auf. Sie machte die Ausbildung zur Samariterlehrerin beim Schweizerischen Samariterbund SSB.

Gut eingelebt in Schlieren

Eins fügte sich zum andern: Sie gab Kurse in Schlieren, leitete Übungen, machte Postdienst, wurde bekannt und fand die Einheimischen schliesslich ganz sympathisch.

Mit Politik hatte sie sich eigentlich nie befasst, aber wie es so geht: Sie wurde angefragt, kam auf den ersten Ersatzplatz und war ab 1984 bis 2010 Gemeinderätin. Sie behielt sich das Recht auf eine unabhängige Meinung von Anfang an ausdrücklich vor, wurde von breiten Kreisen der Bevölkerung immer wieder um Unterstützung gegangen und wohl auch deswegen

immer mit einem hohen Anteil an Fremdstimmen wiedergewählt.

Schwierige Zeiten für eine Frau

Damals waren erst fünf Frauen im 36-köpfigen Gemeinderat. Trudy hatte zunächst einen schwierigen Stand und wurde von den Kollegen nicht recht ernst genommen. Als sie aber sah, dass die Menschen Vertrauen zu ihr hatten und dass sie etwas bewirken konnte, bekam sie Freude an ihrer Arbeit. Sie nahm die Anliegen der Leute wirklich ernst und war ebenso sorgfältig im Studium der Akten. Daher war sie immer sattelfest und gut vorbereitet. So hatte sie Erfolg im Kleinen und im Grossen; u.a. gab sie den Anstoss zur Einrichtung der Ludothek und erinnert sich gerne an andere Anliegen, denen sie zum Durchbruch verhelfen konnte, über Parteigrenzen



Agatha Wernli-Ineichen wird als Gemeinderätin von Trudy Schönbächler verabschiedet.

hinweg. Manchmal war sie ihrer Zeit voraus, beispielsweise mit einem abgelehnten Postulat für die PET-Sammlung: Das sei nicht möglich, hiess es damals von „kompetenter“ Seite ...

Ein besonderer Ausflug

Es ist Tradition, dass die Gemeinderats-Präsidentin den jährlichen GR-Ausflug organisiert und da kam Trudy Schönbächler ihre grosse Leidenschaft zustatten.

Als Schülerin hatte sie in der 3. Sekundarklasse eine Aufführung der Zauberflöte am Opernhaus gesehen und war hin und weg. Seither fasziniert sie diese Welt; schon als Mädchen ging sie für einen Fünfliber (auf den „Flohboden“) in die Oper, machte später Musikreisen in der ganzen Welt und darf heute sogar als Statistin mitwirken in Jules Massenets „Werther“.

Und so fanden sich denn die Schlieremer Gemeinde- und Stadträte 1997 im Opernhaus, warfen einen begeisterten Blick hinter die Bühne, fuhren mit einem Extra-Dampfbus nach Baden und genossen dort die sprichwörtlichen „Spanisch Brötli“. Dies erst noch innerhalb des dafür vorgesehenen (mageren!) Budget-Postens ...

Eine andere Tradition ist, dass die Präsidentin des Gemeinderates in Schlieren die 1.-August-Rede hält. Das war dann für Trudy eher eine schlimme Rolle mit Bauchweh ...

Wehmütiger Blick zurück

Es ist kein Geheimnis, dass das Verhältnis zwischen dem Stadtrat und dem Gemeinderat manchmal gespannt war und heute noch ist. Dennoch erinnert sich Trudy gerne an ihre Zeit im Schlieremer Parlament, an die Unterstützung in ihrer Familie, an die vielen Kontakte, an die Dankbarkeit, die sie spürte. Daneben schätzte sie auch den direkten Zugang zur Verwaltung. Und ja, es gab auch bleibende

Freundschaften über alle Parteien hinweg; Beziehungen, die heute noch halten. „Schad, dass Sie nümme kandidiert – Sie sind so mänschlich gsi!“, hiess es bei ihrem Abschied.

Sie bedauert, dass heute vieles professionalisiert und den Menschen entfremdet wird. Als Beispiel sei die Bürgerrechtskommission genannt: Trudy konnte Gutes bewirken und Schlimmes verhindern – heute ist das kaum mehr möglich, vieles ist durch die Gesetzgebung „vorgegeben“.

Im Vergleich dazu nimmt auch sie heute eine Polarisierung und einen Zerfall der Gesprächskultur wahr; sie würde heute das Amt nicht mehr suchen. Das allgemein mangelnde Interesse an politischen Ämtern hat wohl mit der



Überflutung an Freizeitangeboten zu tun und auch mit der heutigen Anspruchshaltung: Man nimmt vieles als selbstverständlich hin.



Trudy Schönbächler bei der Antrittsrede als Gemeinderats-Präsidentin.

Urs Christen, ULi/Grüne, Auswanderer

geboren 1958, Gemeinderat und Parlamentarier von 1986 bis 2003

phm. Urs Christen wurde in Arth-Goldau geboren, wo sein Vater Karl in der Luxram (später Righi Licht AG) arbeitete. Die Firma fabrizierte als letzte in Europa die alten Glühbirnen und musste 2019 den Betrieb aufgeben.

Früh ins Limmattal gekommen

Die Familie war schon 1960 nach Oberengstringen gezogen; sein Vater hatte die Stelle verloren – zu einer Zeit, als es noch keine Arbeitslosenkasse gab. Er fand eine Anstellung als Neonglasbläser (kommerzielle Leuchtschriften an Gebäuden). Urs' Mutter hatte eine kaufmännische Ausbildung, was für eine Frau in der Innerschweiz damals noch aussergewöhnlich war.

Als Schüler sei er eher mittelmässig gewesen, bekam trotzdem von der Sekundarlehrerin die Empfehlung,

das Kurzzeitgymnasium zu wagen. Der Weg zur Matura und zum diplomierten Elektroingenieur ETH war verschiedentlich holprig. Wer Urs Christen kennt, weiss, dass dies ihn gelehrt hat, durchzuhalten und Widerstände zu überwinden.

Er wandte sich der Telekommunikation und der Informationstechnologie IT zu und arbeitete zuletzt als IT-Projektleiter in einer Spin-off-Firma der Swisscom. 1985 kam er nach Schlieren, weil er in Albisrieden seine erste Arbeitsstelle gefunden hatte und diese über den Schlierenberg mit dem Velo bestens erreichbar war.

Radfahrer aus Leidenschaft

Urs ist begeisterter Radfahrer: Schon in der Ausbildung, aber auch in der Freizeit und eben auf dem Arbeitsweg

traf man ihn immer auf dem Sattel an. „Ich radelte stets“, erzählt er, „und bezwang sämtliche befahrbaren Alpenpässe, einige davon vielfach.“

Das Velo wurde zum Einstieg in die Politik: Er engagierte sich in der IG Velo Zürich und im VCS. In jenen Jahren entstand in der Schweiz eine starke Umweltschutz-Bewegung, zunächst überall auf lokaler Ebene, welche schliesslich zur Gründung der Grünen Partei führte.

In Schlieren muss man da sicher den ULi (Umweltschutz Limmattal) erwähnen, in dessen Namen Urs schon 1986 in den Gemeinderat gewählt – und während fast 18 Jahren immer wieder bestätigt wurde.



Urs Christen „in seinem Element“ bei Pemberton WA.

Die Arbeit machte ihm Freude und schenkte auch Bestätigung, er wurde („unerwarteterweise“, wie er schmunzelnd anfügt) Präsident der GRPK, also der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission. Voraussetzung war natürlich, dass er viel Zeit in das Mandat investierte und sattelfest war in den Dossiers. Dass es ihm nicht zur Wahl als Stadtrat oder gar Stadtpräsidenten reichte, war angesichts der Parteistärken fast zu erwarten.

Lebhafte Erinnerungen an politische Auseinandersetzungen

Die Auseinandersetzungen in jenen Jahren (es ging u.a. um Grünflächen auf dem Schlierenberg und dem sogenannten Erdbeerenfeld im Betschenrohr) hat er in lebhafter Erinnerung.

Er denkt, dass im Zuge des Generationenwechsels die Fronten weicher wurden. Die Vertreterinnen und Vertreter der verschiedenen Lager respektierten sich gegenseitig, trotz harten Auseinandersetzungen, beispielsweise in den Kommissionen.

Gemischte Gefühle hat er beim Thema Stadtrat: Je nach Zusammensetzung erlebte er diesen eher als elitär und herablassend. Im Lauf der Zeit verbesserte sich dies allerdings, wie im Übrigen auch die Zusammenarbeit mit der kompetenten Verwaltung. Eine Rückkehr zur Gemeindeversammlung wäre für Urs kein Thema, das würde das politische Gleichgewicht zugunsten des Stadtrats verschieben.

Auswanderung nach Australien

Urs und seine Frau Heidi wanderten vor 20 Jahren nach Australien aus und liessen sich in Perth nieder. Damit sollte ein alter Traum Wirklichkeit werden: Mit seiner neugegründeten Firma „Emu Tours“ wollte er selbständig sein. Er hatte das Land seit 1989 regelmässig besucht und bereist. Sein Familienunternehmen hatte anfänglich das Ziel, Velo-Touren anzubieten.

Das bewährte sich in dem riesigen Land nicht, und so spezialisierte sich Urs auf Qualitätsreisen in Westaustralien und im Nordterritorium. Zielpublikum sind Gäste, die das „echte“ Australien kennenlernen wollen.

Urs ist ein sehr geselliger Mensch. Er engagiert sich sehr für seine Kunden. So ist es kein Wunder, dass dieser Weg erfolgreich war und dass viele seiner Gäste immer wieder zurückkehren.

Auch heute noch ist Urs mit Schlieren und der Schweiz bestens verbunden – den Kontakt hält er über Freunde und er liest täglich die Schweizer Medien, übrigens auch die Limmattaler Zeitung. Etwas nachdenklich meint er an dieser Stelle: „Ich gratuliere Schlieren



zum 50-jährigen Bestehen des Gemeinderates! Ich bin überzeugt, dass die Schweiz und damit auch Schlieren das bestmögliche politische System hat!”



Urs Christen: Sein Glück in Australien gefunden.

Esther Arnet, JuLi/SP, Energiebündel

geboren 1965, Gemeinderätin von 1990 bis 1996

phm. Esther Arnets politischer Weg beleuchtet einen spannenden und fröhlichen Teil der Geschichte des hiesigen Parlaments. Die Initialzündung für ihren politischen Weg war die Jungbürgerfeier 1985.

Spontaner Entscheid an Jungbürgerfeier

Was für ein Kontrast: Hier die Stadt, tief getroffen vom Schock der Wagi-Schliessung – da diese muntere Gruppe von Gleichaltrigen. Alle kannten sich von der Schule oder der Pfadi her, stammten aber aus völlig verschiedenen Milieus. Der damalige Schliesser Stapi Heiri Meier erklärte den Jungbürgern, wie viele Stimmen denn eine Partei etwa brauche, um ein Gemeinderatsmandat zu erringen. „Da

mached mer mit“, wurde spontan beschlossen. Es gab übrigens ähnliche Bewegungen in anderen Agglomerations-Gemeinden, etwa die „Neue Idee“ von 1985 in Opfikon.

Ein richtiges Parteiprogramm gab es nicht, vielleicht waren sie alle etwas grün angehaucht. Aber sie hatten Ideen: Michael Neuer verfügte über eine kleine Offset-Druckerei, sofort wurde Briefpapier mit dem Logo gedruckt; der Name war „s'Gäle vom Ei“ mit einer Wellenlinie.

Es gab Standaktionen: Der Film von der Sprengung des Wagi-Turms wurde rückwärts laufen gelassen, unterlegt mit der Frage „Hät Schliere no e Zuekunft?“. Mit gelben Overalls setzte

man eine publikumswirksame Aktion „Aufräumen“ bei den Abfall-Sammelstellen in Szene; geschminkte Aktivist:innen protestierten gegen den Verkehrslärm. Am Abstimmungstag gab es ein Stimmkafi mit Gratis-Getränk. Immer positiv, immer mit Humor, immer sympathisch.

Die völlig heterogene Truppe war also ziemlich wirblich und traf sich wöchentlich im „Stürmeierhuus“. Es tauchte die Frage auf, ob die Leute den Namen „Das Gelbe vom Ei“ eventuell als nicht so seriös werten würden?

Die „Junge Linie“ war geboren

Schliesslich blieb vom ursprünglichen Logo eine Linie – die „Junge Linie“ war geboren und errang 1986 mit Karin



Esther Arnet: Reich an Erfahrung, aber das „Spitzbübische“ ist geblieben.

Hoffmann den ersten Gemeinderats-sitz, dem 1990 mit Esther Arnet ein zweiter folgte. Später ersetzte Bea Krebs Karin Hoffmann. 1995 folgte die Auflösung, mit einem Riesenfest im Zelt. Die Parlamentarierinnen wurden von den anderen Parteien (der SP im Falle Esther Arnets, der FdP im Falle von Bea Krebs) wohl mit offenen Armen empfangen. Sie werden aber nicht die pflegeleichtesten gewesen sein. Erster Präsident der Jungen Linie war übrigens Markus Bärtschiger, der spätere SP-Stadtpäsident und Kantonsrat.



*Energiegeladen und ideenreich:
Esther Arnet setzte Akzente.*

Zurück zu Esther Arnet. Ihre Familie entstammt Luzerner liberalen Kreisen und ist in Schlieren wohlbekannt. Vater Fritz Arnet war FDP-Stadtrat von 1976-1990, auch ihre drei Geschwister sind in der Öffentlichkeit bekannt. Dass sie, aus bürgerlichen Verhältnissen stammend, schliesslich der SP beitrug, hat familienintern (und auch ausserhalb) gewiss Irritationen ausgelöst. Aber es passte auch zu einer Zeit, in der den Jungen die alten Wege ausgetreten erschienen. „Mein Vater hatte als ETH-Ingenieur bei Escher Wyss ganz alltäglichen Kontakt mit Gewerkschaften, für ihn war meine Parteiwahl daher nicht so schlimm – und auch Mutter und Tanten fanden sich schliesslich damit ab“, schmunzelt Esther.

Beruflich führte sie der Weg – nachdem sie die Kantonsschule kurz vor der Maturität verlassen hatte – auf eine Kaufmännische Lehre mit BMS (Berufsmaturitätsschule) bei Escher-Wyss und ein Studium der Betriebsökonomie an der ZHAW Winterthur.

Traumjob in Dietikon gefunden

Mit 22 Jahren trat sie ihren Traumjob als Gesundheitssekretärin in Dietikon an; dazu gehörten u.a. die Badeanstalten, Lärm und Luft, die Lebensmittelkontrolle, der Friedhof und vor allem die Abfallbewirtschaftung. Von

2002 bis 2012 war sie beim Planungs- und Architekturbüro Metron in Brugg, u.a. als Delegierte des Verwaltungsrats und Vorsitzende der Geschäftsleitung. 2012 wurde sie Direktorin der Dienstabteilung Verkehr der Stadt Zürich.

1995 folgte die Wahl in den Kantonsrat

Auch politisch folgte nun ein Schritt dem andern: Esther, wie gesagt Gemeinderätin in Schlieren seit 1990, kandidierte 1981 mit der Jungen Linie für den Kantonsrat. Gewählt wurde sie dann 1995 als erste Frau der Schlieremer SP und blieb Kantonsrätin bis 2006. Sie war erste Präsidentin der ständigen Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt und Vizepräsidentin der SP des Kantons Zürich.

Nach dem Umzug nach Dietikon kandidierte sie 2006 als Stadtpäsidentin, erreichte als Stadträtin zwar das absolute Mehr, fiel aber als überzählig aus der Wahl. Der Umzug nach Dietikon hat natürlich mit ihrer Heirat mit alt-Regierungsrat Markus Notter zu tun.

Esther sieht man auch heute noch an, dass sie zupacken kann. Immer wieder huscht aber ein spitzbübisches Lächeln über ihr Gesicht. Sie denkt gerne an die Zeit im Schlieremer Gemeinderat zurück. Sie erinnert sich, dass sie



anfänglich schon nervös war. Wie sie aber sah, dass auch bei bestandenen Kämpfen wie Paul Furrer vor einem Auftritt die Hände zitterten, legte sich das. Sie hatte eine gewisse Narrenfreiheit und erlebte auch Wohlwollen.

Positive Erinnerungen an starke Persönlichkeiten

In besonderer Erinnerung und Dankbarkeit ist ihr die Unterstützung und Förderung durch ihren Parteikollegen Heini Bloch, den sie bis heute sehr schätzt. „Es waren in allen Parteien gute Leute im Rat, und nach der Sitzung im Salmensaal traf man sich zwanglos im benachbarten Restaurant. Man setzte sich einfach auf den nächsten freien Stuhl, quertebeet zusammen. Der gegenseitige Respekt und die Wertschätzung waren wie selbstverständlich vorhanden. Das ist heute nicht mehr so“, bedauert sie. Messerstecher- und Schwarze-Schafe-Inserate haben die politische Kultur verändert.

Ihren Ausgleich findet sie mit der Musik. Sie spielt Akkordeon mit dem Trio „Trello“, das sich als „Rosinenpicker“ versteht und ein „Chrüsümüsi“ aus allen Kulturen vom Klezmer über den Ländler bis zu einer Rock-Schnulze spielt. Ein bisschen wild, wie damals die Junge Linie...

Sasa Stajic, FDP, Migrant

geboren 1973, Parlamentarier seit 2017

phm. Sasa Stajic ist ein Beispiel für die Integrationsfähigkeit unseres Systems und dafür, dass man in Schlieren auch als vorerst „Fremder“ gut aufgenommen wird und auch politisch etwas erreichen kann.

Mediale Aufmerksamkeit

„Dies, obwohl die Schweizer nicht von Anfang an sehr offenherzig sind; man muss auch das eigene Interesse zeigen, auf sie zugehen!“, wie er lächelnd sagt. Sein Weg wurde auch international wahrgenommen, z.B. in VESTI (Tagszeitung in serbischer Sprache für Europa) oder im RTS (Radio Televizija Srbije) usw.

Seine Herkunft und Geschichte wird im Jahrheft 2011 („ubi bene ibi patria“) erzählt. Drum hier nur kurz: Die Familie stammt aus Serbien, dem heutigen Kosovo, aus der Gemeinde

Gnijlane. Sein Vater war nach Deutschland emigriert; sein Schwiegervater hatte in der Schweiz die Niederlassungsbewilligung C erhalten.

Schwierige Erinnerungen

Wenn er von jener Zeit spricht, wird er sehr nachdenklich. Ursprünglich lebten Serben und Albaner friedlich mit- und nebeneinander, gingen in die gleiche Schule, hatten oft das gleiche Schicksal. Heute ist Gnijlane ethnisch praktisch vollständig albanisch; die Serben zogen weg oder wurden verdrängt. Die Gegend ist arm und es ist vorauszusehen, dass mit dem Wegfall der Visa-Pflicht für die EU noch mehr von den Jungen auswandern. Die Ausgrenzung, die Vertreibungen hinterliessen schmerzhaft Spuren. Sasa weist auf die Brennpunkte unserer Zeit hin: Ukraine, Palästina. „Die Menschen haben leider nichts gelernt“, wie er sagt.

Die junge Familie mit Ehefrau Suncica und dem Sohn Stefan sah keine Perspektiven im Land und zog 1995 nach Schlieren, 1997 kam noch Tochter Sanela auf die Welt.

Sie wollten vorwärts kommen im Leben, arbeiteten hart und bildeten sich weiter. Sasa ist heute diplomierter Betriebsökonom und hat einen Bachelor in Business Administration. Er arbeitet in einem klassischen KMU mit einem Personalbestand von 120 Personen. Seine Frau ist Finanzleiterin ebenfalls in einem KMU.

Sasa Stajics Interesse an der Politik kommt daher, dass man etwas zurückgeben muss, wenn man sich integrieren will. Als Milizpolitiker, als einfacher Mensch, kann man etwas bewegen.



Ein Mann, der viele Aufgaben anpackt: Sasa Stajic.

Als Migrant auf die Einheimischen zugehen

Er denkt, dass auch die Menschen mit Migrations-Hintergrund sich aufmachen müssten, ihre Komfortzone verlassen und auf die Einheimischen zugehen sollten. Viele verbleiben aber in ihrem Ghetto, in ihrer Blase. So tat er das Naheliegende: Schaute sich die Parteiprogramme an, schrieb an die Parteipräsidenten, besuchte eine Versammlung („mutterseelenallein in der Schützenstube des Kleinkaliberschiessstandes“, wie er sich erinnert). Dann folgte die Ochsentour ... Plakate kleben, Standaktionen, Werbung für seine Kandidatur für die Bürgerrechtskommission. Er bekam (und ist stolz darauf) auch Hilfe von Persönlichkeiten anderer Parteien, die ihn als „Ausländer“ unterstützten, unter anderen auch vom damaligen Stadtrat J.-C. Perrin.

2017 rückte Sasa ins Gemeindeparlament nach und präsierte es zum ersten Mal im Corona-Jahr 2020. „Das war eine seltsame, strapazierende Erfahrung“, meint er in der Rückschau. „Nach Rücksprache mit den Behörden tagten wir mit Masken, mit grossem

Abstand und vielen Sicherheitsvorkehrungen.“ Aber sein Präsidium war ein Erfolg, wie ihm über die Parteien hinweg bestätigt wurde.

„Als Präsident musst du für alles bereit sein, schnell reagieren können, mehr wissen als vielleicht grad zu Tage liegt“, fasst er zusammen. Aber er freut sich auf das Amt, das ihm voraussichtlich 2025 wieder anvertraut wird. Er fand im Gemeindeparlament auch mehr als Kollegen, nämlich gute Freunde – vor allem aus anderen Parteien. „Die Konkurrenz ist in der eigenen Partei halt meist am grössten“, schmunzelt er.

Ausserhalb des Parlaments redet man anders miteinander als während der Sitzungen, wo oft die Polarisierung und gewisse Machtkämpfe zum Vorschein kommen. Dennoch arbeite man häufig zusammen, mehr als vielleicht auf kantonaler oder nationaler Ebene. Es scheint ihm aber auch hier in der Lokalpolitik, dass man die Nähe und Glaubwürdigkeit verliert. „Wir sollten mehr in der Öffentlichkeit sichtbar sein, uns zeigen, zu den Leuten gehen – nicht nur in einem Wahljahr.“



Schrebergarten als Ausgleich

Zwar ist Politik das Hobby von Sasa, aber nicht das einzige. Er liebt seinen Schrebergarten, macht im serbischen Folkloreverein Baden mit („Ich bin stolzer Schweizer, aber auch stolzer Serbe“), spielt Tennis und fährt Ski. Ohne die Unterstützung der Familie wäre das alles nicht möglich.

Im Jahrheft 2011 schloss der Beitrag über seine Immigration mit den Worten „... die Stajics möchten dazu beitragen, Brücken zu bauen“. Das ist ihnen gelungen.

Sitzungsleitung durch Sasa Stajic während der Corona-Pandemie (deshalb die grossen Abstände zwischen den Teilnehmenden).



Das Parlament im neuen Jahrtausend

Grosse Aufgaben warteten nach dem Millenium.

Die ersten Wahlen im neuen Jahrtausend für die Amtsdauer von 2002 bis 2006 brachten über alles gesehen einmal mehr wenig Veränderungen. Erneut wurde die SP von der SVP überholt. Der Umweltschutz Limmattal verzichtete auf eine Liste. Die neue Verteilung nach Parteien: 11 SVP (+1) / 9 SP / 6 FDP / 4 CVP / 2 GP / 1 EVP (-1) / 3 QV (+1) / 0 Uli (-1).

ph. Mehr Neues gab es beim Stadtrat. Rita Geistlich FDP trat nicht mehr an. Peter Baertschiger SP schied als überzählig aus. Als neue Mitglieder wurden Bea Krebs FDP und Toni Brühlmann SP gewählt. Die Wahl von Peter Voser FDP zum neuen Präsidenten erfolgte im zweiten Wahlgang. Bei der Zusammensetzung der Behörde nach Parteien gab es keine Änderung.

Der Stadtrat befasste sich eingehend mit der Einführung von New Public Management – kurz NPM genannt. Schon 2000 hatte der Gemeinderat einen Kredit von 150'000 Franken für Vorbereitungen und Abklärungen

bewilligt. Schlieren war mit diesen Bestrebungen nicht allein. Auch andere Gemeinden prüften zu jener Zeit die Einführung der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung. In die intensiven Abklärungen wurden Stadtverwaltung und Mitglieder des Parlamentes einbezogen. Über das Projekt „Schlieren macht vorwärts“, wie es später genannt wurde, wird auf Seite 46 berichtet.

Rückkehr zur Gemeindeversammlung klar abgelehnt

Im Oktober 2003 ging die Einzelinitiative eines Stimmbürgers ein, welche die Rückkehr zur Gemeindeversammlung anregte. Nach der vorläufigen Unterstützung durch 16 Parlamentsmitglieder ging der Vorstoss zur Prüfung und Antragstellung an den Stadtrat. Anschliessend hatte sich das Parlament zum Inhalt zu äussern. Das Begehren wurde einstimmig zur Ablehnung empfohlen. An der Urnenabstimmung vom 26. September 2004 erledigten es die Stimmberechtigten mit 1185 Ja zu 1500 Nein.

Noch im Mai 2004 wurde ein Kredit von 5,04 Mio. Franken für den Umbau der Alterssiedlung Mühleacker und die Erweiterung in ein Alters- und Begegnungszentrum bewilligt (2318 Ja zu 496 Nein).

Ein erstes Stadtentwicklungskonzept erliess der Stadtrat im Juli 2005, um damit die Marktkräfte im Sinne der Stadt zu steuern sowie eine Verbesserung der räumlichen Entwicklung und damit der Lebensqualität zu erreichen.

Ebenfalls im Sommer 2005 entschied der Stadtrat, in der Stadtverwaltung das Geschäftsleitermodell einzuführen. Unter anderem wollte sich die Behörde damit von operativen Führungsaufgaben entlasten. Die neue Stelle wurde Anfang 2006 erstmals besetzt.

Während der Amtsdauer traten in der Arbeit der Schulpflege Unstimmigkeiten und Schwierigkeiten auf, die im Lauf der Zeit immer weitere Kreise zogen. Auf Antrag der Geschäfts- und



Wahlkampf im Schlieremer Stadtzentrum.

Rechnungsprüfungskommission entschied das Parlament am 19. Dezember 2005 in geheimer Abstimmung mit 25 zu 7 Stimmen die Einsetzung einer fünfköpfigen Parlamentarischen Untersuchungskommission PUK. Es handelte sich um den ersten und bisher einzigen Einsatz dieses parlamentarischen Instrumentes. Der Auftrag lautete, die Amtsführung der Schulpräsidentin und den ordnungsgemässen Ablauf der Geschäfte der Schulpflege in Bezug auf Vorbereitung, Entscheidungsfindung und Vollzug zu überprüfen.

Die PUK erledigte ihre Arbeit in der Zeit von Januar 2006 bis Mai 2007. Es fanden nicht weniger als 46 Sitzungen statt. Als juristischer Berater wurde ein Rechtsanwalt beigezogen. Das Parlament behandelte den Schlussbericht in der nachfolgenden Amtsdauer.

Im Februar 2006 hiess der Souverän sozusagen zum Ende der Amtsperiode in einer Referendumsabstimmung den Erlass einer neuen Personalverordnung mit 1219 Ja zu 703 Nein gut.

Die Zahl der Rücktritte im Gemeinderat stieg wieder an. Bis zum Ende der Amtsdauer waren 11 Mutationen zu verzeichnen.

Amtsdauer 2006/2010

Die Gesamterneuerungswahl des Parlamentes verlief ohne Überraschungen. Die Verteilung der Sitze nach Parteien: 11 SVP / 8 SP (-1) / 5 FDP (-1) / 4 CVP / 4 QV (+1) 2 GP / 2 EVP (+1).

Auch beim Stadtrat gab es keine Veränderung. Alle Mitglieder wie auch der Stadtpräsident wurden ohne Gegenkandidatur im Amt bestätigt. Ende 2006 gab Peter Hubmann nach 35 Dienstjahren und 28-jähriger Tätigkeit als Stadtschreiber seinen Rücktritt bekannt.



Abschied Stadtschreiber Peter Hubmann mit allen politischen Vorgesetzten, die in seine Amtszeit fielen. (v.l.n.r.): Heinrich Meier, Rita Geistlich, Peter Hubmann, Peter Voser (amtierender Präsident) und Fritz Diggelmann.

Die ordentlichen Alltagsgeschäfte verliefen einmal mehr unspektakulär. Die langwierigen Abklärungen der PUK über die Arbeit der Schulpflege stellten eine gewisse Belastung vor allem der direkt Beteiligten dar. Im Mai 2007 lag der Schlussbericht vor. Er wurde vom Parlament an der Sitzung vom 25. Juni 2007 mit 22 : 0 Stimmen gutgeheissen. Direkte Folgen hatte die Arbeit nicht. Bei der Beratung wurde am Rande auch hinterfragt, ob der Einsatz der PUK angemessen war und ob das Ergebnis in einem gesunden Verhältnis zum Aufwand stand.

Ein Kredit von 3,23 Mio. Franken für die Erweiterung der Schulanlage Zelgli wurde an der Urne am 2. September 2009 mit 2300 Ja zu 493 Nein problemlos angenommen.

Ende 2007 wies der Gemeinderat den Antrag des Stadtrates auf Einführung von Globalbudgets zurück. Ein Postulat hatte später den Verzicht auf die Globalbudgetierung zum Inhalt, was zum Abbruch der Versuche führte. 2008 nahm der Gemeinderat Kenntnis vom Schlussbericht über das Projekt „Schlieren macht vorwärts“ und entschied gleichzeitig, es sei in Zukunft auf Globalbudgets zu verzichten. Erneut war 2008 eine Revision der

Gemeindeordnung zu behandeln. Die Kantonsverfassung und das Gesetz über die politischen Rechte verlangten verschiedene Anpassungen. In einzelnen Punkten konnten sich Stadtrat und Gemeinderat nicht einigen. Bei der Frage, ob das Stadtpräsidium vollamtlich werden solle und namentlich beim Einbürgerungsverfahren gab es unterschiedliche Meinungen. Der Gemeinderat wollte die bisherigen Zuständigkeiten für das Einbürgern durch Stadtrat und Gemeinderat im Wesentlichen beibehalten, während der Stadtrat die Schaffung einer selbständigen an der Urne gewählten Einbürgerungskommission vorschlug. Den Stimmberechtigten wurden deshalb zwei Varianten unterbreitet: Variante A Gemeinderat: Einbürgerungen durch Stadtrat/Gemeinderat und vollamtliches Stadtpräsidium sowie Variante B Stadtrat: Schaffung selbständige vom Volk gewählte Bürgerrechtskommission und Beibehaltung nebenamtliches Stadtpräsidium. An der Urnenabstimmung vom 17. Mai 2009 wurde Variante A mit 616 Ja zu 1079 Nein abgelehnt und Variante B mit 856 Ja zu 845 Nein angenommen. Damit war der Weg frei für die Wahl der selbständigen Bürgerrechtskommission auf den Beginn der Amtsdauer 2010/2014.



Impressionen aus dem Schlierermer Parlaments- und Parteileben.

Zu weniger Diskussionsstoff führten die weiteren Änderungen und Neuerungen in der Gemeindeordnung. Der Gemeinderat wurde in Gemeindeparkament umbenannt. Die Parlamentsmitglieder erhielten die Möglichkeit zur Einreichung von Diskussionsanträgen, die Fragestunde fand eine Verankerung in der Gemeindeverfassung, und anstelle der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission wurden wieder zwei separate Kommissionen geschaffen, was eine Wiederherstellung des Zustandes bis 1997 bedeutete.

Bei den Rücktritten im Parlament blieb die Zahl hoch. Zehn Mitglieder schieden bis zum Ende der Amtsdauer aus.

Amts-dauer 2010/2014

Am 31. Januar 2010 waren die 36 Mitglieder des Parlamentes zu wählen. Die neue Liste der Jungen SVP erhielt die Nummer 10. Sitzverteilung: 10 SVP (-1) / 9 SP (+1) / 5 FDP / 4 CVP / 3 QV (-1) / 2 EVP / 2 GP / 1 JSVP (+1).

Beim Stadtrat traten nach dem Verzicht von Präsident Peter Voser auf seine Wiederwahl Änderungen ein. Als neue Mitglieder wurden Manuela

Stiefel FDP und Markus Bärtschiger SP gewählt. Die Bisherige Bea Capaul erreichte zwar das Absolute Mehr, schied aber mit der kleinsten Stimmenzahl als überzählig aus. Damit ergab sich eine neue Zusammensetzung: 2 SVP / 2 FDP / 2 SP / 1 EVP. Toni Brühlmann SP wurde im zweiten Wahlgang zum neuen Stadtpräsidenten gewählt.

Im Juni 2010 war an der Urne über die Totalsanierung des Schwimmbades Im Moos zu befinden (1014 Ja zu 469 Nein). Bei der Zusatzfrage über die künftige Wasseraufbereitung entschied sich der Souverän klar für ein Bio-Bad (1023 Ja zu 322 Nein). Am 13. Februar 2011 hiessen die Stimmberechtigten die Kredite für eine Pflege- und Wohneinheiten mit Betreuung an der Bachstrasse mit grosser Mehrheit gut (2205 Ja zu 394 Nein). Am 4. September 2011 fand die Verordnung über familienergänzende Kinderbetreuung und Ausrichtung von Beiträgen ebenfalls Zustimmung an der Urne (926 Ja zu 525 Nein). Am 22. September 2013 war wieder über eine Änderung der Gemeindeordnung abzustimmen. Der Souverän hiess die Anpassungen von eher untergeordneter Natur mit 1192 Ja zu 479 Nein deutlich gut.

Kurz vor dem Ende der Amtsdauer durchlief ein grosser Brocken die politischen Instanzen: Kredit von 75,5 Mio. Franken für die Schulanlage Reitmen. Die Zustimmung an der Urne am 24. November 2013 war deutlich: 2541 Ja zu 711 Nein. Die Anlage konnte im August 2017 bezogen werden.

Die Zahl der Rücktritte im Gemeindeparkament erhöhte sich auf 13. Mehr als ein Drittel der Mitglieder legten somit ihr Amt vor dem Ende der Legislaturperiode nieder.

Amts-dauer 2014/2018

Bei der Wahl des Parlamentes am 9. Februar 2014 gab es wieder Änderungen: Neu war die Liste der Grünliberalen Partei GLP, die Junge SVP nahm nicht mehr teil. Die Zahl der Sitze: 10 SVP / 8 SP (-1) / 6 FDP (+1) / 4 CVP / 3 QV / 2 EVP / 1 GP (-1) / 2 GLP (+2) / 0 JSVP (-1).

Beim Stadtrat verzichteten Jean-Claude Perrin SVP und Robert Welti EVP auf die Wiederwahl. Neue Mitglieder wurden Pierre Dalcher SVP und Stefano Kunz CVP. Die Zusammensetzung war somit neu 2 SVP / 2 FDP / 2 SP / 1 CVP. Toni Brühlmann SP wurde als Präsident bestätigt.

Wichtige Urnengeschäfte

30. November 2014:

Kredit 6'511'750 Franken für die Verlängerung und Öffnung der Goldschlägistrasse (1824 Ja zu 1144 Nein)

8. März 2015:

Kredit 2'423'000 Franken für Erweiterung und Optimierung Werkhof (1893 Ja zu 576 Nein)

8. März 2015:

Kredit 2'820'000 Franken für Asylunterkunft an der Bernstrasse (1322 Ja zu 1146 Nein)

Im Mai 2015 bewilligte der Stadtrat für die Neuauflage des Stadtentwicklungskonzeptes einen Kredit von 175'000 Franken und beauftragte ein Planungsbüro mit der Begleitung. Das in einem breit abgestützten Verfahren entstandene Ergebnis genehmigte die Behörde im Juni 2016 und erklärte es zum verwaltungsanweisenden Planungsinstrument für alle Abteilungen. Gleichzeitig wurde das Ressort Bau und Planung beauftragt, die Gesamtüberprüfung der Bau- und Zonenordnung vorzubereiten.

In Schlieren von Bedeutung war die Zustimmung zum Bau der Limmatalbahn durch die Stimmberechtigten des Kantons am 22. November 2015. (Schlieren lehnte die kantonale Vorlage mit 1403 Ja zu 1880 Nein ab.) Das Vorhaben führte zur Verlegung der Badenerstrasse und verlangte eine neue Verkehrsführung im Zentrum.

Gesprächsstoff gab das Kreditbegehren in der Höhe von 8,05 Mio. Franken für die Gestaltung des Stadtplatzes. Die Vorlage wurde am 5. Juni 2016 mit 1799 Ja zu 1136 Nein angenommen. Damit war der Grundstein für ein neues Gesicht des Zentrums mit einem roten Dach, genannt Flügel, gesetzt. Der Verkehr umrundet die Anlage in einem Kreis, der immer wieder zu Diskussionen Anlass gibt. Am gleichen Tag, dem 5. Juni 2016, wurde die Initiative für einen Ortsbus gemäss

dem übereinstimmenden Antrag von Stadtrat und Gemeindeparlament abgelehnt (1397 Ja zu 1711 Nein).

Am 18. Dezember 2017 hiess das Parlament die Schaffung einer Begegnungszone südlich des Bahnhofs im Bereich Grabenstrasse – Güterstrasse gut (Kredit 709'000 Franken für nicht gebundene Ausgaben), verkürzte aber die 20er-Zone nach Westen auf der Güterstrasse bis zur Einmündung der Neuen Fossertstrasse. In der Folge gingen zwei sich teilweise widersprechende Initiativen ein. Eine verlangte die Weiterführung der Begegnungszone bis zur Liegenschaft Güterstrasse 15 und die Ausdehnung auf die Bahnhofstrasse bis zur Ringstrasse, die andere wollte eine „verkehrsberuhigte und überschaubare Gestaltung“ mit Tempo 30. Die Abklärungen zogen sich hin, so dass erst im März 2021 darüber abgestimmt werden konnte (siehe nächste Seite).

Vor den Gesamterneuerungswahlen von 2018 standen weitere wichtige

Geschäfte an: Die Gemeindeordnung war einer Totalrevision zu unterziehen. Als Kernpunkte galten die Anpassung an das neue kantonale Gemeindegesetz und erhöhte Finanzkompetenzen. Zudem konnte die Zahl der Artikel durch eine Straffung deutlich verkleinert werden. Weiter ging es um einen Kredit von 890'000 Franken zur Durchführung eines Architekturwettbewerbs für einen neu zu erstellenden Stadtsaal im Zentrum. Beide Vorlagen kamen mit den auf den 4. März 2018 angesetzten Neuwahlen zur Abstimmung.

Im Gemeindeparlament war die Zahl der Rücktritte während der Amtsdauer mit 13 erneut hoch.

Amtsdauer 2018/2022

Die Gesamterneuerungswahl des Parlamentes am 4. März 2018 ergab erneut keine grundlegend veränderten Verhältnisse: 8 SVP (-2) / 9 SP (+1) / 6 FDP / 4 CVP / 2 QV (-1) / 1 EVP (-1) / 4 GLP (+2) / 2 GP (+1).



Parlamentspräsident Marc Folini (GLP) bei seiner Bundesfeier-Ansprache im Jahr 2022.



*Parlaments-Präsidium 2024: In der Mitte Präsidentin Rixhil Agusi;
1. Vize-Präsident: Sasa Stajic (links); 2. Vize-Präsident: David Baumann (rechts).*

Die Zusammensetzung des Stadtrates veränderte sich hingegen: Stadtpräsident Toni Brühlmann SP verzichtete auf die Wiederwahl. Als neue Mitglieder wurden Pascal Leuchtmann SP und Andreas Kriesi GLP gewählt. Der Bisherige Pierre Dalcher SVP erreichte das Absolute Mehr, schied aber als überzählig aus. Zusammensetzung nach Parteien somit: 2 SP / 2 FDP / 1 SVP / 1 CVP / 1 GLP. Neuer Stadtpräsident wurde im zweiten Wahlgang Markus Bärtschiger SP.

Im Frühjahr 2018 trat Manuela Stiefel bei der FDP aus und wurde parteilos. Am 4. März 2018 – zusammen mit den Wahlen – wurde an der Urne über zwei Vorlagen vom Vorjahr entschieden: Die Totalrevision der Gemeindeordnung erfuhr klare Zustimmung (2552 Ja zu 577 Nein). Der Kredit für den Projektwettbewerb Stadtsaal von 890'000 Franken wurde hingegen trotz einem Grosseinsatz der befürwortenden Ortsvereine mit 1375 Ja zu 1905 Nein abgelehnt. Der Planungsprozess hatte eine längere Vorgeschichte. Das Parlament hatte dem Planungskredit mit einer komfortablen Mehrheit von 23 zu 6 Stimmen zugestimmt. 13 Mitglieder ergriffen dann aber das sogenannte Behör-

denreferendum und verlangten eine Urnenabstimmung. Das Problem eines fehlenden Stadtsaals wurde mit der Ablehnung allerdings nicht behoben.

Am Schlierenfäscht im September 2019 konnte die Limmattalbahn den Betrieb von Zürich-Altstetten bis Schlieren aufnehmen – auch für Schlieren ein Markstein in der Geschichte. Dem Bau vorangegangen war die Verlegung der Badenerstrasse im Bereich Zentrum bis zur neuen Station Geissweid auf dem früher Chilbiplatz genannten Grundstück an der Bachstrasse. Das nicht mehr benötigte Teilstück der Badenerstrasse wurde zur „Pischte 52“.

Positiv ging es an der Urne am 29. November 2020 für den Kredit von 4,3 Mio. Franken zum Bau eines neuen Garderobengebäudes bei der Sportanlage im Rohr aus (2099 Ja zu 869 Nein). Am 7. März 2021 kamen nach einer umfassenden Beratung durch den Stadtrat die Umsetzungsvorlagen zu den Initiativen aus dem Jahr 2018 über die Neugestaltung des Bahnhofgebietes zur Abstimmung. Zu entscheiden war über die Varianten 1. „Begegnungszone im Bahnhofbereich“ (Tempo 20) und 2. „Verkehrs-

beruhigte und überschaubare Gestaltung im Bahnhofbereich“ (Tempo 30). Bei der Stichfrage konnte für den Fall der Annahme beider Vorlagen die bevorzugte Variante bezeichnet werden. Die Stimmberechtigten bewilligten mit 1905 Ja zu 1386 Nein die Variante 1 (Tempo 20) und mit 1815 Ja zu 1403 Nein auch die Variante 2 (Tempo 30). Die Stichfrage gab dann den Ausschlag für Variante 1 – Begegnungszone mit Tempo 20. Die Detailprojektion erwies sich als zeitaufwendig.

Im Mai 2024 liess der Stadtrat in einer Pressemitteilung verlauten, der vom Parlament bewilligte Kredit werde um rund 229'000 Franken auf 938'000 Franken erhöht. Zudem sei mit einem Anstieg der vom Stadtrat bewilligten Gebundenen Ausgaben von 1,264 Mio. Franken auf 3,31 Mio. Franken zu rechnen. Mit den Bauarbeiten wurde im Mai 2024 begonnen. Auch hier will gut Ding Weile haben: Von der ersten Vorlage im August 2017 bis zum Beginn der eigentlichen Arbeiten vergingen über 6 Jahre!

Einen Meilenstein für die künftige Gestaltung des Zentrums setzte der Stadtrat vor dem Ende der Amtsdauer am 9. März 2022 mit dem Beschluss „Der Masterplan Grüne Mitte wird verwaltungsanweisend für alle Ressorts genehmigt“. Der Plan selbst ist das Ergebnis umfangreicher Studien und Abklärungen durch verschiedene Fachleute wie auch von Gesprächen mit den Verantwortlichen der Reformierten Kirchgemeinde. Gemäss einem Antrag des Stadtrates an das Parlament vom April 2024 soll dazu ein Projektwettbewerb durchgeführt werden. Die Gesamtkosten werden mit einer Genauigkeit von +/- 30 % auf rund 14,5 Mio. Franken geschätzt.

Bei den Parlamentsmitgliedern waren bis zum Ende der Amtsdauer erneut 13 Rücktritte zu verzeichnen.

Amtsdauer 2022/2026

An den letzten Parlamentswahlen vor dem 50-jährigen Jubiläum nahm der Quartierverein nicht mehr teil. Seine Vertreterinnen und Vertreter gehörten dem Parlament seit der Gründung im Jahr 1974 an. Die CVP (Christlichsozial-Volkspartei) änderte ihren Namen in Die Mitte (DM). Sitzverteilung: 8 SP (-1) / 8 SVP / 5 FDP (-1) / 4 DM / 5 GLP (+1) / 4 GP (+2) / 2 EVP (+1) / 0 QV (-2).

Veränderungen gab es wiederum bei der Zusammensetzung des Stadtrates. Christian Meier SVP und Andreas Kriesi GLP verzichteten auf eine erneute Kandidatur. Neu gewählt wurden Beat Kilchenmann SVP und Songül Viridén GLP. Zusammensetzung damit 2 SP / 1 FDP / 1 SVP / 1 DM / 1 GLP / 1 parteilos. Stadtpräsident Markus Bärtschiger wurde im Amt bestätigt.

Neu eingeführt wurde 2023 die Audio-Protokollierung, der an den Parlamentsitzungen abgegebenen Voten. Wer Interesse und genügend Zeit hat, kann sie auf der Homepage der Stadt im Originalton abhören. Die Audio-Protokolle sind durchsuchbar.

Am 15. Mai 2022 stimmte der Souverän den vom Parlament festgesetzten kommunalen Richtplan Siedlung und Landschaft mit 1834 Ja zu 772 Nein zu. Am 12. März 2023 kam eine gewichtige Vorlage mit langer Vorgeschichte zur Abstimmung: Kredit von 44,317 Mio. Franken für den Neubau des Alterszentrums „Wohnen am Stadtpark“. Die Stimmberechtigten hiessen das Vorhaben mit 1525 Ja und 466 Nein gut. Mit den Bauarbeiten sollte 2024 begonnen werden, falls die Baubewilligung Rechtskraft erhält. Ebenfalls am 12. März 2023 erhielt eine erneute Teilrevision der Gemeindeordnung (Kompetenzen für kleine Grenzbereinigungen und für Liegenschaftenkäufe sowie Anpassungen im Bereich Schule) Zustimmung (1367 Ja zu 485 Nein).

Am 28. August 2023 hiess das Parlament die Teiländerung der Bau- und Zonenordnung im Hinblick auf den kommunalen Mehrwertausgleich mit dem Reglement zum Mehrwertausgleichsfonds gut. An der gleichen Sitzung wurden zwei Vorstösse behandelt, die Erwähnung verdienen:

- Postulat von Marianne Habegger (Gemeinderätin von 1992-2002) über verkehrsberuhigende Massnahmen an der Spitalstrasse, eingereicht am 29. Oktober 2001 (kein Druckfehler). Die Bearbeitungszeit von mehr als 20 Jahren dürfte rekordverdächtig sein.
- Motion von John Daniels betreffend „Bau- und Zonenordnung“, überwiesen am 4. Februar 2019 – hier ebenfalls eine beachtliche Bearbeitungszeit mit mehreren Verlängerungen.

Anscheinend kommen Stadtrat und Parlament auch mit Terminüberschreitungen zurecht.

Eine besondere Situation ergab sich in den Jahren 2023/2024. Die Stadt Schlieren ist Miteigentümerin der Interkommunalen Anstalt Limeco. Diese betreibt in Dietikon die Kläranlage für die Limmattalgemeinden sowie die Kehrlichtverbrennung mit einem Fernwärmenetz. Die Limeco beantragte den acht Trägergemeinden 2023 die Zustimmung für einen Planungskredit in der Höhe von 41,4 Mio. Franken für den Ausbau des Regiowerks, das namentlich im Bereich Fernwärme eine starke Erweiterung anstrebt. Der Stadtrat beantragte dem Parlament mit einer ausführlichen Begründung Nichteintreten auf die Vorlage, was vom Parlament jedoch an der Sitzung vom 25. September 2023 abgelehnt wurde (5 Ja zu 21 Nein). Im zweiten Umgang stimmte das Parlament gleichentags dem Planungskredit mit 22 Ja zu 5 Nein zu, wie es die übrigen sieben Trägergemeinden bereits getan hatten. An der Urnenabstimmung vom



Wahlen im Parlament 2024:
Boris Steffen (links, SVP), Präsident der Rechnungsprüfungskommission und
Henry Jager (GLP), Präsident der Geschäftsprüfungskommission.

3. März 2024 hiessen auch die Schlierener Stimmberechtigten die Vorlage mit dem Titel „Projektierungskredit über 41,4 Mio. Franken der Limeco für die Planungen ‘Erweiterung Abwasserreinigungsanlage, Ersatzneubau Kehrlichtverwertungsanlage inkl. Abscheidung CO₂ sowie Schnittstellen Energiegewinnung.’“ gut (2462 Ja zu 965 Nein).

Im Januar 2024 stand die Behandlung einer Motion an, welche die Mitgliederzahl des Stadtrates auf den Beginn der Amtsdauer 2026/2030 von sieben auf fünf verkleinern wollte. Das Parlament entschied, den in ein Postulat umgewandelten Vorstoss an den Stadtrat zu überweisen. Eine Änderung auf den Beginn der nächsten Amtsdauer im Jahr 2026 wurde allgemein als zu kurzfristig bezeichnet.

Ausblick im Sommer 2024

Es ist abzusehen, dass dem Parlament die Arbeit auch in Zukunft nicht ausgehen wird. Neben den Alltagsgeschäften wie Voranschlag, Rechnung, Geschäftsbericht und den zahlreichen parlamentarischen Vorstössen stehen zahlreiche weitere umfangreiche Vorhaben und auch Herausforderungen an.

Das Verhältnis zwischen Parlament und Stadtrat

Gedanken zum Thema von alt Stadtpräsident Peter Voser

Peter Voser, Mitglied der Kommission Ortsgeschichte und Co-Autor dieses Jahrheftes, war während 16 Jahren Mitglied des Stadtrates und während zwei Amtsperioden dessen Präsident. Er blickt zurück auf das oft schwierige Verhältnis zwischen Exekutive und Legislative.

pv. Ein neues Parlamentsmitglied beklagte sich mir gegenüber nach einem Jahr fast resigniert darüber, dass man in diesem Amt leider nicht viel bewegen könne und dass sehr viel Zeit vergehe, bis ein Vorstoss behandelt werde oder gar zu einem Ergebnis führe. Und schliesslich: Das Parlament werde vom Stadtrat immer wieder unter Zeitdruck gesetzt, um auch für die Zukunft Schlierens wichtige Vorlagen möglichst rasch zur Abstimmung zu bringen. Aus diesem Gespräch war eine gewisse Frustration über sein Amt herauszuhören.

Ich hatte Verständnis für diesen Parlamentarier, zumal das Parlament gerne als das oberste Organ im parlamentarischen System bezeichnet wird. Dies wird aber von den Mitgliedern des Parlamentes nicht immer so empfunden.

Aufgaben und Zuständigkeiten, Kompetenzen und Verfahren sind in der Kantonsverfassung, im Gemeindegesetz, in der Gemeindeordnung und in der Geschäftsordnung des Gemeindeparlamentes geregelt.

Parlament (Legislative) und Stadtrat (Exekutive) haben unterschiedliche Aufgaben und Kompetenzen. Die dritte Staatsgewalt sind die Gerichte (Judikative), die für das Verhältnis von Parlament und Stadtrat wenig Bedeutung haben. In der Staatskunde wird dies als Gewaltenteilung bezeichnet. Die Gewaltenteilung gilt als rechtsstaatliches und demokratisches Grundsystem für Bund, Kantone und Gemeinden. Sie soll Machtmissbrauch



Stadträtin Bea Capaul und Stadtpräsident Peter Voser (links) werden von ihrem Kollegen Robert Welti 2010 verabschiedet.

durch Machtbegrenzung und Machtkontrolle verhindern. Ein weiterer Grundsatz lautet: Keine Gewalt darf in den gesetzlich festgelegten Aufgabenbereich der anderen eingreifen.

Wie sind diese Aufgaben und Kompetenzen in einer Stadt mit dem Parlamentssystem verteilt?

1. Beim Parlament (Legislative) sind dies im Wesentlichen: Aufsicht bzw. Kontrolle über Stadtrat und Verwaltung, Initiativ- und Anregungsfunktion, Erlass von kommunalen Verordnungen, Beschlussfassung über den jährlichen Voranschlag, die Jahresrechnung, den jährlichen Geschäftsbericht sowie Beratung und Beschlussfassung über konkrete Einzelgeschäfte, die dem Parlament durch Gesetz und Gemeindeordnung zugewiesen sind. Die Vorrangstellung des Parlamentes gegenüber dem Stadtrat ergibt sich aus seiner Aufsicht bzw. Kontrolle über Stadtrat und Verwaltung. Einzelne Geschäfte müssen gemäss Gemeindegesetz und Gemeindeordnung nach der Behandlung durch das Parlament zwingend den Stimmberechtigten (oberstes Organ der Gemeinde) zur Beschluss-

fassung an der Urne vorgelegt werden.

2. Aufgaben des Stadtrates (Exekutive): Der Stadtrat ist als oberste Behörde mit der ihm unterstellten Verwaltung für das Funktionieren der Stadt verantwortlich. Der Stadtrat kann auch als Regierung bezeichnet werden. Ihm obliegen der Vollzug des übergeordneten Rechts, die politische Planung und Führung sowie alle Geschäfte, die nicht einem anderen Organ zugewiesen sind. Er kann selbst Themen aufgreifen und zu Beschlüssen ausarbeiten, die er, sofern sie in die Zuständigkeit des Parlamentes fallen, diesem zur Genehmigung vorlegen muss. Er hat ferner alle vom Parlament ausgehenden Anträge und Anfragen zu bearbeiten und zu behandeln. Die Vorlagen an das Parlament werden vom Stadtrat in Zusammenarbeit mit der Verwaltung erarbeitet und dem Parlament zur Behandlung und Beschlussfassung vorgelegt.

Zur Wahrnehmung seiner Aufsichts-, Anregungs- und Initiativfunktion stehen dem Parlament verschiedene Instrumente zur Verfügung, wie die Motion, das Postulat, die Interpellati-

on, die Kleine Anfrage, die Parlamentarische Initiative, der Diskussionsantrag, der Beschlussantrag und die Fragestunde. Der Inhalt und die Behandlung dieser Instrumente sind in der Geschäftsordnung des Gemeindeparlaments näher umschrieben. Der Stadtrat hat bei verschiedenen Instrumenten Fristen zu beachten. Für die Überweisung einer Motion oder eines Postulates zur Behandlung durch den Stadtrat ist zudem ein Mehrheitsbeschluss des Parlaments erforderlich, der nicht immer zustande kommt. Oft dauert es Jahre, bis eine Motion oder ein Postulat als erledigt abgeschlossen werden kann.

Beispiel für das meines Wissens zeitlich am längsten hängig gewesene Postulat: Am 29. Dezember 2001 reichte Marianne Habegger, SVP, ein Postulat ein: „Der Stadtrat wird gebeten, zu prüfen, wie die Spitalstrasse mit geeigneten und kostengünstigen Massnahmen verkehrstechnisch beruhigt werden kann. Als mögliche Massnahmen

sehen wir zum Beispiel Einführung von Tempo 30 und/oder Redimensionierung der Fahrbahnbreite und/oder LKW-Verbot und/oder Zufahrt nur für Anwohner des Schlieremer Spitalquartiers und/oder andere geeignete und kostengünstige Massnahmen.“ Erst an der Parlamentssitzung vom 28. August 2023, nach knapp 22 Jahren, konnte das Postulat als erledigt abgeschlossen werden.

Verabschiedet der Stadtrat eine Vorlage zuhanden des Parlaments, wird diese von der Rechnungsprüfungskommission oder der Geschäftsprüfungskommission zuhanden des Parlaments vorberaten und dem Parlament ein Antrag gestellt. Für die Vorberatung von grösseren Geschäften kann das Parlament eine Spezialkommission einsetzen. Solche Kommissionen werden in der Regel auf Antrag des Büros gebildet und lösen sich nach Erledigung ihres Auftrages wieder auf.

Bei Vorkommnissen von grosser Tragweite kann das Parlament eine Parlamentarische Untersuchungskommission PUK einsetzen.

Bei der Vorberatung eines Geschäftes wird der zuständige Stadtrat in der Regel von der vorberatenden Kommission des Gemeindeparlamentes eingeladen. Er kann das Geschäft vorstellen, begründen und Fragen beantworten. Er kann dazu auch Mitarbeitende aus der Verwaltung mitnehmen, die das Geschäft vorbereitet haben. Aus meiner Sicht hatten diese Gespräche immer einen grossen Nutzen. Sie dienten dem Abbau von Misstrauen und vorgefassten Meinungen wie auch dem Austausch von Hintergrundinformationen.

Die vorgeschriebenen Verfahrensabläufe nehmen viel Zeit in Anspruch. Da kann ich die Ungeduld eines Parlamentariers über die oftmals allzu lange Verfahrensdauer gut verstehen.



Stadratsmitglieder beschenken die Bevölkerung an einem der Schlierenfäscht-Umzüge durch die Stadt.
(v.l.n.r.): Pascal Leuchtmann, Bea Krebs, Christian Meier und Stadtpräsident Toni Brühlmann).



Stadtrat während einer Klausur-Tagung hoch über Zürich auf dem Üetliberg-Turm.

(v.l.n.r.): Jean-Claude Perrin, Peter Baertschiger, Peter Voser, Christian Meier, Peter Hubmann (Stadtschreiber), Bea Capaul, Rita Geistlich, Robert Welti.

An der Parlamentssitzung kann der Antrag des Stadtrates geändert, angenommen, abgelehnt oder zur Verbesserung an den Stadtrat zurückgewiesen werden.

Es gibt einfachere und komplexere Vorlagen. Gerade bei komplexeren Geschäften, wie z.B. der Revision einer Bau- und Zonenordnung, die der Stadtrat über viele Jahre in seinem Kreis vorbereitet und das Ergebnis erst dem Parlament vorlegt, wenn die Vorlage entscheidungsreif ist, wird es für die vorberatende Kommission und später für das Parlament, das bisher in keiner Weise in die Entwicklung des Geschäfts einbezogen war, schwierig, sich innert kurzer Zeit eine eigene Meinung zu bilden. Oft sind aber rasche Entscheide des Parlaments erwünscht.

Bei komplexen Vorlagen zeigt sich das „Gefälle“ zwischen Parlament und Stadtrat besonders deutlich.

Da der Stadtrat bei der Grösse der Stadt Schlieren mit der Verwaltung über hauptamtliche und spezialisierte Mitarbeiter verfügt, die sich laufend mit den anstehenden Fragen befassen, hat die Behörde gegenüber dem Parlament einen enormen Informations- und Wissensvorsprung.

Für die Mitglieder des Parlaments, die ihr politisches Mandat nur nebenberuflich ausüben und sich daher nicht so intensiv in die einzelnen Geschäfte einarbeiten können, ist es bei manchen Fragen schwierig, wenn nicht gar unmöglich, sich über alle Details genau zu informieren und die Kon-

trollfunktion wahrzunehmen. Der Fachkompetenz des Stadtrates mit der Verwaltung kann das Parlament keine gleichwertigen Kenntnisse entgegenzusetzen. Hier sind Lösungen gefragt. Wird diesem Problem zu wenig Beachtung geschenkt, gerät das Parlament durch den ständig wachsenden Einfluss der Exekutive schnell in eine untergeordnete, machtlose Position, aus der es sich nur schwer wieder befreien kann. Mangelnde Bereitschaft der Wählerinnen und Wähler, sich für ein solches Amt zur Verfügung zu stellen, wäre die Folge.

Die Probleme mit komplexen Vorlagen sind ein „altes“ Thema. Ich habe die Diskussionen dazu während meiner Zeit im Stadtrat (1994-2010) immer wieder erlebt.

Es wurden auch Lösungen gesucht und gefunden. Wichtig war dem Stadtrat immer die Einhaltung der Gewaltentrennung. Trotz Beizug von Parlamentsmitgliedern entschied der Stadtrat unabhängig über seine Vorlagen an das Parlament.

a) Runder Tisch

Der „Runde Tisch Schlieren“ war ein Erfolg. Die Stadt Schlieren stand 2001 vor wichtigen Entwicklungsschritten (wie Erhöhung der Wohn- und Lebensqualität, Streben nach einer ausgewogenen Bevölkerungsstruktur, Verbesserung der Steuerkraft, übergeordnete räumliche Entwicklungen, Nutzungsplanung, Verkehr und Unternehmensstruktur). Gewünscht war ein Forum, in dem alle im Gemeindeparlament vertretenen Parteien und der Stadtrat Einsitz haben und in dem Ideen und Vorschläge aus der Bevölkerung und den Parteien frühzeitig eingebracht und in den Entschei-

dungsprozess einbezogen werden können. Ab November 2001 tagte der „Runde Tisch Schlieren“ mit dem Vertreter des Stadtrates und acht Vertretern der im Parlament vertretenen Parteien. Im November 2004 wurde der „Runde Tisch Schlieren“ aufgelöst, da die schwierigen Situationen zwischen Stadtrat, Parlament und den politischen Parteien bereinigt werden konnten. Die üblichen parlamentarischen Instrumente und die sogenannten „Trublerhüttengespräche“, in denen der Stadtrat die Parlamentsmitglieder über seine Arbeit im Hinblick auf die anstehenden Parlamentsgeschäfte informierte, genügten fortan wieder.

b) Leitbild 2003

Die Erarbeitung des Leitbildes lag gemäss den Bestimmungen der damaligen Gemeindeordnung in der Kompetenz des Stadtrates. Es sollte für acht bis zwölf Jahre gelten. Der Entwurf

des Leitbildes wurde in den Jahren 2002 und 2003 mit einer grossen Arbeitsgruppe (Mitglieder des Stadtrates, Abteilungsleiter der Stadtverwaltung, Vertreter der im Parlament vertretenen Parteien, Vertreter des Jugendvereins Schlix und eines Seniorenclubs) erarbeitet. Am dritten Workshop wurde ein Entwurf zuhanden des Stadtrates verabschiedet. Im Sinne der im Projekt „Schlieren macht vorwärts“ vorgegebenen Führungsphilosophie wurde das Leitbild vom Stadtrat freiwillig dem Parlament zur Genehmigung vorgelegt. Damit sollte das Parlament in wichtige Weichenstellungen für die Zukunft von Schlieren eingebunden werden. An der Parlamentssitzung vom 20. Oktober 2003 wurde das Leitbild behandelt. Bei der Beratung hiess das Parlament drei von acht Änderungsanträgen von Mitgliedern aus dem Parlament gut.



Stadtpräsident Peter Voser (rechts) berät sich an einer Parlamentssitzung mit Stadtschreiber Hansruedi Kocher (mitte) und Finanzvorstand Toni Brühlmann-Jecklin (links).

c) Einführung der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung (NPM für New Public Management)) oder „Schlieren macht vorwärts“.

1999 wurde das Projekt einer umfassenden Verwaltungsreform gestartet. Das Reformprojekt hatte anfänglich den Namen „Neue Führung Schlieren 200X“ und wurde später „Schlieren macht vorwärts“ genannt. Es war breit angelegt und sehr komplex. Ziele des Projekts waren unter anderem die Verbesserung der Kommunikation, die Reduktion von Konfliktfeldern und die klare Abgrenzung von Kompetenzen und Verantwortlichkeiten zwischen Parlament, Stadtrat und Verwaltung sowie die Förderung der Milizarbeit und die Verbesserung der Attraktivität der nebenamtlichen Behördentätigkeit. Es sollte die Arbeit von Parlament, Stadtrat und Verwaltung wesentlich verändern und erleichtern. Parlament, Stadtrat und Verwaltung waren aktiv in die Entwicklung eingebunden. An dieser Stelle kann nicht auf das gesamte umfangreiche Projekt eingegangen werden. Für dieses Reformprojekt hat das Parlament am 25. September 2000 und am 26. November 2001 insgesamt 750'000 Franken bewilligt.

Zwei neue Instrumente hätten dem Parlament mehr Mitwirkungsmöglichkeiten gegeben.

- Die Mittelfristplanung: Der Mittelfristplan sollte das Legislaturprogramm, das bisher vom Stadtrat in eigener Kompetenz erarbeitet wurde, ersetzen. Er basiert auf dem Leitbild mit seinen langfristigen Visionen und Zielen (Bst. b vorne, S. 45). Mit Beschluss vom 23. Mai 2005 hat das Parlament der Einführung einer vierjährigen Mittelfristplanung zugestimmt. Die Mittelfristplanung wurde vom Stadtrat erarbeitet. Das Parlament konnte mit einem sogenannten Planungsbeschluss seine Änderun-



Stadtpäsident Heinrich Meier (links) mit Nationalrat und scheidender Stadtrat Sepp Stappung (stehend) im Februar 1984.

gen und Ergänzungen einbringen. Diese werden der Mittelfristplanung beigelegt. Sie sind für den Stadtrat zwar nicht bindend, doch würden sich unbegründet nicht befolgte Planungsbeschlüsse spätestens bei künftigen Planungsdebatten auswirken. An der Parlamentssitzung vom 4. Dezember 2006 wurde die Mittelfristplanung mit acht Planungsbeschlüssen zustimmend zur Kenntnis genommen.

- Die Globalbudgetierung: Bereits 1995 wurde das Postulat von Ueli Epprecht zur Einführung der Globalbudgetierung an den Stadtrat überwiesen. Von 1998 bis 2003 wurde die Globalbudgetierung versuchsweise in neun Bereichen eingeführt. Bei der herkömmlichen Budgetierung entscheidet das Parlament über die Budgetbeträge, nicht aber über die damit verbundenen Leistungen. Bei der Globalbudgetierung hätte das Parlament über die Leistungen, die Indikatoren und die finanziellen Mittel entschieden. Am 11. Dezember 2006 reichten acht Mitglieder der GRPK eine Motion ein, die sie später in ein Postulat umwandelten, wonach ab 1. Januar 2008

auf Globalbudgets zu verzichten sei, da diese in der damaligen Form keinen Anreiz mehr für die Leistungserbringung darstellten und lediglich einen Mehraufwand für die Verwaltung bedeuteten. Der Antrag des Stadtrates vom 13. August 2007 auf definitive Einführung von Globalbudgets wurde an der Parlamentssitzung vom 26. November 2007 an den Stadtrat zurückgewiesen. Eine neu gebildete Spezialkommission Globalbudget des Parlaments hat sich nochmals mit dem Thema Globalbudget befasst und Vertreter der Städte Uster, Bülach und Winterthur, die vollständig auf das System der Globalbudgets umgestellt hatten, zu einem Hearing eingeladen. Die Spezialkommission sprach sich schlussendlich gegen eine definitive Einführung der Globalbudgetierung aus. Für diese Ablehnung waren wohl auch die grossen Herausforderungen für die Mitglieder des Parlamentes ein Grund. In der Folge hat der Stadtrat das NPM-Projekt „Schlieren macht vorwärts“ abgebrochen und dem Parlament am 14. Juli 2008 den Schlussbericht zugestellt, der vom Parlament am 29. September 2008 zur Kenntnis

genommen wurde. Mit dem Abbruch des Projekts ist auch die Mittelfristplanung mit dem integrierten Aufgaben- und Finanzplan hinfällig geworden. Die bestehenden Globalbudgets wurden ab 2009 aufgehoben. Seither gilt wieder die klassische Budgetierung mit der institutionellen Gliederung.

Ich war damals enttäuscht über die Beschlüsse des Parlaments. Letztlich entscheidet in solchen Strukturfragen aber das Parlament, und dessen Entscheid ist zu akzeptieren. Nachher

hatten wir wieder die klassische Aufgabenteilung zwischen Parlament und Stadtrat. Die eingangs erwähnten Klagen höre ich auch heute noch. Ein Mitglied des Parlamentes muss die unterschiedlichen Rollen zwischen Parlament und Stadtrat akzeptieren. Ich kann einer Parlamentarierin oder einem Parlamentarier, der zu regieren wünscht, nur raten, sich um einen Sitz im Stadtrat zu bewerben.

Aus meiner Sicht ist ein gutes Zusammenspiel von Stadtrat und Parlament

wichtig, um bei komplexen politischen Fragen effiziente und effektive Lösungen zu finden. So lassen sich Verzögerungen und Reibungsverluste vermeiden. Das leider fast schon obligatorische Misstrauen zwischen Parlament und Stadtrat muss immer stets von neuem überwunden werden. Dazu wird es immer wieder notwendig sein, neue vertrauensbildende Lösungen für das gute Zusammenwirken zu finden.



Der Schlieremer Stadtrat im Jahr 2024: (v.l.n.r.) Janine Bron (Stadtschreiberin); Bea Krebs; Manuela Stiefel; Beat Kilchenmann; Markus Bärtschiger (Stadtpräsident); Pascal Leuchtmann; Stefano Kunz und Songül Viridén.

Erinnerungen und Einschätzungen

Drei langjährige Parlamentsmitglieder blicken zurück.

In den vergangenen drei Jahrzehnten haben sich die drei Parlamentsmitglieder Sarah Impusino, Peter Seifriz und Jürg Brem insgesamt während 42 Amtsjahren im Schlieremer Parlament engagiert. Im Gespräch haben wir uns über ihre Erfahrungen und Einschätzungen unterhalten.

cm. Die Zeit der Gemeindeversammlungen in Schlieren (bis 1973) hat nur Jürg Brem miterlebt. Er erinnert sich lebhaft an emotionale Versammlungen mit einigen „Alphatieren“, die für Stimmung und manchmal auch für politische Weichenstellungen sorgten. Besonders ist ihm der später bekannt gewordene Journalist Christoph Müller in Erinnerung geblieben, der die politisch Verantwortlichen mit seinen Statements des öfteren provozierte und in Verlegenheit brachte. Ebenso wie es heute im Parlament der Fall ist, dominierten auch damals starke Persönlichkeiten die Versammlungen.

Wie die Jungfrau zum Kinde

Einen ähnlichen Einstieg in die politische Laufbahn erlebten Peter Seifriz und Sarah Impusino, weil sie sich von Parteienvertretern auf der Suche nach Kandidierenden für den Gemeinderat überreden liessen. Peter Seifriz bei der SVP, Sarah Impusino bei der CVP (heute Die Mitte) waren so weit hinten auf der Liste, dass ihnen eine Wahl unmöglich schien. Denkst! Beide waren schlicht zu bekannt in der Stadt und wurden auf Anhieb gewählt.

Entsprechend zurückhaltend starteten beide in ihr neues politisches Amt. „Ich dachte mir, das wird nicht lange dauern“, blickt Peter Seifriz schmunzelnd zurück, und Sarah Impusino war vor ihrer ersten Gemeinderatssitzung nicht nur neugierig, sondern auch ordentlich nervös: „Ich habe mir überlegt, ob ich das Amt überhaupt antreten sollte, aber ein Verzicht erschien mir gegenüber meinen Wählerinnen und Wählern unfair.“ Dass beide ihre Entschlüsse nicht bereut haben, liegt

auf der Hand. Seifriz war während 20 Jahren eine der prägenden Persönlichkeiten im Rat, Sarah Impusino setzt sich seit 10 Jahren engagiert politisch ein.

Starke Persönlichkeiten prägen den Ratsbetrieb

Die Parallele mit den starken Persönlichkeiten zwischen den früheren Gemeindeversammlungen und den heutigen Parlamentssitzungen lässt sich gut erkennen. Es waren und sind einige wenige Persönlichkeiten, welche die Versammlungen prägten und prägen. Eine Einschätzung, die geteilt wird. „Viele Parlamentsmitglieder schauen, was die Führungspersönlichkeiten sagen oder stimmen und folgen diesem Beispiel“, bestätigt Sarah Impusino, und auch Jürg Brem hat das in früheren Zeiten nicht anders erlebt: „Die Leader gehen voran, die Mitläufer folgen.“

Brem erinnert sich gut an Zeiten, als starke Persönlichkeiten, bei den Linken etwa Heini Bloch oder Sepp Stappung, das Geschehen beherrschten. „Ein Stück weit“, ergänzt Peter Seifriz, „muss das ja auch so sein. Es können sich nicht alle 36 Mitglieder stark exponieren, sonst hätten die Sitzungen nie ein Ende.“

Da stellt sich die Frage nach dem Fraktionszwang. Müssen die Parlamentsmitglieder immer den Direktiven ihrer Partei folgen? „Dagegen habe ich mich immer gewehrt“, betont Seifriz, „aber wenn meine Meinung anders und das Geschäft für die Partei sehr wichtig war, dann habe ich mich schon auch mal enthalten.“ Und Jürg Brem ergänzt: „Es war wohl schon immer so, dass sich starke Persönlichkeiten mehr Freiheiten genommen haben. Wenn hingegen die sogenannten ‘Mitläufer’ gegen die Parteivoten stimmten, dann konnte es für diese schon unangenehm werden.“



Lange Zeit fanden die Gemeinderatssitzungen im grossen Salmen-Saal statt.



Jürg Brem ...

(Jahrgang 1944) zog 1946 mit seiner Familie als 2-jähriger Bub nach Schlieren. Bereits als 20-jähriger junger Mann trat er der Sozialdemokratischen Partei SP bei, doch erst 1994 kandidierte er für den Gemeinderat, dem er während 16 Jahren angehörte. 12 Jahre war er Vorstandsmitglied der SP-Ortspartei und RPK-Mitglied sowie sieben Jahre Mitglied der Einbürgerungskommission.

Sarah Impusino ...

(Jahrgang 1975) lebt seit ihrer Geburt in Schlieren. 2014 trat sie der CVP (heute Die Mitte) bei und wurde im gleichen Jahr ins Schlieremer Parlament gewählt, dem sie nun seit zehn Jahren angehört. Seit 2022 engagiert sich die Gemeindeparlamentarierin auch als Mitglied der Rechnungsprüfungs- und der Alterskommission. Zudem leitet sie die Ortsvertretung der Pro Senectute Schlieren.

Peter Seifriz ...

(Jahrgang 1953) ist seit 1982 in Schlieren wohnhaft. 1997 trat er der SVP bei und von 1998 bis 2018 war er Mitglied des Gemeinderates/-parlamentes. Zudem war er von 2002 bis 2010 Mitglied der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, von 2014 bis 2018 Präsident der Geschäftsprüfungskommission und 2013/14 Präsident des Gemeindeparlamentes.

Und Sarah Impusino bringt einen neuen Aspekt ins Spiel: „Wir sind selbstverständlich unseren Wählerinnen und Wählern verpflichtet. Wenn eine Stimmvorgabe kommen würde, die meiner Ansicht nach gegen die Interessen der Einwohnerschaft von Schlieren ist, dann würde ich meine eigene Meinung durchsetzen. Glücklicherweise habe ich das noch nie erlebt.“

Anstand und Höflichkeit

In der jüngeren Vergangenheit wird allenthalben das Verrohen der Sitten und das Fehlen von Freundlichkeit und Anstand moniert. Ein Trend, der sich auch in der politischen Ausei-

nandersetzung zeigt? „Natürlich ist der Umgangston nicht immer harmonisch“, sagt Peter Seifriz und blinzelt Jürg Brem zu, „wenn – um nur ein Beispiel zu nennen – seinerzeit Jürg Brem und Ueli Saxer die Klingen kreuzten, dann ging’s hoch her. Aber das waren Einzelfälle.“

Auch Impusino bestätigt diesen Eindruck: „Vereinzelt lassen Parlamentsmitglieder die gute Kinderstube vermissen, aber dann stelle ich auf ‘Durchzug’.“ Und schliesslich liege es in solchen Fällen auch am Ratspräsidium, Grobheiten zu tadeln und zu unterbinden.

Das Spannungsfeld Stadtrat/Parlament

Offenherzig räumt Sarah Impusino ein, dass sie sich manchmal von einzelnen Stadtratsmitgliedern hintergangen fühle. Da stelle sich dann regelmässig heraus, dass Stadträte im Gemeindeparlament bewusst falsche Aussagen gemacht oder halt nur die halbe Wahrheit erzählt haben. „Dies empfinde ich als nicht korrekt, aber es ist wohl Teil des politischen Prozesses.“

Grundsätzlich wird die Kritik von den Ehemaligen geteilt. „Es wird regelmässig nicht mit offenen Karten gespielt“, glaubt Jürg Brem, und Peter Seifriz er-



Seit einigen Jahren finden die Parlamentssitzungen in der Aula des Schulhauses Reitmen statt.

gänzt: „Mir erschien immer die Führung im Stadtrat wichtig. Gute Führung, gute Arbeit. Heute erlebe ich unsere Regierung meistens als führungslos, und das wirkt sich dann im Verhältnis zum Gemeindeparlament, aber auch gegenüber der Verwaltung aus.“

Allerdings herrscht auch ein gewisses Verständnis, dass der Stadtrat, wenn er mühsam einen Lösungsvorschlag erarbeitet hat, alles unternimmt, um sich diesen nicht im Parlament zerschlagen zu lassen. Wohl ein Preis, den wir für unser basisdemokratisches System zu zahlen haben.

Parlamentsmitglied: Ein Amt von hohem Ansehen?

Ältere Leute mögen sich gut an die Zeiten erinnern, als Behördenmitglieder – ebenso wie beispielsweise die Pfarrer, Ärzte und Lehrer – ein hohes Ansehen genossen. Wie sieht's denn heute damit aus und wie spüren die Parlamentsmitglieder ihr Amt im Alltagsleben? „Von Ansehen kann man

heute sicher nicht mehr sprechen“, ist Peter Seifriz überzeugt, und die Gesprächspartner nicken dabei zustimmend, doch Sarah Impusino ergänzt: „Allerdings tragen verschiedene Leute Anliegen und Schwierigkeiten an uns heran, damit wir Missstände im Rat thematisieren und hoffentlich beheben können.“

Und Jürg Brem fügt verschmitzt an: „Wenn die Zeit mal knapp war, dann habe ich allerdings nicht in Schlieren eingekauft, sondern in einer Nachbargemeinde. Oft wurde ich so häufig angesprochen, dass der Zeitaufwand sonst einfach zu gross gewesen wäre.“

Unsere Gesprächspartner bilden die Zusammensetzung des Parlamentes ungefähr ab: Die Linke, die Mitte und die Rechte. Wie ist das Verhältnis unter den politisch so divers orientierten Politikerinnen und Politikern? „Sicher ist schon mal“, betont Seifriz, „dass die Politik nicht an den Parlamentssitzungen gemacht wird.“ Früher hätten viele parteiübergreifende Gespräche

ausserhalb der Versammlungen stattgefunden. Man klopfte vorgängig auf den Busch, um die Stimmungslage besser abschätzen zu können. Und natürlich wurden auch Koalitionen geschmiedet.

Diese Kontakte – das bestätigen alle drei – hätten allerdings stark abgenommen. Einerseits empfinden auch viele Ratsmitglieder viel Stress und Hektik, andererseits ziehen sich Fraktionen für informelle Gespräche im eigenen Kreis zurück. Dass fast das gesamte Gemeindeparlament nach einer Sitzung für einen Schlummerbecher zusammensitze, gehöre schon seit längerem der Vergangenheit an.

Retourkutschen an den Budget-Versammlungen?

In den vergangenen Jahren haben verschiedene 'Streichkonzerte' des Rates an den Budgetsitzungen die Stimmung zwischen Legislative und Exekutive deutlich getrübt. Kernaufgabe des Parlamentes oder einfach eine Trotzreaktion und Retourkutsche

für das, als nicht fair erlebte Verhalten des Stadtrates? Sowohl als auch, geben die Gesprächspartner zu. Manchmal habe man als Parlamentsmitglied auch den Eindruck, mit dem Kopf gegen eine Wand zu rennen. Allerdings würden ihnen, so Sarah Impusino, manchmal auch Infos von ausserhalb zugespielt, wenn der Stadtrat oder die Verwaltung eindeutig zu teuer einkaufe. Dann sei es natürlich auch Aufgabe des Rates, dies zu prüfen. „Es wäre ja ganz einfach“, so Impusino, „wenn der Stadtrat uns ein ausgeglichenes Budget vorschlagen würde, gäbe es kaum mehr Gesprächsbedarf.“

Doch Peter Seifriz und Jürg Brem weisen auch darauf hin, dass gewisse Parlamentarier oft Kosten oder Aufwände kritisieren, obschon sie keinerlei fachliche Qualifikation dafür haben. „Nur reklamieren ist einfach zu wenig!“, hält Brem dezidiert fest. Anzunehmen ist allerdings, dass das Kräfteressen zwischen Regierung und Parlament

auch in Zukunft an den Budgetsitzungen weitergehen wird.

Das liebe Geld

Die Verordnung über die Entschädigung der Behörden, Kommissionen und Funktionäre im Nebenamt, kurz die Entschädigungsverordnung, wurde im September 2021 letztmals angepasst. Gemäss dieser erhalten die Parlamentarierinnen und Parlamentarier pro Jahr eine Grundentschädigung von 2'300 Franken. Dazu kommen Sitzungsgelder und aufwandbezogene Zuschläge für die Arbeit in verschiedenen Kommissionen. Zu wenig oder gar zu viel? Weder die beiden ehemaligen Parlamentsmitglieder noch die aktive, jüngere Parlamentarierin mögen sich für dieses Thema engagieren. Bestimmt übt niemand dieses Amt wegen des Geldes aus, und schliesslich soll die Parlamentsarbeit auch ein Ehrenamt bleiben.

Und zu guter Letzt sind sich alle drei einig: Wenn nicht gerade die Entschädigungsverordnung überarbeitet wird, sei die Entlohnung der Parlamentsmitglieder im Rat eigentlich auch nie ein Thema. Und Sarah Impusino ergänzt: „Weil mein Mann während meiner ersten Legislatur sehr häufig am Montag in der Feuerwehr war, konnte ich letztlich meine gesamte Entschädigung unserem Babysitter weitergeben. Aber das war für mich so in Ordnung.“

Positives Resümee

Es ist auch im Gemeindeparlament nicht alles Gold, was glänzt. Die drei Ratsmitglieder erkennen die positiven wie die negativen Seiten. Doch alle drei – sonst wären sie ja nicht so lange im Amt geblieben – würden den Weg nochmals gehen. Und Peter Seifriz zeigt sich überzeugt, dass es vor allem in den Kommissionen gute und sinnvolle Mitwirkungsmöglichkeiten gebe, was die Arbeit interessant und befriedigend mache.



Das Parlament entscheidet: Stimmenzähler Henry Jager unterwegs mit der 50-jährigen Urne, die seit der Einführung des Parlamentes in Betrieb ist.

Die Ortsparteien im Spannungsfeld

Die politischen Parteien werden mit grossen Herausforderungen konfrontiert.

Die Ortsparteien sind gewissermassen das Fundament im politischen Aufbau der Schweiz. Ihnen kommt an der Basis – insbesondere bei der Suche nach Kandidierenden für Legislative und Exekutive, aber natürlich auch bei Wahl- und Abstimmungskämpfen – eine grosse Bedeutung zu. Wir haben uns mit Verantwortlichen aller aktuell im Schlieremer Parlament vertretenen Parteien über deren Herausforderungen unterhalten.

cm. Die politischen Parteien sahen sich in den vergangenen Jahrzehnten markanten gesellschaftlichen Veränderungen und Bedeutungsverlusten ausgesetzt. War früher mit politischem Engagement in der Regel auch ein gewisses soziales Ansehen verbunden, erleben heute Politikerinnen und Politiker in ihrer Umgebung oft Desinteresse, manchmal gar Unverständnis für ihren Einsatz.

Eine Studie der Wissenschaftlerin Patricia Zimmermann zeigte schon im

Herbst 2002 deutliche Hinweise auf, dass die heutigen Parteien im Begriff der Erosion sind. Eine Tendenz, die auch von den meisten in Schlieren vertretenen Parteien bestätigt wird. Jüngere Parteien, wie beispielsweise die Grünliberale Partei, sind davon wohl noch weniger als die alteingesessenen Parteien betroffen.

Parteien sind weiterhin von grosser Bedeutung

Nichtsdestotrotz ist Walter Jucker von der SP von der Wichtigkeit der Parteien überzeugt: „Letztlich vertreten sie die Interessen der Bürgerinnen und Bürger, pflegen direkte Kontakte in die Bevölkerung und sind gerade in der Lokalpolitik sehr gut vernetzt.“

Die Probleme der Parteien sind aber unübersehbar und dokumentieren sich auch in sinkenden Mitgliederzahlen. Vor der Jahrtausendwende war dies noch eine eher schleichende Entwicklung, doch mit der Digitalisierung ist der Rückgang im neuen Jahrhundert deutlich beschleunigt

worden. Die Ortsparteien in Schlieren zählen heute 15 bis 70 Mitglieder, was angesichts einer Einwohnerschaft von 20'000 und rund 9'000 stimmberechtigten Personen doch eher bescheiden ist. Dies spüren die Parteien vor allem, indem die grosse Arbeitslast auf viel weniger Schultern ruht.

Wahlen und Abstimmungen fordern die Ortsparteien und deren Mitglieder. Mancherorts fühlen sich engagierte und langjährige Parteimitglieder alleine gelassen. Immer weniger Leute bewältigen die noch anspruchsvolleren Aufgaben.

Desinteresse der Bevölkerung wird beklagt

Die Politik ist indes mit dem Problem des Desinteresses nicht alleine. Auch Vereine und ähnliche Einrichtungen tun sich schwer, geeignete und motivierte Frauen und Männer für viele wichtige Aufgaben in unserer Gesellschaft zu finden.



Lange Jahre das SVP-Team im Schlieremer Stadtrat: Jean-Claude Perrin (links) und Christian Meier.



Info-Veranstaltung der Bürgerlichen Parteien Schlieren im Herbst 2016.
Beat Kilchenmann und Rita Geistlich.



Parteiübergreifender Chor auf dem Gemeinderatsausflug von Trudy Schönbächler
im Jahr 1997.

Auf der Spurensuche nach den Gründen werden vor allem gesellschaftliche Entwicklungen angeführt. Insbesondere in der Arbeitswelt fühlen sich immer mehr Leute vom Tempo und von der Intensität überfordert. Allerorten ist von Hektik und grossen, oft auch zu grossen Belastungen im Berufs-, aber auch im Familienleben zu hören. Zudem ist eine gewisse Staatsgläubigkeit zu spüren. Der Staat wird es schon richten, der oder die Einzelne will sich nicht mehr engagieren.

Michi Koger von der SP bestätigt dies: „Als Partei mit tendenziell jüngeren Mitgliedern spüren wir deutlich, wie wandelbar heute das Leben der jungen Generation ist. Berufliche Laufbahn und Familie sind zentrale Themen, die gesamte Lebenssituation

dieser Menschen ist heute deutlich volatiler als früher.“

Frust der Parteiverantwortlichen

Eine der Kernaufgaben der lokalen Ortsparteien ist es, geeignete Kandidierende für diverse Behörden zu suchen. Doch der Frust bei den Verantwortlichen der Parteien wächst. So beklagt EVP-Urgestein und altStadtrat Robert Welti, dass er auf der Suche nach geeigneten Leuten für den Gemeinderat öfters gefragt werde, ob er denn „die Nicht-Wahl“ garantieren könne...

Und die Polit-Urgesteine denken auch in Schlieren wehmütig an alte Zeiten zurück, als die Parteien aus vielen Kandidierenden 36 für eine komplette Wahlliste aussuchen konn-

ten. Heute ist es gang und gäbe, dass die grossen Parteien gerade mal 18 Kandidierende für das Parlament finden und diese je zweimal auflisten. Seit etwa zehn bis 15 Jahren ist es auch für die grossen Parteien schlicht nicht mehr möglich, eine komplette 36er-Wahlliste zusammenzustellen.

Kaum mehr Interesse für Lokalpolitik

Auch John Daniels (FDP) zeigt wenig Optimismus: „Das Desinteresse lässt sich ja unschwer an den Stimmbeteiligungen ablesen.“ Tatsächlich waren es bei den letzten Gesamterneuerungswahlen im Jahr 2022 gerade noch 29,8 Prozent aller Schlieremer Stimmberechtigten, die Parlament und Stadtrat wählten. Da half es auch nichts, dass die Parteien auf Anregung von alt Parlamentarier Andres Uhl (Die Mitte) versuchten, mit einer überparteilichen Polit-Veranstaltung auf der Pischte 52 das Interesse der Bevölkerung zu steigern. Allerdings ohne Erfolg, die politisch engagierten Schlieremerinnen und Schlieremer waren gewissermassen „unter sich“.

Tiefe Stimmbeteiligungen

Auffallend ist, dass Schlieren eine der tiefsten Stimmbeteiligungen im ganzen Kanton hat. Allerorten wird bestätigt, dass es kaum mehr möglich sei, jüngere Menschen für die politische Arbeit zu begeistern. Michi Koger (SP), mit 40 Jahren immer noch einer der jüngeren Parlamentarier, hat dies zu einem neuen Projekt bewogen. Er will Fraktionssitzungen der Sozialdemokraten im öffentlichen Raum durchführen, um der interessierten Bevölkerung Einblick in die pragmatische Polit-Arbeit zu gewähren.

Auch im neuen, urbanen Teil von Schlieren – dem Rietbach-Areal ennet den Bahngleisen – ist trotz sehr vielen neuen Einwohnerinnen und Einwohnern in unserer Stadt eine Mobilisierung von zukünftigen politischen

Amtsträgern offensichtlich schwierig. Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, dass im städtischen Schlieren viele Menschen wohnen, die eher von den noch etwas günstigeren Mieten als in der Stadt Zürich angelockt wurden, als dass ein echtes Interesse für das gesellschaftliche und politische Leben im neuen Wohnort vorhanden wäre.

Die Wahlbeteiligung von unter 30 Prozent lässt sich wirklich nicht schönreden. In einer Stadt mit 20'000 Einwohnenden entscheidet an der Urne rund ein Achtel der Bevölkerung. Trotzdem zeigt sich Laura Zangger, Präsidentin der Grünen Partei Schlieren, zuversichtlich. „Für eine Partei unserer Grösse gelingt es uns eigentlich recht gut, geeignete Kandidierende zu finden. Und wer sich auf einer Liste aufstellen lässt, muss natürlich direkt oder mit Verzögerung auch mit einer Wahl rechnen.“

Und auch der GLP-Präsident Henry Jäger mag nicht klagen: „Wir finden nach wie vor auch jüngere Parteimitglieder, die wir später für politische Ämter motivieren und aufbauen können. Trotzdem“, gibt Jäger zu, „müssen wir das Mindset der Bevölkerung hinsichtlich Bedeutung der Politik verändern.“ Junge Menschen hätten manchmal zu wenig die Überzeugung, dass sie auf der lokalen politischen Bühne wirklich etwas bewegen könnten.

Wer hat die politische Macht?

Die häufig kolportierte Aussage eines nicht namentlich bekannten Verwaltungsmannes: „Wer unter mir Präsident ist, ist mir egal“ – unterstellt, dass die Verwaltung deutlich mächtiger ist, als sich der Durchschnittsbürger dies wohl vorstellt. Wer hat denn am meisten politische Macht in einer Stadt wie Schlieren? Hier gehen die Meinungen weit auseinander.

Einige Parteiverantwortliche bestätigen im Gespräch „die stille Macht“ der Verwaltung. Starke Führungskräfte in der Verwaltung, so der Tenor, könnten grossen Einfluss auf Exekutivmitglieder haben. Als „Profis“ sind Führungskräfte in der Administration den Milizpolitikern mitunter schon überlegen.

Trotzdem zeigt sich Barbara Angelsberger von der FDP überzeugt, dass im politischen Prozess der Stadtrat das letzte Wort habe. Dem entgegnet hingegen Erwin Scherrer (EVP): „Wenn ein schwaches Stadratsmitglied auf eine starke Persönlichkeit in der Verwaltung trifft, dann kann das schon schwierig werden.“ Und alt Stadtrat Robert Welti ergänzt schmunzelnd: „Manchmal redet die Verwaltung so lange auf einen Stadtrat ein, bis dieser glaubt, es sei seine eigene Idee gewesen.“ Andere betrachten das Gemeindeparlament als Kontrollorgan des Stadtrates. Wie stark dieses aber



Wahlkampf vorbereitungen der Grünen Partei im Dezember 2021.



Der Werbemittelversand der Stadt Schlieren ist bei den Parteien beliebt. Alle helfen, sogar während der Coronazeit, im grossen Stürmeierhuus-Saal, das Couvert mit den Wahlinformationen aller Parteien zu bestücken.

eingreifen kann, wird unterschiedlich beurteilt. John Daniels (FDP) meint dazu: „Natürlich hat das Parlament die Möglichkeit, Geschäfte, welche vom Stadtrat kommen, abzulehnen oder mit Änderungsvorschlägen zurückzuweisen.“

Umkämpfte Mehrheiten

Zum Zeitpunkt des 50-jährigen Bestehens des Parlamentes haben die Bürgerlichen Parteien Schlierens (BPS) mit 19 von 36 Sitzen eine knappe Mehrheit. Dies sieht die Linke im Rat natürlich nicht gern und beklagt sich auch über Fraktionszwänge im bürgerlichen Lager, die ihr das politische Handeln schwer machten.

Das sieht die Gegenseite naturgemäss etwas anders, doch indirekt bestätigt es Thomas Grädel von der SVP: „Das Verhältnis zwischen den bürgerlichen Parteien war schon lange nicht mehr so gut und konstruktiv wie in den letzten Jahren. Wir Bürgerliche ziehen wirklich am gleichen Strang, das erleichtert uns die politische Arbeit.“

Selbstredend hoffen beide politischen Lager auf Erfolge bei den Wahlen im Jahr 2026, um die Mehrheit zu ändern, beziehungsweise auszubauen.

Von grösser werdender Bedeutung ist die noch junge Grünliberale Partei, welche mittlerweile mit fünf Parlamentsmitgliedern und sogar einer Stadträtin eine wichtige Stimme geworden ist. Die erst seit sechs Jahren im Schlieremer Parlament vertretene Partei hat auf allen Ebenen Erfolge verbucht und mischt im politischen Geschäft kräftig mit.

Zudem gilt nach wie vor, dass die politische Mitte (mit den Parteien Die Mitte/CVP und EVP) eine sehr wichtige Funktion als „Zünglein an der Waage“ spielt. Für den sehr erfahrenen Lokalpolitiker Jürg Brändli (Die Mitte) hat sich die Namensänderung seiner Partei (ehemals CVP) und die Fusion mit der BDP absolut gelohnt: „Das war ein wichtiger und richtiger Schritt in die Zukunft.“

Allen politischen Akteuren ist bewusst, dass Politik kein Sprint sondern ein Marathon ist, und Beat Rüst (Grüne Partei) kann sich manchmal ein Schmunzeln nicht verkneifen, wenn heute die Bürgerlichen erfolgreich einen Vorstoss lancieren, den er schon vor langer Zeit erfolglos eingebracht hatte. Deshalb ist es gemäss Rüst auch eine wichtige und noble Aufgabe aller politisch Interessierten, im Sinne der Meinungsbildung, den politischen Diskurs inner- und ausserhalb des Parlamentes zu fördern.

Einflussreiche Kommissionen

Grosse Bedeutung kommt der Geschäftsprüfungskommission und der Rechnungsprüfungskommission zu. Dort werden Geschäfte und Abrechnungen sorgfältig geprüft, dort müssen auch Stadtratsmitglieder und Kader aus der Verwaltung erklären und überzeugen.

Von 1974 bis 1998 bestanden zwei getrennte Kommissionen. 1998 wurden sie in der Geschäfts- und Rech-

nungsprüfungskommission GRPK zusammengefasst. Seit 2010 bestehen wieder zwei Kommissionen. Unter anderem wollte das Parlament mehr Mitgliedern den Einsitz in eine Kommission ermöglichen, um die Arbeitslast des Einzelnen zu vermindern. Ob das noch Sinn macht, scheint Gesprächsstoff zu bieten. Eine Zusammenführung der beiden Kommissionen ist für viele in der Zukunft durchaus wieder denkbar. Ebenso wie eine Reduzierung des Stadtrates von sieben auf fünf Mitglieder. Mancherorts wird sogar über eine Verkleinerung des Parlamentes nachgedacht. Allerdings mahlen die politischen Mühlen bekanntlich langsam, und es dürfte noch einige Zeit dauern, bis Veränderungen – wenn überhaupt – umgesetzt werden.

Wahlen 2026

In zwei Jahren stehen wieder Gesamterneuerungswahlen an. Gedanklich haben sich die Parteiverantwortlichen bereits damit zu befassen. Gesucht

werden Persönlichkeiten, die bereits einen guten Bekanntheitsgrad in Schlieren haben. Aber genau jene Personen sind in der Regel schon stark engagiert und scheuen deshalb weitere Ämter und Aufgaben.

Das kann natürlich die Parteiverantwortlichen schon dazu verleiten, beim Aufwand für das Parlamentsamt ein bisschen zu untertreiben. Dieses Verhalten birgt aber Risiken, und für Laura Zangger (Grüne) ist klar: „Wir müssen offen und ehrlich mit den potenziellen Kandidierenden kommunizieren.“ Ja, das Amt im Parlament sei arbeitsintensiv, aber auch wichtig und sinnvoll, sagt Laura Zangger und hält fest: „Wir müssen unsere politischen Ziele engagiert verfolgen, damit die ökologischen Aspekte in der Gesellschaft und im politischen Diskurs nicht untergehen.“

Für Ehrlichkeit gegenüber den Kandidierenden wirbt auch Thomas Grädel

von der SVP: „Es macht einfach keinen Sinn, beim Aufwand zu untertreiben. Aber wir müssen auch klarmachen, was für eine schöne und verantwortungsvolle Aufgabe das politische Engagement ist. Zudem“, so Grädel schmunzelnd, „für welches andere Hobby erhält man auch noch Geld?“

„Neben guten Kandidierenden“, blickt Barbara Angelsberger (FDP) voraus, „ist aber das politische Geschehen auf Bundesebene für unseren Wahlerfolg oder -misserfolg von grosser Bedeutung. Setzt die nationale Partei die richtigen Themen und glänzt mit ihren Exponenten, so wird sich das natürlich auch auf die Basis in den Kommunen auswirken.“

Finanzen spielen eine untergeordnete Rolle

Der Aufwand der Parlamentsmitglieder ist unterschiedlich gross und hängt natürlich mit dem individuellen Engagement zusammen. Kommen



Überparteiliche Wahlveranstaltung auf der Pischte 52. Der Versuch, das Interesse der Bevölkerung für die lokale Politik ...



... mit dieser Veranstaltung zu fördern, war allerdings nicht wirklich von Erfolg gekrönt.

zum Amt auch noch aufwändige und zeitintensive Aufgaben in Kommissionen, in der Fraktion oder in der Partei, so wird das eine echte Herausforderung.

Dabei wird diese Arbeit finanziell eher bescheiden entschädigt. Ohne Einsitz in eine Kommission erhält ein Parlamentsmitglied ungefähr 3'000 Franken im Jahr. Das Sitzungsgeld für Kommissionsarbeit wird separat abgerechnet. Das Geld kann angesichts des beträchtlichen Aufwands nicht die Motivation für diese Aufgaben sein. Wäre die Entschädigung die Motivation, liesse sich diese andernorts deutlich einfacher verdienen.

Bei der Beurteilung der Bedeutung der Entschädigungen herrscht Einigkeit: Wegen des Geldes macht bestimmt niemand die Arbeit im Parlament. Aber es muss in Zukunft gelin-

gen, wieder mehr geeignete Personen von der Bedeutung der Parlamentsarbeit zu überzeugen, um nicht einen schleichenden Qualitätsverlust in diesem Gremium zu beklagen.

Milizsystem am Anschlag?

Es ist natürlich nicht hilfreich, dass das soziale Ansehen früherer Zeiten für politische Ämter bestimmt kleiner geworden ist. Das offensichtliche Desinteresse an der Politik sei, so der Tenor, ernüchternd und man müsse von dieser Aufgabe überzeugt sein. Oder, anders formuliert, man muss den Willen haben, das politische Leben in unserer Stadt mitgestalten zu wollen. Als positiv wird jedoch oft angeführt, dass man als Parlamentsmitglied zu den bestinformatierten Leuten in der Stadt gehöre. Sich politisch zu engagieren, anstatt „die Faust im Sack zu machen“, wird natürlich von allen Parteien empfohlen. In den Gesprächen

mit den Parteiverantwortlichen ist der Wille zur Veränderung spürbar, und doch sind die diesbezüglichen Erwartungen eher gering.

Sollen Stadtrat und eventuell auch Parlament verkleinert werden? Muss im Stadtrat eine Professionalisierung stattfinden? Ist es sinnvoll, dass beispielsweise eine Finanzfachfrau in den Stadtrat gewählt wird und dort die Abteilung Sicherheit übernehmen muss? Fragen, denen sich die classe politique aber auch die Bevölkerung in Zukunft stellen sollte.

Im Grundsatz wird unser politisches System von einer erdrückenden Mehrheit immer noch als gut bis sehr gut eingeschätzt, das Bewusstsein wächst aber, dass in der Zukunft wohl Anpassungen notwendig sein werden.

Gemeinderats-/Parlaments-Präsidentinnen und -Präsidenten; Rats-Sekretärinnen und -Sekretäre; GRPK-, GPK- und RPK-Präsidentinnen und -Präsidenten

Jahr	Präsident/in	Partei	Sekretär/in	Vorsitz GPK/GRPK	Vorsitz RPK
1974	Karl Weiss	FDP	Peter Hubmann	Ernst Hinnen	Hans Herzig
1975	Heini Bloch	SP	Peter Hubmann	Ernst Hinnen	Hans Herzig
1976	Fritz Miller	SVP	Peter Hubmann	Ernst Hinnen	Hans Herzig
1977	Georges Baumgartner	CVP	Peter Hubmann	Ernst Hinnen	Hans Herzig
1978	Rudolf Jecklin	SP	Stephan Dreier	Willy Bolliger	Daniel Meier
1979	Peter Briner	FDP	Hans-Ulrich Gressly	Willy Bolliger	Daniel Meier
1980	Robert Schwager	LdU	Urs Lienhard	Willy Bolliger	Daniel Meier
1981	Rolf Neuhaus	SP	Urs Lienhard	Willy Bolliger	Daniel Meier
1982	Peter Suter	SVP	Urs Lienhard	Karl Weiss	Bruno Rüegg
1983	Arnaldo Ferrari	CVP	Urs Lienhard	Karl Weiss	Bruno Rüegg
1984	Béatrice Plüer-Bürgin	SP	Urs Lienhard	Karl Weiss	Bruno Rüegg
1985	Walter Sommerhalder	FDP	Urs Lienhard	Karl Weiss	Bruno Rüegg
1986	Albert Fischer	SVP	Urs Lienhard	Andreas Fischer	Rita Geistlich
1987	Karl Fehl	SP	Urs Lienhard	Andreas Fischer	Rita Geistlich
1988	Philipp Locher	CVP	Urs Lienhard	Andreas Fischer	Rita Geistlich
1989	Ueli Saxer	FDP	Urs Lienhard	Andreas Fischer	Rita Geistlich
1990	Kurt Seyfang	LdU	Urs Lienhard	Walter Artho	Ueli Saxer
1991	Arnold Cattin	SP	Urs Lienhard	Walter Artho	Ueli Saxer
1992	Rudolf Dober	SVP	Urs Lienhard	Walter Artho	Ueli Saxer
1993	Bruno Rüegg	CVP	Urs Lienhard	Walter Artho	Ueli Saxer
1994	Bernhard Arnet	FDP	Urs Lienhard	Elisabeth Scheffeldt	Robert Guthauser
1995	Markus Bärtschiger	SP	Urs Lienhard	Elisabeth Scheffeldt	Robert Guthauser
1996	Christian Meier	SVP	Urs Lienhard	Elisabeth Scheffeldt	Robert Guthauser
1997	Trudy Schönbachler-Lusetti	CVP	Urs Lienhard	Elisabeth Scheffeldt	Robert Guthauser
1998	Jolanda Lionello	SP	Urs Lienhard	Paul Schneiter GRPK	-
1999	Ueli Epprecht	FDP	Urs Lienhard	Paul Schneiter GRPK	-
2000	Béatrice Bolliger	SVP	Urs Lienhard	Paul Schneiter GRPK	-
2001	Peter Gysling	EVP	Urs Lienhard	Paul Schneiter GRPK	-
2002	Beat Rüst	GP	Urs Lienhard	Urs Christen GRPK	-
2003	Käthi Steiner-Keller	FDP	Urs Lienhard	Urs Christen GRPK	-
2004	Paul Schneiter	SVP	Urs Lienhard	Jolanda Lionello GRPK	-
2005	Jürg Brändli	CVP	Urs Lienhard	Jolanda Lionello GRPK	-
2006	Markus Bärtschiger	SP	Urs Lienhard	Jolanda Lionello GRPK	-
2007	Doris Gantner	FDP	Urs Lienhard	Jolanda Lionello GRPK	-
2008	Thomas Grädel	SVP	Mathias Brandenberger	Manuela Stiefel GRPK	-
2009	Thomas Widmer	QV	Ursula Spillmann a.i.	Manuela Stiefel GRPK	-

Jahr	Präsident/in	Partei	Sekretär/in	Vorsitz GPK	Vorsitz RPK
2010	Erwin Scherrer	EVP	Ursula Spillmann a.i.	Doris Gantner	Hans-Ulrich Etter
2011	Béatrice Miller	SP	Silv Schoenenberger	Doris Gantner	Hans-Ulrich Etter
2012	Lucas Arnet	FDP	Silv Schoenenberger	Pascal Leuchtmann	Boris Steffen
2013	Peter Seifriz	SVP	Arno Graf	Pascal Leuchtmann	Boris Steffen
2014	Rolf Wegmüller	CVP	Arno Graf	Peter Seifriz	John Daniels
2015	Pascal Leuchtmann	SP	Arno Graf	Peter Seifriz	John Daniels
2016	Daniel Tännler	SVP	Arno Graf	Peter Seifriz	John Daniels
2017	Daniel Frey	FDP	Arno Graf	Peter Seifriz	John Daniels
2018	Rolf Wegmüller	CVP	Arno Graf	Jolanda Lionello	Boris Steffen
2019	Walter Jucker	SP	Gabriela Thoma	Jolanda Lionello	Boris Steffen
2020	Sasa Stajic	FDP	Janine Bron	Daniel Frey	Boris Steffen
2021	Beat Kilchenmann	SVP	Christiane Zwahlen	Daniel Frey	Boris Steffen
2022	Marc Folini	GLP	Selina Kaufmann	Walter Jucker	Boris Steffen
2023	Olivia Boccali	DM	Selina Kaufmann	Walter Jucker	Boris Steffen
2024	Rixhil Agusi	SP	Selina Kaufmann	Henry Jager	Boris Steffen

Gemeinderats-/Parlamentsmitglieder 1974 bis 2024, alphabetisch

Name/Vorname	Partei	von	bis	Jahrgang
A				
Adda Gino	SVP	2021	2022	1993
Agusi-Alili Rixhil	SP	2011		1986
Allenspach Daniel	SVP	2006	2014	1975
Amberg Markus	SP	2002	2004	1975
Antener Werner	SP	1974	1978	1933
Araya Nelson	FDP	2023		1991
Arnet Bernhard	FDP	1989	1998	1953
Arnet Esther	JuLi/SP	1990	1996	1965
Arnet Fritz	FDP	1974	1976	1923
Arnet Lucas	FDP	2010	2017	1982
Arnet Silvia	FDP	2002	2008	1953
Artho Walter	SP	1982	2006	1942
		+ 2010	2018	
Autiero Caterina	EVP	2022		1987
Aziri Diarta	SP	2021	2022	1992
Aziri Kushtrim	SP	2018	2022	1995
B				
Bachmann Nicole	SVP	2010	2010	1968
Bachmann Pascal	SVP	2022		1963
Bär Reto	EVP	2010	2015	1968
Bärtschiger Markus	JuLi/SP	1990	2010	1962
Baertschiger Peter	SP	1986	1990	1960
Bauknecht Josef	CVP	1974	1981	1935
Baumann David	GLP	2022		1991
Baumgartner Georges	CVP	1974	1984	1920
Berlinger Moritz	SVP	2017	2021	1983
Bhend Willi	SP	1992	1994	1960
		+ 1995	1996	
Bloch Heini	SP	1974	1995	1940
Boccali Olivia	CVP/DM	2019		1991
Bolliger Emil	SVP	1974	1982	1922
Bolliger Peter	SVP	1982	1992	1949
Bolliger Thomas	SVP	2005	2010	1976
Bolliger Willi	SP	1978	1982	1935
Bolliger-Spillmann Béatrice	SVP	1994	2006	1953
Bollinger-Jordi Dora	EVP	1994	2000	1937
Brandenberg Marcel	SP	1978	1984	1927
Brändle-Amolo Yvonne	SP	2018		1975

Name/Vorname	Partei	von	bis	Jahrgang
Brändli Jürg	CVP	1994	2006	1950
Brandstätter Claudia	SP	1978	1982	1948
Brem Jürg	SP	1994	2010	1944
Briner Peter	FDP	1974	1994	1934
Brogli Roland	CVP	1986	1990	1956
Bruderer Fritz	EVP	1974	1975	1920
Brühlmann-Jecklin Toni	SP	1998	2002	1947
Brun Robert	SP	1974	1978	1927
Buchard Christophe	FDP	2006	2010	1965
Buchmann Marc	SVP	2007	2011	1985
Buchmann Urs	SVP	1998	2002	1958
Buck Martin	SP	1998	2006	1955
Buck Wendy	SP	2012	2018	1992
Bürgin Béatrice	SP	1978	1990	1950
Busch Heidemarie	CVP/SVP	2010		1943
Buser-Walt Renate	SP	1995	1998	1947
C				
Cattin Arnold	SP	1982	1995	1938
Christen Urs	ULi/GP	1986	2003	1958
Cicek Zeki	SP	2022		1966
Clausen Pierre	CVP	2000	2010	1946
Coque-Mathis Silvia	QV	2006	2010	1966
D				
Dalcher Pierre	SVP	1998	2010	1961
Daniels John	FDP	2008		1950
Din Judith	SVP	2017	2018	1969
Dina Mergim	SP	2018	2022	1987
Dober Rudolf	SVP	1990	1998	1937
Dogan-Tokay Özlem	SP	2011	2014	1980
Drobi Leila	SP	2015		1992
E				
Elmer Hansruedi	SVP	1994	1998	1946
Endres Erwin	SP	1974	1976	1940
Epprecht Ueli	FDP	1991	2002	1959
Etter Hans-Ulrich	SVP	2006	2009	1954
		+ 2010		
Ettlin Hans-Peter	SP	2008	2009	1961

Gemeinderats-/Parlamentsmitglieder 1974 bis 2024

Name/Vorname	Partei	von	bis	Jahrgang
F				
Fankhauser-van Marle Yvonne	EVP	2006	2010	1964
Fausch-Pfister Heidi	EVP	1975	1979	1943
Fehl Karl	SP	1976	2002	1933
Ferrari Arnaldo	CVP	1974	1989	1928
Fiore Fillipo	FDP	2019	2023	1974
Fischer Albert	SVP	1982	1988	1924
Fischer Andreas	SP	1978	1989	1940
Fisler Werner	SP	2004	2006	1935
		+ 2007	2010	
Folini Marc	GLP	2018		1988
Folini Paul	FDP	1980	1991	1924
Frei Nadine	SP	2010	2011	1985
Frei Santschi Dora	GP	2003	2010	1955
Frey Daniel	FDP	2015	2022	1964
Furrer Paul	LdU/ULi/GP	1974	2002	1924
G				
Gächter Bruno	FDP	2004	2006	1940
Gajic Stanislav	SVP	2014	2015	1987
Galatti Adrian	SVP	2010	2011	1982
Gantner-Holenstein Doris	FDP	2003	2012	1959
Geistlich Andreas	FDP	2002	2015	1962
Geistlich-Hochstrasser Rita	FDP	1982	1990	1936
Gisler André	SP	1974	1978	1936
Grädel Thomas	SVP	2002		1959
Guthauser Robert	CVP	1990	1998	1961
Gysel Gerhard	EVP	1981	1982	1956
Gysling Peter	EVP	1994	2004	1943
H				
Habegger-Kriemler Marianne	SVP	1992	2002	1944
Haltiner Ernst	EVP	2004	2006	1942
Hartmann Roger	SVP	2011	2014	1960
Hasbi Mirjam	SP	2008	2014	1990
Häuptli Adelheid	SP	1974	1986	1938
Hauser Jakob	QV	1974	1975	1915

Name/Vorname	Partei	von	bis	Jahrgang
Hemmi Manuela	SVP	2019	2021	1981
Herzig Hans	FDP	1974	1982	1922
Heusser Wilfried	EVP	1979	1980	1937
Hinnen Ernst	SP	1974	1978	1910
Hof Markus	SVP	2002	2014	1960
Hoffman Karin	JuLi	1986	1994	1965
Horber Robert	SP	2014	2018	1947
Howald Peter	LdU	1982	1990	1937
Huber Hanspeter	SP	2002	2011	1962
Hug Ernst	SVP	1974	1979	1919
I/J				
Impusino Sarah	CVP/DM	2014		1975
Jafrane-Brajiko Wafaâ	SP	2006	2011	1963
Jager Henry	GLP	2018		1969
Jecklin Rudolf	SP	1974	1986	1929
Jost Werner	EVP	2015	2018	1961
Jucker Walter	SP	2014	2024	1953
Jungo Renata	CVP	1994	1998	1961
K				
Kampus Manuel	GP	2018		1984
Kilchenmann Beat	SVP	2002	2007	1969
		+ 2010	2022	
Knoblauch Rudolf	SVP	1985	1986	1942
Koger-Bleiker Andrea	SP	1998	2004	1961
Koger Michael	SP	2006	2007	1986
		+ 2022		
Krebs Béatrice	FDP	1994	2002	1966
Kriesi Andreas	GLP	2014	2018	1960
Küng Denise	DM	2022		1976
Küng Marcel	FDP	1998	1999	1932
Kunz Ernst	SP	1990	1992	1947
Kunz Stefano	CVP	2010	2014	1963
Künzle Martin	GP	2024		1982

Gemeinderats-/Parlamentsmitglieder 1974 bis 2024

Name/Vorname	Partei	von	bis	Jahrgang
L				
Laim Mathias	CVP	1974	1986	1933
Landis Thomas	FDP	2012	2014	1963
Laubi Daniel	DM	2022		1961
Lenherr Adolf	LdU	1977	1978	1923
		+ 1979	1982	
Leppert Michael	Junge SVP	2010	2012	1984
Leuchtmann Pascal	SP	2010	2018	1956
Leutenegger Theodor	SP	1978	1982	1952
Liehti Franziska	CVP	2002	2002	1978
Lionello Jolanda	SP	1996	2022	1952
Locher Philipp	CVP	1981	1991	1953
Locherer Hanna	GLP	2022		1989
Lombardi Antonella	GLP	2022		1974
Lustenberger Thierry	SP	2022		1987
M				
Macciachini-Zahner Regula	SVP	2019		1967
Maliqi Bashkim	EVP	2022		1987
Märki Moritz Valentin	Junge SVP/SVP	2012	2017	1989
Mehlin Rosmarie	LdU	1974	1978	1945
Meier Christian	SVP	1988	1998	1962
Meier Daniel	SVP	1974	1983	1940
Meier-Bader Heinrich	SP	1975	1986	1918
Meier Philipp	SP	1984	1986	1946
Meier-Jauch Silvia	SP	2018	2021	1983
Miller Béatrice	SP	2010	2015	1956
Miller Fritz	SVP	1974	1985	1928
Mössinger-Grossniklaus Marianne	SP	1986	1994	1948
N				
Naumann Arthur	QV	1978	2014	1932
Naumann Jürg	QV	1998	2018	1961
Neuhaus Rolf	SP	1978	1986	1944
Niederer Gabriela	QV	2010	2022	1962
O				
Oppliger Hans*	SP	1974	1974	1928

* = verstorben vor der ersten Sitzung

Name/Vorname	Partei	von	bis	Jahrgang
P				
Perrin Jean-Claude	SVP	1990	1998	1945
Petrovic Anita	SP	2024		1981
Peyer Urs	SVP	1998	2002	1949
Pfäffli Claudio	SP	2007	2007	1969
Püntener Roger	SP	2009	2014	1961
R				
Randegger Priska	SVP/FDP	2003	2017	1960
Rieder-Steiner Werner	EVP	1986	1994	1951
		+ 2000	2002	
Ritzmann Dominik	GP	2010	2024	1980
Rothenbach Philipp	SVP	2002	2003	1973
Rudin Monika	SP	2002	2007	1961
Rüegg Bruno	CVP	1974	2006	1936
Rüegsegger-Grimm Gertrud	EVP	1980	1981	1926
Rüst Beat	GP	1998	2014	1956
Rütschi Oskar	SVP	1986	1990	1942
Rutz Georges	FDP	1996	2003	1938
S				
Sabotic Erol	SP	2022		1994
Satan Arif	SP	2021	2022	1994
Saxer Ueli	FDP	1983	2003	1943
Scheffeldt Elisabeth	SP	1989	2002	1952
Scheitlin Kurt	FDP	1976	1983	1920
Schellenberg Walter	SP	1974	1975	1916
Scherer Otto	FDP	1974	1981	1908
Scherrer Erwin	EVP	1990	1993	1942
		+ 2006	2022	
Schilliger Alois	SP	1996	1998	1949
Schläpfer Dominic	FDP	2014		1968
Schmid Freddy	SVP	2002	2018	1950
Schmid Marcel	SVP	1974	1978	1931
		+ 1979	1982	
Schneiter Paul	SVP	1996	2005	1937
Schönbächler-Lusetti Trudy	CVP	1984	2010	1943
Schurtenberger Vito	CVP	1998	2000	1956
Schwager Robert	LdU/DfW	1974	1986	1929

Gemeinderats-/Parlamentsmitglieder 1974 bis 2024

Name/Vorname	Partei	von	bis	Jahrgang
Seger Roger	SP	2018	2021	1966
Seifriz Peter	SVP	1998	2018	1953
Sejdiu Donikë	GP	2022		1995
Senn Regula	FDP	2003	2006	1956
Seyfang Kurt	LdU	1974	1975	1933
		+ 1982	1998	
Simmen Christoph	SVP	1994	2002	1968
Sommerhalder Walter	FDP	1982	1994	1932
Spaniol Thierry	FDP	2017	2018	1970
Speck Lukas	GLP	2018	2022	1976
Spörri Max	LdU	1978	1979	1943
Stadelmann Rolf	SVP	2002	2006	1962
Stajic Sasa	FDP	2017		1973
Staub Guido	SP	1986	1994	1936
Stauffer Franz	FDP	1981	1989	1919
Steffen Boris	SVP	2011		1970
Steinemann Rolf	SVP	1983	1994	1935
Steiner-Keller Käthi	FDP	1994	2004	1945
Stiefel Fiona	FDP	2018	2019	1989
Stiefel-Stierli Manuela	FDP	2006	2010	1960
Stocker Hans	SVP	1998	2002	1951
Stutz Josef	SP	1974	1978	1932
Suter Peter	SVP	1974	1986	1933
T				
Tännler Daniel	SVP	1998	2010	1970
		+ 2014		
Trindler Andres	SVP	2011	2014	1961
Trindler Hans	EVP	1974	1990	1923
Trindler Verena	SP	1994	1995	1956
Troxler Urs	QV	1974	1982	1941
U				
Uhl Andres	CVP	2019	2022	1962
Ulrich Andreas	SP	2004	2008	1974
V				
Viridén Songül	GLP	2016	2022	1973
Vogler Susan	QV	1997	1998	1944
von Aesch-Wehrli Elsbeth	FDP	1974	1980	1928

Name/Vorname	Partei	von	bis	Jahrgang
W				
Wäckerlig Werner	ULi	1994	1998	1960
Wälti Hans-Peter	SP	1995	1998	1962
Wälti Karl	SVP	1986	1990	1936
Wegmüller Rolf	CVP	1991	1994	1965
		+ 2006	2019	
Weidmann Ueli	SVP	1982	1990	1957
Weiersmüller Markus Daniel	FDP	2010		1972
Weiss Karl	FDP	1974	1996	1936
Wernli-Ineichen Agatha**	QV	1975	1997	1931
Wicki-Bühlmann Doris	CVP	2006	2010	1954
Widmer Thomas	QV	2002	2022	1965
Wiedmer Hans	SVP	2015	2019	1962
Wietlisbach Urs	SVP	2021		1975
Wilhelm Daniel	CVP	2010	2018	1968
Wyss Hans-Ruedi	LdU	1975	1976	1935
Wyss Nikolaus	GLP	2014	2016	1949
Z				
Zangger Laura	GP	2022		1987
Zanini Dolores	SVP	2014	2017	1955
Zenklusen Hubert	CVP	1989	1994	1946
Zürcher Peter	FDP	1999	2006	1941
Zürrer Hans-Rudolf	SVP	1990	1995	1961
Zürrer Walter	SVP	1990	1994	1957

** = Urnenwahl (Majorz), einzigartig im Kanton Zürich

Zusammensetzung Gemeindevorsteherschaften ab 1970

Gemeinderat (Exekutive) 7 Mitglieder

Amtsduer 1970 bis 1974	Partei	Funktion
Heinrich Meier-Buchli	SVP	Präsident
Fritz Blocher	SP	Mitglied bis Mai 1973
Fritz Diggelmann	FDP	Mitglied
Hans Kündig	SP	Mitglied
Sepp Stappung	SP	Mitglied
Werner Störchlin	parteilos	Mitglied
Max Weber	CVP	Mitglied
Ernst Brem	SP	Mitglied ab Juni 1973 für Fritz Blocher
Rudolf Spörri		Schreiber bis Mitte 1972 nachher Alfred Luchsinger

Stadtrat 9 Mitglieder

Amtsduer 1974 bis 1978	Partei	Funktion
Heinrich Meier-Buchli	SVP	Präsident
Alfred Altherr	SP	Mitglied
Robert Binz	CVP	Mitglied
Ernst Brem	SP	Mitglied
Fritz Diggelmann	FDP	Mitglied
Kurt Frey	SVP	Mitglied
Peter Gysling	EVP	Mitglied
Sepp Stappung	SP	Mitglied
Werner Störchlin	parteilos	Mitglied bis Mai 1976
Fritz Arnet	FDP	Mitglied ab Juni 1976 für Werner Störchlin
Alfred Luchsinger		Schreiber

Amtsduer 1978 bis 1982	Partei	Funktion
Heinrich Meier-Buchli	SVP	Präsident
Alfred Altherr	SP	Mitglied
Fritz Arnet	FDP	Mitglied
Robert Binz	CVP	Mitglied
Ernst Brem	SP	Mitglied
Fritz Diggelmann	FDP	Mitglied
Kurt Frey	SVP	Mitglied
Peter Gysling	EVP	Mitglied
Sepp Stappung	SP	Mitglied
Peter Hubmann		Schreiber

Amtsdauer 1982 bis 1986

	Partei	Funktion
Heinrich Meier-Buchli	SVP	Präsident
Alfred Altherr	SP	Mitglied
Fritz Arnet	FDP	Mitglied
Robert Binz	CVP	Mitglied
Willy Bolliger	SP	Mitglied
Fritz Diggelmann	FDP	Mitglied
Kurt Frey	SVP	Mitglied
Peter Schnüriger	CVP	Mitglied
Sepp Stappung	SP	Mitglied bis Februar 1984
Heinz Rieder	SP	Mitglied ab März 1984 für Sepp Stappung
Peter Hubmann		Schreiber

Amtsdauer 1986 bis 1990

	Partei	Funktion
Heinrich Meier-Buchli	SVP	Präsident
Fritz Arnet	FDP	Mitglied
Robert Binz	CVP	Mitglied
Willy Bolliger	SP	Mitglied
Fritz Diggelmann	FDP	Mitglied
Rudolf Knoblauch	SVP	Mitglied
Heinz Rieder	SP	Mitglied
René Rudin	SP	Mitglied
Peter Schnüriger	CVP	Mitglied
Peter Hubmann		Schreiber

Amtsdauer 1990 bis 1994

	Partei	Funktion
Fritz Diggelmann	FDP	Präsident
Peter Baertschiger	SP	Mitglied
Willy Bolliger	SP	Mitglied
Rita Geistlich	FDP	Mitglied, erste Frau im Stadtrat
Rudolf Knoblauch	SVP	Mitglied
José Pujol	CVP	Mitglied
René Rudin	SP	Mitglied
Peter Schnüriger	CVP	Mitglied
Ueli Weidmann	SVP	Mitglied
Peter Hubmann		Schreiber

Zusammensetzung Gemeindevorsteherchaften

Amtsduer 1994 bis 1998

	Partei	Funktion
Rita Geistlich	FDP	Präsidentin, erste Stadtpräsidentin
Peter Baertschiger	SP	Mitglied
Willy Bolliger	SP	Mitglied
Rudolf Knoblauch	SVP	Mitglied
José Pujol	CVP	Mitglied
Peter Schnüriger	CVP	Mitglied
Peter Voser	FDP	Mitglied
Ueli Weidmann	SVP	Mitglied
Robert Welte	EVP	Mitglied

Peter Hubmann		Schreiber
---------------	--	-----------

Stadttrat 7 Mitglieder

Amtsduer 1998 bis 2002

	Partei	Funktion
Rita Geistlich	FDP	Präsidentin
Peter Baertschiger	SP	Mitglied
Bea Capaul	parteilos	Mitglied
Christian Meier	SVP	Mitglied
Jean-Claude Perrin	SVP	Mitglied
Peter Voser	FDP	Mitglied
Robert Welte	EVP	Mitglied

Peter Hubmann		Schreiber
---------------	--	-----------

Amtsduer 2002 bis 2006

	Partei	Funktion
Peter Voser	FDP	Präsident
Toni Brühlmann-Jecklin	SP	Mitglied
Bea Capaul	parteilos	Mitglied
Bea Krebs	FDP	Mitglied
Christian Meier	SVP	Mitglied
Jean-Claude Perrin	SVP	Mitglied
Robert Welte	EVP	Mitglied

Peter Hubmann		Schreiber
---------------	--	-----------

Amtsdauer 2006 bis 2010

	Partei	Funktion
Peter Voser	FDP	Präsident
Toni Brühlmann-Jecklin	SP	Mitglied
Bea Capaul	parteilos	Mitglied
Bea Krebs	FDP	Mitglied
Christian Meier	SVP	Mitglied
Jean-Claude Perrin	SVP	Mitglied
Robert Welti	EVP	Mitglied

Peter Hubmann

Schreiber bis Februar 2007,
nachher Interimslösung mit Koni Gossweiler,
ab April 2007 bis Juni 2009 Daniel Widmer,
ab August 2009 Hansruedi Kocher

Amtsdauer 2010 bis 2014

	Partei	Funktion
Toni Brühlmann-Jecklin	SP	Präsident
Markus Bärtschiger	SP	Mitglied
Bea Krebs	FDP	Mitglied
Christian Meier	SVP	Mitglied
Jean-Claude Perrin	SVP	Mitglied
Manuela Stiefel	FDP	Mitglied
Robert Welti	EVP	Mitglied

Hansruedi Kocher

Schreiber bis Juni 2013, dann Interimslösung,
anschliessend Ingrid Hieronymi

Amtsdauer 2014 bis 2018

	Partei	Funktion
Toni Brühlmann-Jecklin	SP	Präsident
Markus Bärtschiger	SP	Mitglied
Pierre Dalcher	SVP	Mitglied
Bea Krebs	FDP	Mitglied
Stefano Kunz	CVP	Mitglied
Christian Meier	SVP	Mitglied
Manuela Stiefel	FDP	Mitglied

Ingrid Hieronymi

Schreiberin

Zusammensetzung Gemeindevorsteherschaften

Amtsdauer 2018 bis 2022

	Partei	Funktion
Markus Bärtschiger	SP	Präsident
Bea Krebs	FDP	Mitglied
Andreas Kriesi	GLP	Mitglied
Stefano Kunz	CVP	Mitglied
Pascal Leuchtmann	SP	Mitglied
Christian Meier	SVP	Mitglied
Manuela Stiefel	FDP/parteilos	Mitglied

Ingrid Hieronymi

Schreiberin bis Februar 2021,
Janine Bron ab März 2021

Amtsdauer 2022 bis 2026

	Partei	Funktion
Markus Bärtschiger	SP	Präsident
Bea Krebs	FDP	Mitglied
Beat Kilchenmann	SVP	Mitglied
Stefano Kunz	CVP/DM	Mitglied
Pascal Leuchtmann	SP	Mitglied
Manuela Stiefel	parteilos	Mitglied
Songül Viridén	GLP	Mitglied

Janine Bron

Schreiberin

Facts & Figures zum Gemeinderat/Parlament

Von 1974 - 2024

total 242 Gemeinderats-/Parlamentsmitglieder

Frauen-/Männeranteil

65 Frauen und 177 Männer
26.8% Frauen und 73.2% Männer

Erste 25 Jahre (1974-98)

25 Frauen und 103 Männer (total 128)
19.5% Frauen und 80.5% Männer

Zweite 25 Jahre (1999-2024)

33 Frauen und 81 Männer (total 114)
28.9 % Frauen und 71.1% Männer

Längste Amtszeiten:

Arthur Naumann	QV	36 Jahre
Walter Artho	SP	32 Jahre
Bruno Rüegg	CVP	32 Jahre
Paul Furrer	LdU/ULi/GP	28 Jahre
Trudy Schönbächler	CVP	26 Jahre
Jolanda Lionello	SP	26 Jahre
Karl Fehl	SP	26 Jahre

Stadtrat nach Parteien

Gesamterneuerungswahlen

	1974	1978	1982	1986	1990	1994	1998	2002	2006	2010	2014	2018	2022
SP	3	3	3	3	3	2	1	1	1	2	2	2	2
FDP	1	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	1
SVP	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	1	1
CVP*	1	1	2	2	2	2	--	--	--	--	1	1	1
EVP	1	1	--	--	--	1	1	1	1	1	--	--	--
parteil.	1	--	--	--	--	--	1	1	1	--	--	--	1
GLP	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	1	1
Präsidium	SVP	SVP	SVP	SVP	FDP	FDP	FDP	FDP	FDP	SP	SP	SP	SP

* heute Die Mitte (DM)

Gemeinderats-/Parlamentsvertretungen nach Parteien

Gemeinderats- / Parlamentswahlen

	1974	1978	1982	1986	1990	1994	1998	2002	2006	2010	2014	2018	2022
SP	11	12	11	9	9	9	9	9	8	9	8	9	8
FDP	6	6	7	7	6	6	6	6	5	5	6	6	5
SVP	6	5	6	6	7	8	10	11	11	10	10	8	8
CVP*	5	5	5	5	5	5	4	4	4	4	4	4	4
LdU	4	3	3	2	1	1	--	--	--	--	--	--	--
EVP	2	2	1	1	2	2	2	1	2	2	2	1	2
QV	2	3	2	1	2	2	2	3	4	3	3	2	--
DfW	--	--	1	1	--	--	--	--	--	--	--	--	--
ULi	--	--	--	2	--	2	1	--	--	--	--	--	--
JuLi	--	--	--	1	2	--	--	--	--	--	--	--	--
parteil.	--	--	--	1	--	--	--	--	--	--	--	--	--
GP	--	--	--	--	2	1	2	2	2	2	1	2	4
JSVP	--	--	--	--	--	--	--	--	--	1	--	--	--
GLP	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	2	4	5
Parteien	7	7	8	11	9	9	8	7	7	8	8	8	7

QV früher Quartierverein Mülligen, anschliessend nur Quartierverein

* heute Die Mitte (DM)

DfW Demokraten und freie Wähler

ULi Umweltschutz Limmattal

JuLi Junge Linie

Vergleich Wahlen Parlament 1974/2022

Wahl vom 3. Februar 1974 – Anzahl Stimmberechtigte: 6'504

Liste 1 EVP	18 Kandidierende, alle kumuliert
Liste 2 FDP	29 Kandidierende, davon 7 kumuliert, keine leere Zeilen
Liste 3 SP/Gewerkschafter	36 Kandidierende, keine leere Zeile
Liste 4 LdU	14 Kandidierende, alle kumuliert, 8 leere Zeilen
Liste 5 SVP/BGB	30 Kandidierende, keine Kumulierung, 6 leere Zeilen
Liste 6 CVP	36 Kandidierende, keine leere Zeile
Liste 7 QV Mülligen	2 Kandidierende, beide kumuliert, 32 leere Zeilen

Insgesamt stellten sich für die 36 Sitze 165 Personen zur Wahl.

Wahl vom 13. Februar 2022 – Anzahl Stimmberechtigte : 8'975 (+ 38 % gegenüber 1974)

Liste 1SP	18 Kandidierende, alle kumuliert
Liste 2 SVP	16 Kandidierende, alle kumuliert, 4 leere Zeilen
Liste 3 FDP	18 Kandidierende, alle kumuliert
Liste 4 DM	17 Kandidierende, alle kumuliert, 2 leere Zeilen
Liste 5 GLP	19 Kandidierende, davon 17 kumuliert
Liste 6 GP	19 Kandidierende, davon 17 kumuliert
Liste 7 EVP	5 Kandidierende, alle kumuliert, 26 leere Zeilen

Insgesamt stellten sich für die 36 Sitze 112 Personen zur Wahl (-32,1 % gegenüber 1974).

Fazit: 1974 kandidierten 2.54 % der Stimmberechtigten für einen Sitz; 2022 waren es noch 1,25 %.

Gesamterneuerungswahlen 1978



Gesamterneuerungswahlen 1982



Gesamterneuerungswahlen 1986



Gesamterneuerungswahlen 1990



Gesamterneuerungswahlen 1994



Gesamterneuerungswahlen 1998



Gesamterneuerungswahlen 2002



Gesamterneuerungswahlen 2006



Gesamterneuerungswahlen 2010



Gesamterneuerungswahlen 2014



Bisher erschienene Jahrhefte

1954	Die Orts- und Flurnamen der Gemeinde Schlieren (vergriffen)	Gustav Fausch
1955	Vom Schlieremer Wald (vergriffen)	Dr. Emil Surber
1957	Die Schlieremer Schule im Wandel der Zeiten	Hugo Brodbeck, Heinrich Wipf und Hans Brunner
1959	Schlieren vor 100 Jahren	Dr. Emil Surber und Heinrich Meier
1961	Das Tragerbuch aus dem Jahre 1759 (vergriffen)	Rolf Grimm
	Grosse Überschwemmung und Hochwasser im Limmattal am 14. und 15. Juni 1910	Eduard Böhringer
	Albert Vollenweider-Schuler, Lebensfragment eines alten Schlieremers	Heinrich Wipf
	Rudolf Hollenweger von Schlieren, Lehrer in Blumenau, Brasilien	Heinrich Meier-Rütschi
1963	Rückblick auf die ersten 10 Jahre des Bestehens (vergriffen)	Heinrich Meier-Rütschi
	der Vereinigung für Heimatkunde Schlieren	
	Bürger Nutzen vor 100 Jahren	Dr. Hans Heinrich Frey
	Die Aufhebung des Bürger Nutzens in Schlieren	Heinrich Meier-Rütschi
	Der 1. Juni 828, ein Markstein in der Geschichte von Schlieren	Rudolf Grimm
1965	Die grosse Schulreise von 1833	Rudolf Grimm
1967	Kilch und Gmeind zu Schlieren unter dem Spital zu Zürich 1379 – 1824	Hans Höhn
1970	Die Inventarisierung der kulturhistorischen Objekte, I. Teil	Peter Ringger
1972	Die Inventarisierung der kulturhistorischen Objekte, II. Teil	Peter Ringger und Jean-Claude Perrin
1975	Aus den Anfängen der Schlieremer Industrie	Hans Bachmann, Walter Bösch, Ursula Fortuna und Peter Ringger
1977	Gerichtsbüchli von Schlieren	Eingeleitet von Ursula Fortuna
1979	Die Öffnung von Schlieren	Dr. Ursula Fortuna
1981	Die Pfarrbücher von Schlieren, Ehen 1622–1875	Dr. Ursula Fortuna
1992	Ein Schlieremer erlebt Amerika	Kurt Scheitlin
1993	Aus der Geschichte der Gemeinde Schlieren zwischen 1914 und 1939	Heiri Meier
1994	Von der „Lymhütte“ zum chemischen Unternehmen – Ed. Geistlich Söhne AG (vergriffen)	Philipp Meier und Heinrich Geistlich
1995	Das Kohlengaswerk der Stadt Zürich in Schlieren 1898–1974 (vergriffen)	Max Kübler
1996	Wir Kinder vom „Negerdorf“	Heidi und Kurt Scheitlin
	Landwirtschaftlicher Verein Schlieren, gegründet 1893	Rudolf Weidmann
1998	Schlieren während des Zweiten Weltkriegs	Heiri Meier und Kurt Frey
1999	Leben und Wirken des Dr. Robert Egli, des langjährigen Arztes und Wohltäters	Eduard Böhringer
	Von Tüchlern, Rutengängern, Wasserschmökkern und Schiebern.	
	Die Geschichte der Wasserversorgung von Schlieren	Karl Stoller
2000	Schlierens Orts- und Flurnamen	Dr. Alfred Egli
2001	Der Schlieremer Wald im Wandel der Zeit	Kurt Frey und andere Autoren
2002	„Feuer und Wasser“ – Die Limmatkorrektur 1876–1912	Philipp Meier
	Die Geschichte der Feuerwehr Schlieren	Robert Binz und Angehörige der Feuerwehr

2003	3 Jubiläen: 50 Jahre Vereinigung für Heimatkunde Schlieren 25 Schlieremer Jahrhefte Schlieren – 200 Jahre beim Kanton Zürich Schlieremer Dorfgeschichte Schlierens 300-m-Schiessanlagen	Paul Furrer und Heiri Meier Heiri Meier und Kurt Frey Peter Suter Heiri Bräm und Rudolf Weidmann Robert Binz
2004	Die Schule Schlieren im erneuten Wandel 1950–2000: Beiträge von ehemaligen Behörden- und Verwaltungsmitgliedern, Lehrkräften und Schülern	
2005	Schlieremer Quartiere, Rückblicke und Erinnerungen	verschiedene Autoren
2006	Schlieren in den ersten Nachkriegsjahrzehnten	Heiri Meier
2007	Gotteshäuser und Wirtshäuser in Schlieren	Kurt Frey, Robert Binz, Philipp Meier
2008	Schlieren zwischen 1960 und 1990	Heiri Meier
2009	Ent-sorgen	Peter Suter und andere Autoren
2010	Als die Post nach Schlieren kam	Kurt Frey, Peter Hubmann und andere Autoren
2011	ubi bene, ibi patria – Geschichten aus der Immigration	Philipp Meier
2012	Von der Selbstversorgung zur Selbstbedienung	Kurt Frey, Peter Schnüriger, Peter Suter
2013	Mit Schwung ins neue Jahrtausend	Jack Erne, Peter Hubmann, Charly Mettier, Jean-Claude Perrin, Peter Voser
2014	Sanieren – Was? Wer? Wozu?	Peter Suter, José Pujol, Robert Angst, Martin Ricklin, Trudi und Peter Hubmann-Lips, Hansruedi Steiner, Bea Krebs, Sr. Elisabeth Mügglar
2015	Schlieren zwischen Kloster und Spital	Peter Suter
2016	Gruss aus Schlieren – Ein Jahrhundert im Spiegel von Ansichtskarten	Philipp Meier
2017	Bauen in Schlieren – Vom Bauerndorf zum Wirtschaftszentrum	Peter Voser, Peter Hubmann, Jack Erne, Peter Schnüriger, Heinz Schröder,
2018	„S’Limmi“ – Unser Spital Limmattal 1970 und 2018	Peter Voser
2019	Öises Schlierefäscht 1969 bis 2019	Charly Mettier
2020	Schlieremer Zeitzeugen (Teil I)	Philipp Meier
2021	Schlieremer Zeitzeugen (Teil II)	Philipp Meier
2023	Schlierenberg	Philipp Meier
2024	50 Jahre Stiftung Solvita	Peter Voser, Charly Mettier
2024	50 Jahre Schlieremer Parlament	Peter Hubmann, Philipp Meier, Charly Mettier, Peter Voser

Alle seit 1954 erschienenen Jahrhefte finden Sie als PDF-Dateien zum Herunterladen auf der Webseite der Stadt Schlieren www.schlieren.ch (Bereich „Jahrhefte“ im Sektor „Über Schlieren“).